1. Quartal 1999 Nr. 30

ZAG

antirassistische zeitschrift

erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F

6 DM

DAS ENDE DER TABUS

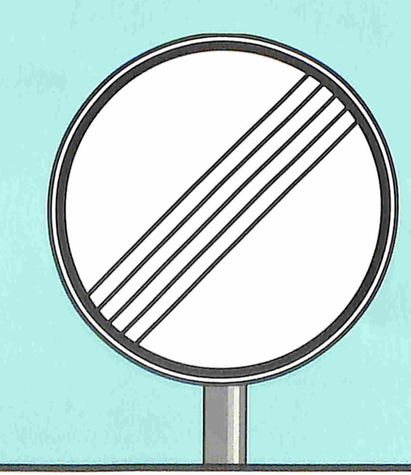
Postvertriebsstück A 12057 F – Gebühr bezahlt

04

Infoladen Leipzig

Koburger Str. 3
04277 Leipzig

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstraße 59, HH, 10965 Berlin



INHALT

Die ZAG hat stets Interesse an Artikeln aus dem Bereich Antirassismus. Am liebsten sind uns klar strukturierte Artikel mit nicht mehr als 8.000 Zeichen, die auf keinen Fall mit „Seit der Abschaffung des Asylrechts..." beginnen sollten. Texte bitte einmal auf Diskette im MS-DOS- oder Winword-Format und einmal ausgedruckt an untenstehende Adresse senden. Da die Redaktion sich Überarbeitungen und Kürzungen vorbehält, bitte unbedingt eine Kontaktadresse angeben.

Impressum
ZAG – antirassistische Zeitschrift
Herausgeberin
Antirassistische Initiative e.V.
Redaktion
Albert, Elke, Jürgen, Kathrin, Markus, Tobias
Redaktionsanschrift
ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
fon 030/785 72 81
fax 030/786 99 84
neue email:
zag@mail.nadir.org
neue homepage:
http://www.nadir.org/periodika/zag
Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
(ARI: 303 96 00)
BLZ: 100 205 00
Erscheinungsweise: vierteljährlich
V.i.S.d.P.
Peter Finger
Layout
Anja, Ralf
früher bei *zusammen gestalten*
Titelfoto
Albert Zecheru
Druck
Eindruck Berlin

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 15.5.99
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 15.12.97

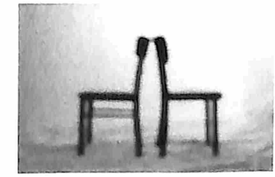
Doppelt hält besser,

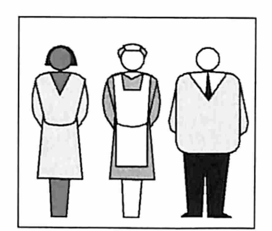
dachte sich die Redaktion und deshalb enthält diese Ausgabe eine gemeinsame Beilage vom Antifa-Infoblatt, der Arranca!, der RAG und der ZAG zur doppelten Staatsbürgerschaft. Nicht nur angesichts der widerlichen CDU-Unterschriftenkampagne, sondern auch aufgrund des kontinuierlichen Schweigens der Linken zu diesem Thema, haben sich die Redaktionen in erquicklicher Runde zusammengesetzt, um zu diesem Thema eigene Positionen und Analysen zu entwickeln. Nachzulesen ab der Seite 11.



Doppelmoral hat auch unter Rot-Grün weiter Hochkonjunktur. Während Protestaktionen von Kurden unisono mit Terror gleichgesetzt werden, wird die rassistische Todestreibjagd in Guben schnell zu einem Unfall mit fremdenfeindlichem Hintergrund umdefiniert. Was immer das auch sein mag. Ein Kommentar zu diesen schönen neudeutschen Begrifflichkeiten auf der Seite 10.

Doppelt und dreifach schlecht wurde den RedakteurInnen in letzter Zeit immer wieder, wenn wir uns angeschaut haben, was in Deutschland unter dem Banner des Tabubruchs wieder alles diskutiert werden darf. Und da war der Bodensee-HJler Walser nur einer von vielen Kampfschwimmern. Wie es der Rechten mit diesem Feldzug nicht nur gelingt Diskurse zu verschieben, sondern emanzipatorische Positionen von vornherein auszuschließen, haben wir in unserem Schwerpunkt ab der Seite 19 untersucht.



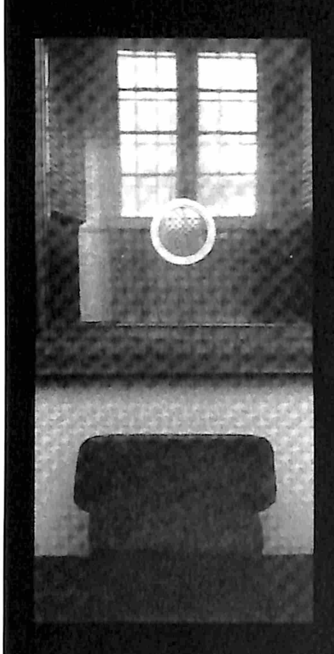


Was gut ist kann man auch doppelt bringen, und so findet sich im Debattenteil wieder ein Beitrag von Birgit Rommelspacher, diesmal in Form eines Interviews mit Christoph Burgmer. Dabei handelt es sich um einen Vorabdruck aus einem Buch, das gerade im Elefanten-Press Verlag erschienen ist.

Ansonsten hoffen wir, daß unsere nächste Nummer am Anfang eines Sommers steht, der mindestens doppelt so schön wird wie der letzte.

Bis dahin,
bleibt auf ZAG.

Die Redaktion



From Death Row

Auszüge aus der Grußadresse

von Rechtsanwalt Len Weinglass an die Demonstration „Für die Freiheit und das Leben von Mumia Abu-Jamal" in Hamburg am 20. Februar 1999, an der rund 5000 Menschen teilnahmen.

In Mumias Namen möchte ich den Demoteilnehmern und -teilnehmerinnen zuallererst sagen: unsere Freunde und Freundinnen in Deutschland sind seit Beginn der Kampagne mit dabei. Sie haben uns viel Unterstützung gegeben und Mut gemacht. Für unsere Arbeit in den USA ist es jetzt sehr wichtig, daß wir in den kommenden zwölf bis achtzehn Monaten gut zusammenarbeiten.

Was wird passieren?

Mumia hat seine Berufungsmöglichkeiten auf der Landesebene in Pennsylvania ausgeschöpft. Er rückt jetzt in das Bundesgerichtssystem vor. Diese Richter sind in ihrer Rechtsprechung meistens besser als die Richter auf der Länderebene. In den letzten 20 Jahren haben Bundesrichter 38% aller Todesurteile wieder aufgehoben, die von Gerichten auf der Länderebene ausgesprochen wurden. (..)
Mumia wird auf der Bundesgerichtsebene zwei Schritte machen: Zuerst werden wir uns an den Obersten Gerichtshof der USA in Washington DC wenden. Dort werden wir beantragen, daß sie Mumias Fall anhören sollen. Wir sind ziemlich sicher, daß das Oberste Gericht Mumias Fall beim jetzigen Stand der Dinge ablehnen wird. Die Ablehnung wird möglicherweise dann im Oktober ausgesprochen werden.
Direkt nach der Ablehnung wird Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge einen neuen Hinrichtungsbefehl für Mumia unterzeichnen. Dann werden wir sofort den zweiten Schritt auf der Bundesgerichtsebene machen. Wir werden zu dem niedrigsten Bundesgericht, dem Philadelphia District Court, gehen. Es kann sehr gut sein, daß sich vor diesem Gericht entscheidet, ob Mumia leben oder sterben wird.
Mumias Fall wird im Philadelphia District Court nur von einem einzelnen Richter angehört. Er muß darüber entscheiden, ob Mumia eine direkte Anhörung vor dem Gericht bekommen wird und ob die Staatsanwaltschaft die Akten über Mumia, die sie bisher geheimgehalten hat, an uns herausgeben muß. Zur Erinnerung: Die beiden ex-Black Panther Geronimo ji-Jaga Pratt und Dhoruba bin Wahad sind nach jeweils über 20 Jahren Knast nur deshalb freigekommen, weil ein Bundesrichter anordnete, daß die Staatsanwaltschaft Akten, die sich bis dahin unter Verschluß befanden, herausrücken mußte. In diesen Akten befanden sich nämlich Beweise, die der Verteidigung vorenthalten worden waren und die die Gefangenen entlastet und den Staat belastet haben. Wir sind sicher, daß auch in Mumias Fall Beweismaterialien unterschlagen worden sind.
Es ist schwer vorherzusagen, wie lange wir vor diesem Richter verhandeln werden. Es könnte sich um drei oder vier Monate handeln oder sich über ein Jahr hinziehen. Wenn wir vor diesem Gericht gewinnen und der Richter ein neues Verfahren für Mumia, also das von uns geforderte Wiederaufnahmeverfahren, anordnet, dann wird die Staatsanwaltschaft dagegen mit Sicherheit Berufung einlegen. Diese Berufung richtet sie dann an die nächsthöhere Instanz auf der Bundesebene, dem Third District Court of Appeals, dem Bundesberufungsgericht für die Region mit drei Richtern.
Wenn wir vor der ersten Bundesinstanz verlieren, wären wir diejenigen, die vor diesem Gericht Berufung einlegen würden. Wie lange der Fall in diesem Gericht verhandelt wird, ist ebenfalls schwer einzuschätzen – voraussichtlich aber mindestens drei bis sechs Monate. Wenn wir auch hier verlieren sollten, werden wir uns noch einmal an den Obersten Gerichtshof der USA wenden und beantragen, daß sie Mumias Fall anhören. Auch hier ist unklar, ob sie diesem zweiten Antrag stattgeben werden. Aber normalerweise lehnen sie es in 95% aller Fälle ab, die Verfahren überhaupt zur Anhörung kommen zu lassen.
Bis wir zum zweiten Mal vor dem Obersten Gerichtshof der USA ankommen, wird also höchstwahrscheinlich mindestens ein Jahr vergehen. Ob der Zeitraum noch länger sein wird, hängt von den beiden Bundesinstanzen ab.
Wenn der Oberste Gerichtshof Mumias zweiten Antrag auch ablehnen sollte, dann liegt Mumias Leben in den Händen des Gouverneurs von Pennsylvania. Normalerweise trifft der Gouverneur die Entscheidungen über eine Hinrichtung ohnehin nicht nach juristischen Kriterien, sondern er trifft eine politische Entscheidung.

Was kann die internationale Solidaritätsbewegung tun?

In der Soliarbeit ist das nächste Datum der 24. April, nur wenige Tage nach Mumias 45sten Geburtstag am 20. April. An diesem Tag sollen unter dem Motto „One million for Mumia" über eine Millionen Menschen in den USA und international auf die Straßen gehen.Der internationale Aspekt ist für die Solibewegung und für Mumia sehr wichtig. Denn die USA sind momentan international unter Druck, sich an die Menschenrechtsabkommen, die sie unterzeichnet haben, zu halten.



Schmutzige Schuhe sind verdächtig

Repressionen gegen Taxifahrer werden ausgeweitet

„Ich nehme jeden Fahrgast mit, auch einen ausländischen, wenn er Sandalen anhat. Ich habe nämlich auch schon Deutsche im Bademantel gefahren.“ Dieser Standpunkt eines Taxifahrers, der seinen Beruf im Grenzgebiet zu Tschechien und Polen ausübt, ist wohl mittlerweile zur Rarität geworden. Gleichzeitig wird hier die Absurdität dessen deutlich, was im Raum Zittau und Görlitz den Alltag im Taxigewerbe prägt. Normalerweise haben Menschen, die nicht für Deutsche gehalten werden in dieser Gegend keine Chance mehr, von TaxifahrerInnen befördert zu werden. Denn dort laufen gegen fast ein Drittel aller TaxifahrerInnen Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zur illegalen Einreise bzw. Beihilfe zum illegalen Aufenthalt. Die Medien haben vor allem Ende letzten Jahres ausführlich über das Vorgehen von BGS und Justiz gegen TaxifahrerInnen, denen unterstellt wird, Menschen ohne Papiere zu fahren, berichtet.

Der Staatsanwalt ermittelt ... und verurteilt

Die Anschuldigungen, die gegen die Fahrer erhoben werden, stammen aus den Jahren 1993–1995. Grundlage für die Kriminalisierung einer ganzen Berufgruppe sind die §§ 92a und b, die erst 1994 im Zuge des Verbrechensbekämpfungsgesetzes ins Ausländergesetz übernommen wurden. Die Verurteilungen zu teilweise mehrjährigen Haftstrafen finden aufgrund unhaltbarer Indizien, der Aussagen eines wenig glaubwürdigen Kronzeugen und unter skandalösen Voraussetzungen statt. So war Hermann Jöst, Richter am Landgericht Görlitz, Vorsitzender in mehreren Berufungsverfahren gegen Zittauer Taxifahrer. Aber vor seiner Tätigkeit als Richter ermittelte er 1997 in erster Instanz als Leiter der Staatsanwaltschaft Zittau gegen eine Reihe von Fahrern. Es ist erwiesen, daß er im Ermittlungsverfahren gegen den Taxifahrer Bernd Ludwig die Taxizentrale in Zittau durchsuchen ließ und auch selbst anwesend war. Die Strafprozeßordnung schließt in demselben Verfahren jedoch das Richteramt für Beamte der Staatsanwaltschaft aus. Wird dagegen verstoßen, ist das ein Revisionsgrund. Richter Jöst stritt jegliche Beteiligung an den Ermittlungsarbeit zu diesen Fällen in einer dienstlichen Stellungnahme ab. Eine von Ludwigs Rechtsanwalt Stefan Heinemann gegen ihn erhobene Dienstaufsichtsbeschwerde wurde vom Landgericht Görlitz abgelehnt. Das bedeutet auch, daß eine Revision nicht zugelassen wird.

Abschreckung geht vor Menschenrechten

Das öffentliche Interesse an den Gerichtsverfahren und die hohen Haftstrafen, zu denen einige der Taxifahrer verurteilt wurden, haben dazu geführt, daß die PDS eine Diskussion im sächsischen Landtag und eine aktuelle Stunde im Bundestag zu diesem Thema initiierte. Die PDS Bundestagsfraktion forderte allerdings zunächst

nur, daß die §§ 92 a und b des Ausländergesetzes nicht auf Personen angewandt werden, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit zu Dienstleistungen verpflichtet sind. Von einer Streichung dieser Paragraphen war auch hier gar nicht erst die Rede. Aber zumindest wollte die PDS die Situation der TaxifahrerInnen und die skandalöse Vorgehensweise des BGS, der die TaxifahrerInnen zur Denunziation zu zwingen versucht, zur Sprache bringen. Letztendlich konzentrierten sich die Redebeiträge darauf zu betonen, daß Schleusern und Schleppern das Handwerk gelegt werden müsse. Daß die betroffenen Taxifahrer ihre gerechte Strafe bekommen hätten, stand für die Mehrheit der Abgeordneten außer Frage. Zudem wurde die Arbeit des BGS unter diesen „schwierigen Bedingungen" gelobt. Thematisiert wurde, daß die Bevölkerung in den Grenzregionen zu Tschechien und Polen Angst vor „illegal eingereisten Ausländern" habe, weil, so die logische Begründung des CDU-Abgeordneten Günter Baumann, die Kriminalität angestiegen sei. Der Zwang zur Denunziation, von dem nicht nur TaxifahrerInnen betroffen sind, wird bei Baumann zur „offenen und ehrlichen Zusammenarbeit zwischen BGS, Landespolizei, der Bevölkerung, (...) und nicht zuletzt den Taxifahrern", die es noch zu verbessern gelte, um die „Sicherheit unserer Bürger zu erhöhen".

Eindeutig ist, daß mit den Verurteilungen der Taxifahrer ein Exempel statuiert werden soll. Das hohe Strafmaß wird als Abschreckungsinstrument gesehen. Sachsens Justizminister Heitmann spricht in diesem Zusammenhang von „generalpräventiven Erwägungen". Im Landtag gab er am 11. Dezember zum Besten, die von den Gerichten beabsichtigte Abschreckung sei erzielt worden. Die Straftaten von Taxifahrern seien im Raum Zittau/Görlitz erheblich zurückgegangen. Wohl wahr. Wer keine vermeintlich ausländisch aussehenden Menschen befördert, macht sich nicht strafbar. So einfach ist das! Aber so war das selbstverständlich alles nicht gemeint. „Offensichtlich illegal eingereiste Ausländer", wie sich der BGS in einem Flugblatt ausdrückt, sind nämlich sehr wohl zu erkennen. Deshalb erklärt auch die IHK Dresden nach einer gemeinsamen Beratung u.a. mit VertreterInnen der Staatsanwaltschaft, des BGS und des Taxiverbandes, woran sich die FahrerInnen orientieren können: „Bei Aufnahme der Fahrgäste achten Sie doch bitte auf das äußere Erscheinungsbild, Kleiderzustand und andere Auffälligkeiten, die den Verdacht zulassen, daß es sich um Personen handeln könnte, die sich illegal aufhalten. Der Aufnahmeort und der Zielort spielen dabei eine wesentliche Rolle." Zudem wird den FahrerInnen empfohlen auf die Schuhe ihrer Fahrgäste zu achten: Sind die schmutzig liegt der Verdacht einer illegalen Einreise nahe. Wenn sie dann noch ihr Gepäck bei sich behalten, anstatt es in den Kofferraum zu legen, ist der Fall eindeutig. Sie wollen bei einer Kontrolle wegrennen. Alles klar?

Paragraph 92– nicht nur für Taxifahrer

Der § 92 ist nicht nur die Grundlage für die Kriminalisierung von TaxifahrerInnen in der Grenzregion. Auch andere sollen damit zur Denunziation und zu rassistischem Handeln gezwungen werden. Schon längst ist ein weiteres Informationsblatt des BGS im Umlauf. Diesmal zeigt er sein Interesse an den Autovermietungen. Wer da als nächstes im Gefängnis landen könnte, ist offensichtlich. In Berlin wird unseres Wissens gegen vier Taxifahrer ermittelt, die in der Nähe des Flughafens Schönefeld ausländisch aussehende Menschen befördert haben, die, wie sich herausstellte, keine gültigen Aufenthaltspapiere hatten. Hierbei handelt es sich immerhin um einen internationalen Flughafen, da macht man und frau sich schnell verdächtig. Aber es trifft auch diejenigen, die in irgendeiner Weise Illegalisierte – sei es bewußt oder unbewußt – unterstützen. Beispielsweise durch die Vermietung von Wohnraum oder durch Eheschließung. Die Antirassistische Initiative recherchiert zur Zeit solche Fälle in Berlin, um herauszufinden worauf sich Polizei und Justiz gerade konzentrieren, wenn es darum geht jegliche Form von Solidarität mit illegalisierten Menschen zu unterbinden.

Sabine Seyb, ARI



Berliner TaxifahrerInnen haben zur Unterstützung ihrer Kollegen ein Spendenkonto eingerichtet. Mit dem Geld soll ein Beitrag zur Finanzierung von Wiederaufnahmeverfahren für die verurteilten Zittauer Taxifahrer geleistet werden: Kontoinhaber: Hans Heim, Kontonummer: 640265014, bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Verwendungszweck: Sonderkonto Taxiprozesse.

Weitere Informationen zur Spendenkampagne und zur Situation der TaxifahrerInnen über die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin, Tel: 030-6935670





Fotos: Albert Zecheru

Aushungern, obdachlos aussetzen, illegalisieren

Die Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Berlin

Die Praxis der Berliner Sozialämter: Aushungern, obdachlos aussetzen, kriminalisieren

Berlin steht in der Härte seiner Praxis bundesweit einzigartig da. Bei neu ankommenden Kriegsflüchtlingen aus dem Kosovo scheint die Verweigerung sämtlicher Hilfen eher die Regel als die Ausnahme zu sein. Allenfalls die Unterkunft wird – längst nicht in allen Fällen – gewährt. Es gibt in der Regel aber keine Kleidung, keine Hygieneartikel, keinen Pfennig Bargeld (und keine Fahrscheine für die BVG), vielfach nichts zu Essen und auch keine Krankenscheine.

Die Flüchtlinge werden ausgehungert, obdachlos ausgesetzt, ärztliche Versorgung wird verweigert und sie werden beispielsweise durch den Entzug jeglichen Bargeldes gezwungen, mit der BVG schwarz zu fahren – schon um zur Ausländerbehörde, zum zuständigen, häufig am anderen Ende der Stadt gelegenen, Sozialamt oder zu einer Beratungsstelle zu gelangen. Zahlungsaufforderungen der BVG sowie Strafbefehle häufen sich. Die Flüchtlingen werden so kriminalisiert – damit schafft man Gründe für eine Abschiebung – auch in den Kosovo.

Viele Sozialämter unterstellen Kriegsflüchtlingen aus dem Kosovo generell, sie seien nur wegen der Sozialhilfe nach Deutschland gekommen. Zum Beweis wird angeführt, sie hätten auch in einem auf der Reise nach Deutschland durchquerten Land bleiben können, und seien demzufolge nur wegen der Sozialhilfe nach Deutschland weitergereist. Diese Argumentation wurde nunmehr vom Oberverwaltungsgericht Berlin als unzulässig zurückgewiesen, da sie im Ergebnis zu einer vom Gesetzgeber nicht gewollten Drittstaatenregelung für geduldete Kriegsflüchtlinge führen würde, die z.B. einen Leistungsausschluß auch aller auf dem Landweg eingereisten bosnischen Flüchtlinge bedeuten würde. Die Senatssozialverwaltung erklärte hierzu allerdings, der Beschluß sei eine „Einzelfallentscheidung", eine Änderung der Praxis der Sozialämter sei nicht erforderlich (taz v. 11.2.99). Vielleicht hat Frau Hübner ja das Prinzip der Gewaltenteilung im Rechtsstaat nicht so richtig verstanden, oder soll man diese Äußerungen als Aufruf zum Rechtsbruch verstehen?

Die Unterstellung des Verhinderns der Abschiebung bzw. Verschleierns der Identität hat demgegenüber in der Praxis eine geringere Bedeutung. Auch dies wird aber z.B. Kosovo-Kriegsflüchtlingen in der Praxis vielfach unterstellt, obwohl derzeit ohnehin keine Abschiebungen in die BR Jugoslawien





stattfinden. Wenn die Flüchtlinge keinen Paß, sondern nur einen Personalausweis besitzen, wird generell unterstellt, dieses Dokument sei nicht fälschungssicher und könne daher gefälscht sein. Die Ausländerbehörde stempelt deshalb – trotz erkennungsdienstlicher Behandlung und obwohl im konkreten Fall keine Anhaltspunkte für eine Fälschung vorliegen „Identität ungeklärt“ in die Duldung.

Das Sozialamt schickt dann die Flüchtlinge zur jugoslawischen Botschaft, um als Identitätsnachweis einen Paß zu beantragen – und streicht solange erstmal alle Leistungen. Die Botschaft stellt Flüchtlingen aber keine Pässe, sondern lediglich Paßersatzpapiere zur einmaligen Einreise in die BR Jugoslawien im Rahmen des Rückübernahmeabkommens aus. Und sie nimmt entsprechende Anträge nur gegen Vorlage des Original-Personalausweises entgegen. Die Ausweise gibt die Ausländerbehörde aber nicht heraus, um zwecks Abschiebung selbst einen Antrag bei der Botschaft stellen zu können.

Das Berliner Verwaltungsgericht verlangte in einem solchen Fall als Voraussetzung der Leistungsgewährung die Vorsprache bei der Botschaft mit einer von der Ausländerbehörde beglaubigten Kopie des Personalausweises. Die Botschaft akzeptiert aber keine beglaubigten Kopien. Der betroffene Flüchtling war schon über zwanzigmal bei der Botschaft und erhält dennoch seit mehr als vier Monaten vom Sozialamt Wedding für sich, seine Frau und zwei Kinder, nichts zu essen, keine Krankenscheine, keine BVG-Fahrscheine und keinen Pfennig Bargeld!

Die Verweigerung ärztlicher Versorgung – vorsätzliche Gesundheitsgefährdung

Die Verweigerung von Krankenscheinen für ärztliche und zahnärztliche Behandlung ist die Regel, spätestens dann, wenn erst die übrigen Hilfen nach § 1a AsylbLG eingestellt sind. Viele Sachbearbeiter erklären den unter Verweis auf akute Krankheitssymptome und Schmerzen um Krankenscheine bittenden Flüchtlingen „das interessiert uns nicht!“ Manche verwenden zur Ablehnung Mittel der Körpersprache und halten sich Augen und Ohren zu, andere bescheiden Flüchtlinge, die um einen Krankenschein bitten, schlicht mit der Aufforderung „raus hier!“

Gegenüber dem Verwaltungsgericht führt die Rechtsstelle des Sozialamtes Wedding zur Verweigerung der Krankenscheine aus: „Zwecks Gewährung von Krankenhilfe ist die Vorlage eines Attestes eines niedergelassenen Arztes unter Angabe der akuten Erkrankung erforderlich.“ Wie die Flüchtlinge sich ohne einen Pfennig Bargeld und ohne Krankenschein solche Atteste beschaffen sollen, bleibt offen.

Die Rechtsstelle des Sozialamtes Prenzlauer Berg erklärte gegenüber dem Verwaltungsgericht zur Verweigerung von Krankenscheinen, daß die „behaupteten Schmerzzustände unglaubwürdig“ seien, da „jedes Krankenhaus akute Erkrankungen behandeln würde“. VG und OVG Berlin haben diese Entscheidung als von §1a AsylbLG rechtlich gedeckt bestätigt: „Die behaupteten Zahn- und Augenschmerzen hat der Antragsteller nicht glaubhaft gemacht. Es ist auch weder dargelegt noch sonst ersichtlich, daß insoweit ein unaufschiebbarer Behandlungsbedarf besteht.“ (OVG 6 SN 229.98/VG 6 A 534.98). Auf welche Weise der Flüchtling seine Schmerzen, deren Diagnose er nicht kennt, und deren akuten Behandlungsbedarf er näher glaubhaft machen bzw. darlegen soll, ohne eine Möglichkeit zu haben zum Arzt zu gehen, bleibt allein das Geheimnis der Berliner Verwaltungsrichter.

Eine 63jährige Kosovo-Albanerin, die vom Sozialamt Steglitz nur Unterkunft ohne Verpflegung erhält, hat mit vom Taschengeld anderer Flüchtlingen geliehenem Geld einen Arzt aufgesucht und 39,– DM bezahlt. Der Arzt hat eine behandlungsbedürftige akute Gastritis bescheinigt. Beim Sozialamt erklärte man ihr, solange der Eilantrag auf Leistungen beim Verwaltungsgericht nicht zu ihren Gunsten entschieden sei, dürfe sie beim Sozialamt nicht wieder erscheinen, und bekäme auch keine Krankenscheine.

Festzustellen ist, daß regelmäßig Verwaltungssachbearbeiter der Sozialämter, Juristen der Rechtsstellen der Bezirksämter sowie Verwaltungsrichter die Behandlung von Krankheiten verweigern, ohne daß jemals ein Arzt (oder Amtsarzt) hinzugezogen und eine Diagnose gestellt wurde.

Im krassen Gegensatz hierzu stehen Äußerungen des seinerzeit für das AsylbLG verantwortlichen Bundesgesundheitsministers im Gesetzgebungsverfahren. So in einer Presseerklärung vom 24. Juni 1998: „Zu den wiederholten falschen Behauptungen des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery, daß die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zu einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung der Betroffenen führe, sagt Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer: Herr Dr. Montgomery sollte mit der Wahrheit korrekt umgehen. Bereits letzte Woche wurde vom Bundesgesundheitsministerium klargestellt: ‚An der Regelung im Asylbewerberleistungsgesetz über die Leistungen bei Krankheit wird nichts geändert. Leistungen bei akuter Erkrankung und Schmerzzuständen gehören stets zu der unabweisbar gebotenen Hilfe, darüber besteht auf allen Seiten Einigkeit.‘ Dies wird auch in dem Bericht des Gesundheitsausschusses festgehalten. Ich appelliere an Herrn Dr. Montgomery, mit der Wahrheit verantwortlich umzugehen und die unwahren Behauptungen endlich zu unterlassen.“

Tatsache ist, daß § 1a AsylbLG auch den Umfang der medizinischen Versorgung nach §§ 4 und 6 AsylbLG rechtlich auf „im Einzelfall unabweisbare“ Hilfen reduziert. Und am Gesetzeswortlaut können weder Seehofers Erklärungen noch die Gesetzesbegründung etwas ändern.

Kein Rechtsschutz

Die Kammern des Berliner Verwaltungsgerichtes haben die Praxis des Entzugs jeglichen Bargeldes, des Aushungerns und des obdachlos Aussetzens in vielen Fällen bestätigt. Einzig die „Fahrtkosten der preisgünstigsten Beförderungsmöglichkeit in das Herkunftsland" sowie eine Zehrgeld für unterwegs könnten Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo noch beanspruchen. Für den dagegen prinzipiell möglichen Beschwerdezulassungsantrag beim Oberverwaltungsgericht besteht Anwaltszwang, so daß viele Flüchtlinge mangels Geld und mangels vertretungsbereiter AnwältInnen hiergegen nichts mehr tun können.

Ob Schwarz oder Gelb, Rot oder Grün: Flüchtlinge werden rausgemobbt.

Im Rot-Grünen Koalitionsvertrag steht nichts zur endlich fälligen Umsetzung des Kriegsflüchtlingsstatus aus dem Asylkompromiß, nichts zur Aufhebung des Arbeitsverbotes für Kriegs- und andere Flüchtlinge, nichts zur Umsetzung von Abschiebestoppregelungen und auch nichts zum Asylbewerberleistungsgesetz.

Hört man Rot oder Grün über AusländerInnen reden, geht es um Staatsbürgerschaftsrecht und wie man unter Druck sei, weil die CDU dagegen Unterschriften sammelt. Jedenfalls dürfe man derzeit keine zusätzlichen Dinge fordern, wie die Rücknahme des AsylbLG oder wenigstens seiner Verschärfungen von 1997 und 1998. Diskutiert man mit grünen SpezialistInnen auf fachlicher Ebene, geht es ggf. auch noch um einige Mängel im Ausländergesetz, allenfalls um Mängel bei den sozialen Rechten anerkannter Flüchtlinge.

Von Asylsuchenden, von Kriegsflüchtlingen ohne gesicherten Status, von „Illegalen" bzw. illegalisierten AusländerInnen spricht bei Rot-Grün niemand mehr. Daß Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge nicht arbeiten dürfen, in Lager eingewiesen werden, mit Sachleistungen versorgt werden, mancherorts auch gar nichts mehr erhalten, scheint gesellschaftlicher Konsens geworden zu sein – auch bei rot und grün.

Georg Classen

Der Autor ist Flüchtlingsberater bei der Passionskirche Berlin und arbeitet derzeit für PRO ASYL an einem Leitfaden zum AsylbLG. Ausführliche weitere Materialien zum Thema im Internet unter http://www.proasyl.de im Verzeichnis „aktuell".

Vertreiben und Aushungern – so ist euer sauberes Gesetz

Anläßlich der ersten Lesung zur Novelle des AsylbLG am 26.03.98 haben Mitglieder der Roma-UnterstützerInnen-Gruppe Bochum den Deutschen Bundestag besucht. Als Bundesgesundheitsminister Seehofer den Gesetzesentwurf vorstellen wollte, entrollten sie ihr Transparent „Vertreiben und Aushungern – so ist euer sauberes Gesetz". Wenn die große Koalition der Flüchtlingsvertreiber im höchsten Verfassungsorgan ein Gesetz plant und verabschiedet, das die Würde der Menschen mit Füßen tritt, ist Widerstand nichts weiter als eine Pflicht und Notwendigkeit. Und dieser Widerstand gehört gerade auch in den Bundestag hineingetragen.

Der Security-Service unterband sogleich diese Meinungsäußerung. Die Folgen sind fünf Strafverfahren des Bonner Amtsgerichtes, die bislang ein nachträgliches Eintrittsgeld in den Bundestag von 3.900 DM androhen und eine Anzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung, da ein übereifriger Polizist sich bei seinem Hechtspruch auf einen der Protestierenden den Arm auskugelte.

Die Roma-UnterstützerInnen Gruppe bittet um Spenden für die Strafprozesse: Konto: Antifa, Konto-Nr. 140 63 70, Sparkasse Bochum, BLZ 430 500 01, Stichwort: R.-U.-G.

Bundesweite Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss

Am 12. Juni 1999 wird in Neuss eine bundesweite Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast stattfinden. Das aufrufende Vorbereitungsplenum Demo Neuss will mit der Demonstration den einsitzenden Frauen Solidarität und Verbundenheit zeigen und fordert ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen sowie die Anerkennung sexistischer Verfolgung und sexualisierter Gewalt als Asylgrund.

Eine Broschüre über den Abschiebeknast kann zum Preis von 6,50 DM beim Infoladen Anschlag, Stichwort Neuss, Heeperstr. 132 in 33607 Bielefeld bestellt werden.

Europaweite Demo für ein offenes Europa

Am 27. Mai wird in Paris eine europaweite Demostration gegen die Einwanderungspolitik der EU stattfinden.

Die Demonstration will an die Bewegung der „sans papier" erinnern und den Forderungen nach Abschaffung von Flüchtlingslagern und der Legalisierung aller Flüchtlinge Nachdruck verleihen.

Weitere Informationen unter: rizo77@hotmail.com, ludo@sherwood.it, Associazione Ya Basta tonicorti@iol.it

Fremdenfeindliche Unfälle im toleranten Brandenburg

Brandenburg habe das fremdenfeindliche Image nicht verdient. Die Zahl der fremdenfeindlichen Angriffe in Brandenburg sei 1998 zurückgegangen. Dies erklärte zu Beginn einer Tagung zu Rechtsextremismus und Toleranz gerade Brandenburgs Innenminister Ziel, als bekannt wurde, daß in Guben ein Ausländer zu Tode gehetzt wurde. Noch bevor nähere Tatumstände bekannt waren, wurde eilfertig um Verständnis für die Situation der ach so armen deutschen Jugendlichen geworben. Ministerpräsident Manfred Stolpe selbst warnte davor, die jungen Deutschen vorzuverurteilen. Eine Arbeitslosenquote von 25 %, kaum Freizeitmöglichkeitenen im Ort, keine Zukunftsperspektiven, und und und. Außerdem müsse die Betreuung durch Sozialarbeiter intensiviert werden. Daß es in Guben bereits die höchste Betreuungsquote Brandenburgs durch Sozialarbeiter gibt, wurde dabei geflissentlich übersehen.

Und der zu Tode gehetzte Asylbewerber? Warum hat der sich denn mitten in der Nacht auf der Straße aufgehalten, wo er doch hätte wissen müssen, daß in der Gegend rechts orientierte Jugendliche patrouillieren? Und außerdem war dem Ganzen ein Streit in einer Diskothek vorausgegangen. Also: Selbst Schuld; auch wenn ungeklärt bleiben wird, ob Omar Ben Noui überhaupt in der Disko war und wieviele sich an der Hatz in dieser Nacht beteiligt hatten.

Mittlerweile ist auch die Staatsanwaltschaft davon überzeugt, daß es sich hierbei um einen Unfall handelte. Auch wenn zugegeben werden muß, daß er eindeutig fremdenfeindlich ist. Also haben wir dazugelernt: Es handelte sich um einen fremdenfeindlichen Unfall. Kann passieren.

Glücklicherweise wurde eine Woche später die Medienöffentlichkeit auf andere Dinge gerichtet: die Kurdenproteste gegen die Entführung von Öcalan. Da kann auch endlich wieder mit der vollen Härte des Gesetzes durchgegriffen werden. Da kann schneller als schnell abgeschoben werden; was das Zeug hält. Da hat man den fanatischen Ausländer vor sich, wegen dem man überhaupt die ganze Asylgesetzgebung endgültig abschaffen kann.

Wo liegt eigentlich Guben?

Markus Stilo, (ZAG)

Der Terror geht weiter

Nach den Protestaktionen von KurdInnen gegen die Entführung von Abdulah Öcallan konnte bei unbedarften BürgerInnen leicht der Eindruck entstehen, daß der Bürgerkrieg nicht in Kurdistan, sondern auf deutschen Straßen wütet. „Kurden-Terror", „nackte Gewalt" allenthalben, alle Deutschen in Angst und die Innere Sicherheit kurz vor dem Zusammenbruch. Ein Großteil der Medien übte sich in Hysterie und Innenminister Schily in Kantherschen Reflexen. Da wird offen überlegt, KurdInnen in ein Land abzuschieben, daß gleichzeitig kritisiert wird, Öcalan keinen fairen Prozeß zu machen und ihn zu foltern. Über Gesetzesänderungen wird diskutiert, über Antifolterabkommen für Abzuschiebende, erstmalig auch die Ignorierung der Genfer Flüchtlingskonvention in Erwägung gezogen und in Windeseile eine europäische Innenministerkonferenz anberaumt.

Was aber war tatsächlich passiert? Nach der völkerrechtswidrigen Entführung von Öcalan gab es gut organisierte und massive Protestaktionen von PKK-AnhängerInnen. Botschaften wurden kurzzeitig besetzt, es kam zu einigen Auseinandersetzungen mit Sicherheitsorganen. Trotzdem hatten die Aktionen in erster Linie einen zeitlich begrenzten, symbolischen Charakter. Auch wenn man die Beteiligung des Mossad für abwegig und die versuchte Besetzung des israelischen Konsulats in Berlin für antisemitisch motiviert hält, gab es seitens der Besetzer gegenüber den davor postierten Polizisten oder das Botschaftspersonal keinerlei Tötungsabsichten. Die rücksichtslose Gewalt ging von dem Sicherheitspersonal aus, wie auch immer es zu dieser Situation kam. Tote haben nur die KurdInnen zu beklagen. Kurden-Terror?

Forderungen die PKK in Deutschland jetzt sogar als terroristische Vereinigung einzustufen, sind mehr als absurd. Das „Kurdenproblem" läßt sich nicht durch das Verbot und die Verteufelung von kurdischen Organisationen in Deutschland und schnelle Abschiebungen lösen.

MigrantInnen sind Teil dieser Gesellschaft und müssen das Recht haben, sich politisch zu organisieren.

Und ohne sich mit den politischen Zielen und Strukturen der PKK zu solidarisieren, ist es jetzt wichtiger als zuvor, die Aufhebung des PKK-Verbots zu fordern.

Jürgen Temming (ZAG)

Doppelte Staatsbürgerschaft

Gemeinsame Beilage von Antifaschistisches Infoblatt, Arranca!, GewerkschafterInnen gegen Rassismus und ZAG-antirassistische zeitschrift

Doppelte Herausforderung

Nur der gleichberechtigte Zugang zu ökonomischen Ressourcen und die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen ein Zusammenleben ohne Diskriminierungen. Wir begrüßen jede Initiative, die in die Richtung geht, den ImmigrantInnen in Deutschland gleiche Rechte zu verschaffen. Für Millionen von Menschen, die hier geboren sind oder seit Jahren hier leben, wäre die erleichterte Einbürgerung durch Hinnahme der Doppelten Staatsbürgerschaft ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Von dem vereinfachten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft kann eine gewisse Signalwirkung ausgehen.

Von dem vereinfachten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft kann eine gewisse Signalwirkung ausgehen. Die deutsche Gesellschaft würde signalisieren, daß sie beginnt, die Tatsache zu begreifen, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist und der Mythos von "ethnisch reinen" Staaten und Nationalmannschaften immer absurder geworden ist.

Nach allen Schätzungen wird es so sein, daß spätestens in der nächsten Generation die ImmigrantInnen in Städten wie Frankfurt oder München fast die Hälfte der Bevölkerung stellen werden. Allein das zeigt, wie überfällig ein Staatsbürgerschaftsrecht ist, das wenigstens den westeuropäischen Standards entspricht. Denn abgesehen von Deutschland hat kein anderes Land in Westeuropa ein Staatsbürgerschaftsrecht, das ausschließlich auf dem völkisch geprägten Abstammungsrecht ("Blutsrecht") basiert. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Einbürgerungsrechtes ist insofern ein Fortschritt, als anerkannt werden soll, daß die hier geborenen Menschen das Recht haben, deutsche Staatsbürger zu werden. Das noch von 1913 stammende Blutsprinzip (Jus sanguinis) wird immerhin zugunsten des Gebietsprinzips (Jus soli) aufgeweicht, jedoch nicht abgeschafft.
Dies ist der eigentliche Kern der Auseinandersetzung um die Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts. In diesem Sinne ist auch der Gesetzentwurf der Bundesregierung zu kritisieren. Sowohl in der zunächst vorgelegten Fassung, und noch weniger in dem jetzt als Gesetzentwurf präsentierten sogenannten FDP-Options-Modell geht er nicht weit genug. Neben Erleichterungen bei der Einbürgerung für eine jüngere MigrantInnengeneration beinhaltet er gleichzeitig eine Reihe von Verschärfungen der Zugangsbeschränkungen zu einem deutschen Paß.
Von einer Reform zugunsten einer Normalisierung der doppelten Staatsbürgerschaft kann keine Rede mehr sein. Selbst die SPD und die Grünen räumen ein, daß sie dem Druck der CDU/CSU gewichen und weit hinter den eigenen Ansprüchen zurckgeblieben sind. Von Politikerseite heißt es jetzt beschönigend, die „Zielrichtung ist erfüllt„ oder es handele sich um einen „ersten Schritt„. Dabei ließ schon das reflexartige Zurückweichen der Bundesregierung nach dem, einer rassistischen Kampagne der CDU geschuldeten Wahlsieg in Hessen, wenig Gutes erwarten.



Es ist davon auszugehen, daß die CDU/CSU-Kampagne gegen die Doppelte Staatsangehörigkeit gerade nach dem Erfolg in Hessen und der Einigung auf das „FDP-Modell„ weitergehen wird. Sie muß als das angegriffen werden, was sie ist: Eine rassistische Mobilisierung, die unseren Widerstand notwendig macht. Auch wenn ein Bekenntnis zur Integration vorgeschoben wird, verstehen wir doch sehr genau, um was es geht. Die Unionsparteien mobilisieren über Haß und Ausgrenzung. Sie polarisieren die Gesellschaft auf dem Rücken der ImmigrantInnen und leisten neofaschistischen Positionen Vorschub. Der ausgelaugten "Volkspartei" geht es um Macht. Hier sind die gleichen Demagogen und brandstiftenden Biedermänner am Werk, die schon die de-facto-Abschaffung des Asylrechts in den Jahren 1991 bis 1993 erzwangen - mit Tausenden von Brandanschlägen, Körperverletzungen, Überfällen, mit den Morden von Mölln und Solingen.

Die Unionsparteien mobilisieren über Haß und Ausgrenzung.

In einer Welt, die ihre grundlegenden Probleme nur solidarisch lösen kann, ist die Abschottung von Staaten gegen andere Menschen und Kulturen anachronistisch und mehr als rückwärtsgewandt. Sie wird durch die zukünftige Entwicklung der Einwanderung absurd werden. Mit diesem Prozeß der Immigration konstruktiv umzugehen, liegt im Interesse aller hier lebenden Menschen. Denn in einer demokratischen und zivilen Gesellschaft sollten unterschiedliche Kulturen, Lebensweisen und Auffassungen selbstverständlich sein. Auch wenn wir in Deutschland davon noch weit entfernt sind, gibt es dazu keine Alternative.
Die Diskriminierungen der ImmigrantInnen haben im Laufe der Jahre ihre Spuren hinterlassen - es ist höchste Zeit, diesen Prozeß zu stoppen. Dabei wäre die Erleichterung der Einbürgerung kein Patentrezept, sondern nur ein kleiner Schritt, da viele der Diskriminierungen im Alltag stattfinden. Wir denken, daß ein Antidiskriminierungsgesetz in Abstimmung mit den ImmigrantInnen genauso nötig ist wie antirassistische Erziehung der Jugend und der deutschen Bevölkerung. Wir sind der Überzeugung, daß es genauso an uns liegt, für eine Situation zu arbeiten, in der es möglich wird, gemeinsam unsere Stadtteile zu gestalten und uns gemeinsam gegen schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen zu wehren.

Dabei wäre die Erleichterung der Einbürgerung kein Patentrezept, sondern nur ein kleiner Schritt.

Mogelpackung Doppelte Staatsbürgerschaft?

Die parlamentarischen Debatten, die Diskussionen auf den Feuilletonseiten und die Wortmeldungen der Meinungsmacher zur Doppelten Staatsbürgerschaft gehören nicht zu den üblichen politischen Scheingefechten. Es geht um mehr als ein eingebürgertes WählerInnenpotential der einen und den damit verbundenen Machtverlust der anderen Seite. Die erleichterte Doppelte Staatsbürgerschaft öffnet vor allem den ZuwanderInnen der zweiten und dritten Generation einen Weg aus vielen bürokratischen Schwierigkeiten wie Erb-, Aufenthalts- und Wehrrecht. So ebnet sie den Weg zu einer vermehrten Einbürgerung, die das völkische Abstammungsprinzip des Grundgesetzes in der Realität zunehmend ad absurdum führen wird und die Position der MigrantInnen stärken kann. Darüber hinaus könnte langfristig eine Hinwendung zu einem, etwa am Beispiel Frankreichs orientierten, republikanischen Staatsangehörigkeitsrecht möglich werden.
Dies sollte im Umkehrschluß jedoch nicht dazu führen, sich lediglich für die Durchsetzung der Doppelten Staatsbürgerschaft zu engagieren. In den öffentlichen Diskussionen und in den vielfältigen Aktivitäten der letzten Wochen sind entscheidende Aspekte antirassistischer Politik ausgeblendet worden: Auch wenn die Hinnahme der Doppelten Staatsbürgerschaft den Schritt, sich einbürgern zu lassen, erleichtern wird, sollte sie als Minimalforderung begriffen werden. Nicht allein deshalb, weil nur wenige der in der Bundesrepublik lebenden MigrantInnen und deren Nachkommen darüber gleiche Rechte erlangen können. Flüchtlinge und Illegalisierte und all diejenigen, die die Kriterien für die Einbürgerung nicht erfüllen, werden auch weiterhin vom Zugang zu gesellschaftlichen und politischen Ressourcen ausgeschlossen bleiben. Außerdem ist die Doppelte Staatsbürgerschaft bereits jetzt nicht nur gängige Praxis, sondern unter bestimmte Bedingungen ohnehin gesetzlich legitimiert. So sind Kinder aus binationalen Ehen zumeist Angehörige zweier Staaten. Verfolgte des Naziregimes und AussiedlerInnen haben einen Anspruch auf einen deutschen Paß, ohne ihren bisherigen abgeben zu müssen. Bei der Einbürgerung wird die Doppelstaatsangehörigkeit dann hingenommen, wenn die Gesetze des Herkunftslandes eine Entlassung aus der Staatsangehörigkeit nicht erlauben oder diese an unzumutbare Bedingungen geknüpft wird. Dies trifft insbesondere auf die türkischen MigrantInnen in Deutschland zu, die de facto und offiziell auch nach bisheriger Rechtslage bei der Einbürgerung ihren türkischen Paß behalten konnten. Dies führt noch einmal die Absurdität der CDU-Kampagne vor Augen und verdeutlicht, daß es ihr in erster Linie nicht um die Doppelte Staatsbürgerschaft, sondern um das Schüren von Rassismus und das Festklammern am völkischen Blutsrecht geht.

Wenn selbst nach langjährigen Diskussionen nicht mehr bei einem Gesetzentwurf herauskommt, zeigt das nur, wie tief das Abstammungsprinzip in den Köpfen verankert ist.

Verschärfungen und Fallstricke

Die geplante Reform des Staatsangehörigkeitsrechts enthält allerdings nicht nur Verbesserungen, die sich vorwiegend auf die Herabsetzung der notwendigen (rechtmäßigen!) Aufenthaltsdauer beschränken, sondern auch Verschärfungen. Bei „selbstverschuldetem„ Bezug von Sozial- und Arbeitslosenhilfe wird der Antrag auf Einbürge-

Zudem wäre es auch denkbar, für einen Erwerb bürgerlicher Rechte zu plädieren, der nicht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt ist.

rung abgelehnt, was de facto bedeutet, die AntragstellerInnen müssen nachweisen, daß sie nicht „selbstverschuldet" auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Die Dimension dieser Vorgabe wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß der Anteil der Arbeitslosen unter ImmigrantInnen überproportional hoch ist. Die Unterhaltsprüfung gilt bereits für Jugendliche ab 19 Jahren, nicht wie bisher ab dem 23. Lebensjahr. Verlangt wird außerdem ein schriftliches Bekenntnis zum Grundgesetz. Und seit den kurdischen Protesten gegen die Entführung von Öcalan wird auch eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz in Erwägung gezogen. Das bedeutet, daß allein der Verdacht des „politischen Extremismus" ausreichen würde, den Antrag auf Einbürgerung abzulehnen.

Bei der Berechnung der notwendigen Dauer des Aufenthaltes werden die Zeiten während des Asylverfahrens nicht mehr anerkannt. Flüchtlinge, die fünf Jahre und mehr auf eine Entscheidung ihres Asylantrages warten, sind jedoch keine Seltenheit. Abgelehnt wird der Einbürgerungsantrag auch, wenn eine Verständigung in deutscher Sprache nicht möglich ist.

Zwar wird versucht, mit der jetzigen Reform des „Staatsangehörigkeitsrechts" die Rechtsgrundlage für das jetzige Gesetz, das - einmalig in Westeuropa - vom Abstammungs- und nicht vom Territorialprinzip ausgeht, aufzuweichen. Aber unter gravierenden Einschränkungen. In Deutschland geborene Kinder von MigrantInnen erhalten zwar qua Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft. Allerdings müssen sich ihre Eltern seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten. Zwischen dem 18. Und dem 23. Lebensjahr müssen sie sich für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Mit dem 23. Lebensjahr muß die Entscheidung getroffen werden, sonst droht der Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft. Rückwirkend soll diese Regelung auch für alle Jugendlichen gelten, die zehn Jahre vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes geboren wurden.

Für ältere MigrantInnen bringt der Entwurf keine Erleichterungen. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis sieht er sogar Vorschärfungen vor. So soll bei ihnen die Doppelte Staatsbürgerschaft künftig nur noch in „Härtefällen" akzeptiert werden, wenn der Heimatstaat die Ausbürgerung verweigert oder wenn durch die Entlassung aus der alten Staatsbürgerschaft unzumutbare wirtschaftliche oder erbrechtliche Nachteile entstehen. Einzig die Fristen für einen Anspruch auf eine Einbürgerung werden von bisher fünfzehn Jahren auf acht Jahre verkürzt. Wenn selbst nach langjährigen Diskussionen nicht mehr bei einem Gesetzentwurf herauskommt, zeigt das nur wie tief das Abstammungsprinzip in den Köpfen verankert ist. Offensichtlich soll kein wirklich grundsätzliches Umdenken erreicht werden.

Das Konzept der Doppelten Staatsbürgerschaft teilt die hier lebenden Nichtdeutschen in zwei Gruppen: In die einzudeutschenden "alten" ZuwanderInnen der letzten 40 Jahre einerseits und andererseits die "neuen" MigrantInnen der jüngeren Flucht- und Wanderungsbewegungen.

Es ist zu befürchten, daß mit dieser Festlegung zukünftiger staatlicher ImmigrantInnenpolitik der rassistische Konsens nicht nur bestätigt wird, sondern sogar noch eine Zuspitzung erfahren könnte.

Gleiche Rechte statt doppelte Pässe

Etwa zehn Jahre liegt es zurück, daß die Grünen sich auf ihrem Parteitag dazu durchrangen, offene Grenzen zu fordern. Heute wird die Ablehnung der Forderung nach offenen Grenzen zum Prüfstein der "Politikfähigkeit" gemacht. Nehmen wir aber unser Eintreten für offene Grenzen und gleiche Rechte ernst, bedeutet eine tatsächliche Reform des Staatsbürgerrechts und die Durchsetzung der Doppelten Staatsbürgerschaft eine politische Übergangslösung. Wir sollten dafür eintreten, aber ohne die eigentlichen Ziele aus dem Blick zu verlieren. Zudem wäre es auch denkbar, für einen Erwerb bürgerlicher Rechte zu plädieren, der nicht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt ist. Das hätte den Vorteil, daß dadurch die Bedeutung des Staatsangehörigkeitsrechts erheblich verringert würde und damit auch wesentlich mehr Menschen Zugang zu gleichen Rechten erhielten.

Wenn die Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts also als beides gesehen wird - sowohl als einen Schritt weg vom völkischen Blutrecht, als auch als Ausdruck und Mittel eines Assimilationszwangs - wird klar, warum das Thema für die Linke kein leichtes Terrain ist. Erschwerend kommen noch grundsätzliche Einwände hinzu. Wer nämlich gegen diesen Staat, den Staat als solches, Nationen und insbesondere Deutschland ist, tut sich schwer damit, für irgendjemanden die Möglichkeit erkämpfen zu wollen, deutscher Staatsbürger zu werden. Aus dieser Unübersichtlichkeit pragmatischer Pros und prinzipieller Kontras kann bei der Bestimmung antirassistischer Praxis die Orientierung an den tatsächlich betroffenen MigrantInnen helfen. Auf die muß das prinzipienversessene Bedenkenträgertum deutscher Linker zynisch wirken. Eine solidarische Grundhaltung hat jedoch zunächst die breite Zustimmung von MigrantInnen zur Möglichkeit des Doppelpasses zur Kenntnis zu nehmen.

Zusammengefaßt kann das für eine antirassistische Linke nur bedeuten: Die Forderung nach gleichen Rechten für alle hier lebenden und hierher flüchtenden Menschen mit Nachdruck zu stellen und mit solidarischem Handeln zu füllen.

Die Forderung nach gleichen Rechten für alle hier lebenden und hierher flüchtenden Menschen muß mit Nachdruck gestellt und mit solidarischem Handeln gefüllt werden.

AIB
Arranca!
GewerkschafterInnen gegen Rassismus
ZAG



Gegenaktionen

Auf die provokative Ankündigung der CDU/CSU die Unterschriftenaktion gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft zu starten, folgte eine Welle von Protest und Empörung. Anfangs bezweifelten viele die Realisierung der Hetzkampagne, reichte der Protest doch bis in die ureigenste Klientel der Christdemokraten hinein. Allen voran, und das selbst im rabenschwarzen Bayern, verkündeten die Kirchen ihren Unmut und mit ihnen ein breites Spektrum der demokratischen Öffentlichkeit. Im Gegensatz zu der Kampagne zur Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl in den Jahren 1991 bis 1993 zog diesmal auch der große Teil der Medien nicht mit der Rechten mit, sondern nahm eine distanzierte bis kritische Haltung ein. Nichtsdestotrotz wurde die Kampagne begonnen. Es gibt Themen, und die Schürung von Rassismus zum Machtgewinn gehört offensichtlich dazu, da spielen liberale Öffentlichkeit und die Medien nicht unbedingt die gewohnt dominierende Rolle. Höchste Zeit also vom Protest zum Widerstand überzugehen. Wäre der Widerstand immer so massiv gewesen wie bei den Protesten von Göttinger und Berliner StudentInnen, die den CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble im Januar am Reden hinderten, die Aktionen der Union wären vielleicht am massiven Widerstand gescheitert. Doch die CDU/CSU trat flächendeckend und massiv auf. Überall organisierte die Parteibasis ihre Stände und Unterschriftensammlungen. An vielen Orten mischten sich BefürworterInnen der Doppelten Staatsbürgerschaft ein und wurden ZeugInnen der "Reaktionen auf der Straße" und dafür, daß die "CDU - wenn auch ungewollt - rechtsradikales und ausländerfeindliches Gedankengut provoziert", wie es in einer Erklärung von Kirchen, jüdischer Gemeinde und Gewerkschaften aus Hessen hieß. Besonders ältere Leute, die sogenannte Flakhelfergeneration, taten sich mit wütenden Attacken hervor. Die Stimmung vor Ort machte dem letzten klar, daß es den mobilisierten Bürgern am allerwenigsten um Integration geht. In Hessen bauten die Grünen neben den CDU-Ständen ihre eigenen auf und stellten ihre Position zur Diskussion. In mehreren Städten, darunter Berlin und Hamburg, flogen CDU-Stände durch die Gegend, in Magdeburg wechselten schon ausgefüllte Listen die Besitzer und in Frankfurt wurde ein CDU-Stand belagert und blockiert. In Wiesbaden demonstrierte der Ausländerbeirat mit einer Toleranzmeile aus Styroporplatten und in Berlin gingen 800 Leute gegen die Unionskampagne auf die Straße. Auch des nachts waren GegnerInnen der Unionskampagne unterwegs, um CDU Büros mit Protestparolen zu verzieren und für Durchzug zu sorgrn. Für großes Aufsehen sorgte eine Aktion der JungdemokratInnen, die zwei Büros der CDU für einige Zeit besetzt hielten und sich erst nach Eintreffen der Polizei überreden ließen, zu gehen.
Die Gewerkschaften DPG, HBV, IG Medien, ÖTV und DAG in Berlin-Brandenburg wandten sich gegen die Unterschriftenkampagne: Die Union, die 16 Jahre lang Ausländerpolitik als Kriminalitäts- und Abschiebungspolitik verstanden habe, schüre Ressentiments und spalte damit die Gesellschaft. Der DGB Berlin-Brandenburg warf der CDU vor, sie würde Wasser auf die Mühlen rechter Rattenfänger lenken.
Ein besonders großes Echo erreichte eine Eigeninitiative zweier Journalisten der Frankfurter Rundschau. Per Fax versandten sie einen Unterschriftenappell am Freitag abend, am Montag morgen waren bereits 1500 Unterschriften eingetroffen und das Faxpapier aufgebraucht. Mittlerweile haben diesen Appell über 100.000 Menschen unterschrieben und damit einen deutlichen Beleg dafür geliefert, wie groß das Interesse am offenen Widerspruch gegen die Hetzkampagne ist.

Die Polarisierung der Gesellschaft wurde von Rechts eingeleitet. Nun sollten wir sehen, daß sich ein möglichst starker Gegenpol bildet. Viele Menschen sind dafür offen, sind empört von der Unverfrorenheit der Rechten. Diese Situation stellt für den antirassistischen Widerstand eine große Chance dar. Das Zurückweichen vor der rassistischen Mobilisierung der CDU/CSU und faule Kompromisse zu Lasten der ImmigrantInnen würden uns im Bemühen für eine solidarische Gesellschaft weit zurückwerfen. Damit Erfolge erzielt werden können, ist es notwendig, auf gesellschaftlich breiter Ebene zu agieren und die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen. Neue Bündnisse sind möglich. Jetzt ist es wichtig, Rückgrat zu zeigen.
Darüber hinaus geht es um längerfristig angelegte Aktivitäten. Dort, wo wir leben und arbeiten, sind Beiträge zur Verständigung und ein sich entwickelndes Miteinander im Alltag genauso notwendig wie zu besonderen Anlässen. Ob es Straßenfeste sind, Stadtteilinitiativen oder Aktivitäten am Arbeitsplatz, es liegt an uns, allen Wege zur Kommunikation zu suchen. Eindeutig sollte eine Botschaft sein: Wir lassen uns nicht nach Gesichtspunkten von Hautfarbe, Herkunft oder Kultur auseinander manipulieren.

AIB

Der brandstiftende Biedermann als Serienmodell

Von einer Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft, skrupelloser Machtpolitik und einer extremen Rechten, die sich die Hände reibt

Die politische Landschaft rechts von der viel beschworenen Mitte wird sich grundlegend ändern. Dies lag nach der Bundestagswahl im vergangenen September ebenso auf der Hand, wie die Tatsache, daß das Verhalten der CDU/CSU entscheidend dafür sein wird, wie diese Entwicklung aussieht. Wenige Monate nach der Wahlniederlage hat die Oppositions-Union mit der Doppelten Staatsbürgerschaft ihr erstes großes Profilierungsthema gefunden. Während die Konservativen mit ihrer Kampagne gegen das Regierungsvorhaben rassistische Stimmungen schüren und Neonazis dazu Beifall klatschen, kündigen sich die grundlegenden Veränderungen erst an.

27. September vergangenen Jahres: Die SPD hat die "Mitte" und damit die Wahl gewonnen, die Union ist zutiefst verunsichert. Auch nach dem Lecken der Wunden und der Reorganisierung des Parteivorstandes gelingt es der CDU, für die Opposition 16 Jahre lang ein Fremdwort war, nur zögerlich, sich in die neuen Rolle einzufinden. Obwohl auch die neue Regierungskoalition nicht gerade mit Erfolgen glänzen kann, vermag die CDU nicht, eine auch nur in Ansätzen erfolgversprechende Oppositionspolitik zu entwickeln. Anders hingegen die bayerische Schwesterpartei CSU: Auf eine sichere Mehrheit in dem südlichen Bundesland gestützt, gehen der frischgebackene Parteivorsitzende Stoiber und seine rechte Hand aus der bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, in die Vollen. Ganz traditionell legt die rechte CDU-Schwester es nicht darauf an, die Mitte mit einer Politik der Mitte zurückzuholen, sondern mit rechtem Populismus. Der zieht jetzt viel besser, als eine langfristig angelegte, ausgewogene Oppositionspolitik der Union. Und vor allem schneller.

Die rotgrüne Koalition hat mit ihrer Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und insbesondere der Doppelten Staatsbürgerschaft ein Thema vorgelegt, wie es der CSU gar nicht gelegener hätte kommen können. Ein Thema voll mit Emotionen, die nur darauf zu warten scheinen, angeheizt zu werden: ein Thema, das polarisiert und das die Gesellschaft spaltet wie kein anderes seit der Ostpolitik der sozialliberalen Regierung Willy Brandts vor knapp 30 Jahren. Und ein Thema, bei dem sich die Union sicher sein kann, die Stammtische und damit eine Mehrheit

„Die Politiker erklären Türken, die seit 40 Jahren hier leben und arbeiten, den Krieg. Wer wird verantwortlich dafür sein, wenn Skins wieder türkische Häuser abfackeln?" Hürriyet, die meistgelesene türkische Zeitung in Deutschland

der Bevölkerung nicht nur in Bayern hinter sich zu haben: Anfang Januar ergab eine repräsentative Emnid-Umfrage, daß 53 Prozent der Befragten gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft sind. Dafür waren nur 39 Prozent.

Vor diesem Hintergrund muß die CDU sich entscheiden. Während eine Fraktion um die "jungen Wilden" und den Rest des gemäßigten Flügels die doppelte Staatsbürgerschaft in der Optionslösung für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern befürwortet und auch der Unterschriftenaktion skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, wollten insbesondere Parteichef Schäuble und der Wahlsieger in Hessen, Roland Koch, dieses Thema nicht an sich vorbeiziehen lassen. Für Koch war die rassistische Karte die wohl einzige Chance, die Umfrageergebnisse am Wahltag doch noch zu seinen Gunsten verschieben zu können. Entscheiden tut schließlich doch die CSU. Vollmundig wird die Unterschriftenaktion gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft, die schlimmer sei als die RAF (Stoiber), Anfang Januar angekündigt. CDU-Chef Schäuble, Stellvertreter Rühe und Generalsekretärin Merkel beeilen sich, die Beteiligung der CDU an der Aktion zu erklären, auch wenn sie schon nicht mehr dem Eindruck entgegenwirken können, daß die CSU die CDU vor sich hertreibt. Eine Entscheidung, die folgenschwer ist: Statt die Partei zu reorganisieren und neue wirtschaftliche und soziale Modelle zu entwickeln, setzt die Union auf eine rassistische Kampagne, die ihr schnell zu Macht verhelfen soll.

Die erfolgreiche Unterschriften-Aktion...

Mehr als eine Million Unterschriften will die Union nach eigenen Angaben alleine in den ersten drei Wochen der Kampagne gesammelt haben. Das Motto: "Ja zur Integration - Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft". Von Integration ist allerdings fast ausschließlich auf den Pressekonferenzen und gegenüber KritikerInnen der Unterschriftenkampagne die Rede. Der Halbsatz in der Überschrift der Unterschriftenlisten dient einerseits als Tribut an die parteiinternen Skeptiker - nicht wenige Kreisverbände beteiligen sich nicht an der Aktion - und andererseits als liberales Deckmäntelchen und Universalkeule gegen den Vorwurf des Rassismus. Die eifrigen Unterzeichner, über deren Ansturm selbst die Union erstaunt ist, verstehen die Parole dennoch richtig: "Wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben" und "die sollen alle wieder gehen" sind Kommentare der harmloseren Art. Daß die populistische Kampagne, die Integration heuchelt und schon alleine in ihrer Existenz Ausgrenzung bedeutet, dem besseren Verständnis zwischen MigrantInnen und Deutschen dienen soll, das glaubt wohl kaum jemand der vor allem älteren Deutschen, die da ihren Namen in die Listen eintragen. Vielmehr entsteht der Eindruck, daß die Leute sich trauen zu sagen, was sie schon lange gedacht haben. Ganz nach

„Das konservative Lager wird (...) weiter in Richtung rechtsextrem abrutschen."

dem Motto: "Wenn der Schäuble das sagt, dann darf ich das auch sagen." Die Union erlaubt nicht nur, gegen Ausländer zu sein, sie fordert auch noch dazu auf, dies öffentlich zu sagen und per Unterschrift kundzutun.

Aber der Erfolg gibt recht: Der Andrang an den Unterschriftenständen der Union und vor allem der überraschende Sieg in

Hessen lassen die nicht wenigen parteiinternen Kritiker der Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft verstummen. Mit einem Mal wirkt die Union wieder selbstbewußt und der Parteivorstand kann sich siegessicher zulächeln. Nicht zu stören scheint dabei, daß die Wahl in Hessen, die mit dem Thema Doppelte Staatsbürgerschaft gewonnen und verloren wurde, nicht nur einen Sieg der Union und damit den einer skrupellosen Machtpolitik, sondern auch einen Rechtsruck bedeutet: Die Reps schafften zwar nur eine kleine Steigerung auf 2,7 Prozent, waren aber die einzigen, die allen anderen Parteien Stimmen abziehen konnten. Sogar die CDU, die sonst von allen anderen Parteien Stimmen gewinnen konnte, mußte etwa 3.000 Stimmen an die Rechtsextremen abgeben. Daß es nicht mehr waren, hat die Union wohl nur ihrer Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft zu verdanken, mit der sich die Konservativen rechts profilieren und somit entsprechendes Wählerpotential binden konnten. Gewonnen hat die Union neben der starken Mobilisierung ihrer eigenen Anhänger besonders in den Bevölkerungsteilen, die sonst gerne rechtsextrem wählen: NichtwählerInnen, ArbeiterInnen und JungwählerInnen.

„Wir wollen, daß in Deutschland weiter Kirchenglocken läuten und nicht Muezzine rufen." Roland Koch, hessischer Spitzenkandidat der CDU, in einem Beitrag für „Die Welt"

...und die Folgen

Das Unions-Kalkül, mit einer stimmungsgeladenen, populistischen Kampagne statt mit fundierter Politik zu Macht zu kommen, ist aufgegangen. Nun kann sich die CDU wieder hinstellen und deutlich machen: Ohne uns findet hier keine Veränderung statt. Einen ersten greifbaren Erfolg hat man auf diesem Weg bereits erzielt: Die SPD knickt in der Frage der Doppelten Staatsbürgerschaft ein und macht einen Schritt auf die Union zu. Fraglich scheint nur, wie lange die Konservativen das Potential binden können, das sie in Hessen gewählt hat und welches sie mit ihrer Kampagne auf den rechten Geschmack gebracht haben: Waren es Anfang Januar noch 53 Prozent, die sich gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft aussprachen, zählte das ZDF-Politbarometer Ende Januar schon 63 Prozent, Tendenz insbesondere seit der rassistischen Medienhetze gegen KurdInnen steigend.
Eine Situation, die fatale Ähnlichkeiten aufweist zu der Konstellation, die vor sechs Jahren zur Abschaffung des Asylrechts führte: Die Union brauchte die Stimmen der SPD für die zur Grundgesetzänderung nötigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag, heizte die Stimmung mit rassistischen Parolen, "Das Boot ist voll"-Bildern und Hetze gegen Flüchtlinge auf. Die Folge war ein anhaltender Rechtsruck, der der extremen Rechten zum größten Aufschwung seit dem Ende der 60er Jahre verhalf und zu einer Welle unzähliger Übergriffe, Anschläge und Morde gegen MigrantInnen führte, deren Gipfel das politisch gewollte Pogrom von Rostock-Lichtenhagen und die Morde von Mölln und Solingen bildeten. Der Mob führte das aus, was die zu Brandstiftern gewordenen Biedermänner an den Stammtischen predigten. Am Ende knickte die SPD auch in dieser Frage ein und stimmte für die Abschaffung des Asylrechts. Die Hetze der Union hat ihr Ziel erreicht, ihre "Nebenwirkungen" aber waren nicht mehr aufzuhalten.

„Muezzine und Minarette gehören nicht in unsere Städte." Republikaner Hessen in einem Wahlaufruf

Der Unterschied zwischen damals und heute: 1993 war die Union an der Macht. Sie brauchte die Stimmen der SPD "nur" für die Änderung des Grundgesetzes. Heute bräuchte sie den Druck der Straße für jede Entscheidung, die sie nachhaltig beeinflussen will, wenn sie sich nicht auf eine fundierte Oppositionspolitik und einen daraus resultierenden Machtwechsel in vier Jahren verlassen will. Der brandstiftende Biedermann als Serienmodell, für das die Doppelte Staatsbürgerschaft nur die Pilotkampagne war? Schon bereitet sich die CSU auf einen Europa-Wahlkampf mit nationalistischen Tönen vor: Keine schnelle Osterweiterung, weniger Integration, mehr Mitbestimmung, weniger zahlen und mehr bekommen. Wenn es den Bayern auch hier gelingen sollte, die CDU am Nasenring vorzuführen und auf eine Stammtisch-Kampagne einzuschwören, hätte die Union mehr vollzogen als einen Rechtsruck. Ein derartiger Kurs wäre ein Bruch mit ihrer traditionellen Europa-Politik und damit ein sicheres Zeichen dafür, daß den Herren Schäuble, Rühe und Koch jede Kampagne recht ist, wenn sie Macht verschafft.

Aussichten

Wie es nun weitergeht, wird vor allem davon abhängen, wie weit und wie lange die CDU ihrer Schwesterpartei nach rechts folgt und auf die Stammtisch-Kampagnen als Machtmittel setzt. Sicher scheint nur eins: Die populistischen Kampagnen schieben einen neuen Rechtsruck an, dem sich derzeit auch die SPD nicht entzieht und dessen Gewinner zweifelsohne die extreme Rechte ist, deren Parolen einmal mehr von der Union gesellschaftsfähig gemacht werden.
Sollte sich die Union irgendwann wieder darauf einlassen, Politik zu machen, statt Stimmungen zu schüren, wird sich die extreme Rechte hinstellen und den freigemachten, durch die Union etablierten Platz der rechten Scharfmacher einnehmen können. DVU, NPD und Reps werden dann wohl kaum Schwierigkeiten haben, das Potential zu integrieren, das momentan auf die Parolen der Union anspringt. Und dies in einer Zeit, in der gesellschaftliche und wirtschaftliche Umstände für rechtsextreme Demagogen viel günstiger stehen, als noch vor sechs oder gar vor dreißig Jahren. Der anstehende Rechtsruck ist exakt das, was die extreme Rechte derzeit zum Aufschwung benötigt. Nachdem die aus den Entwicklungen Anfang der 90er Jahre entstandene Bewegung raus ist, schafft die Union den Rechten genau die Stimmung, die diese brauchen. Schon stellen NPD, DVU und Reps sich hin und fordern dazu auf, die CDU-Aktion zu unterstützen, sammeln selber Unterschriften und versuchen, sich als wahre Vertreter der von der Union zum Thema gemachten Positionen zu präsentieren. Die Szene wird durch die Unions-Kampagne wieder in Bewegung versetzt und es ist nur eine Frage der Zeit, bis - abgesehen von den alltäglichen Übergriffen - wieder eine Welle von Anschlägen und Morden durch Deutschland geht.
Die andere - nicht weniger beunruhigende - Variante wäre, daß die Union oder eine bundesweite CSU sich selbst dauerhaft in der Rolle des rechten Scharfmachers breitmachen und damit das durch die Kampagnen der Union größer werdende rechtsextreme Potential binden. Wie dem auch sei: Die politische Landschaft rechts von der Mitte wird sich grundlegend ändern.

Der Autor dankt dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. für die Unterstützung.

AIB

Doppelte Herausforderung

Impressum

Das **Antifaschistische Infoblatt** erscheint seit 1987 vierteljährlich. Das AIB informiert über Entwicklungen in der Neonaziszene und der Braunzone in Deutschland und international. Darüber hinaus ist das AIB Diskussionsforum für unabhängige antifaschistische Gruppen und Initiativen.
Antifaschistisches Infoblatt, c/o L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Die Zeitschrift **Arranca!** behandelt Themen aus Politik und Kultur. Sie ist ein Projekt der berliner Gruppe FelS und erscheint etwa vierteljährlich.
Arranca!, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Die Gruppe **„GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus"** gibt es seit 1988. Sie versucht, in Betrieben, Berufsschulen und Gewerkschaften gegen rassistische und nationalistische Tendenzen anzugehen. Zusammen mit der DGB-Jugend gibt sie die Zeitschrift RAG heraus.
GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, c/o DGB Jugend- und Kulturetage, Brunnenstr. 125-127, 13355 Berlin

ZAG antirassistische zeitschrift
Herausgegeben von der Antirassistischen Initiative Berlin e.V.
Erscheinungsweise: Vierteljährlich
Einzelpreis: 6,-DM
Jahresabo: 24,-DM
Die ZAG ist eine linke, antirassistische Zeitschrift, die seit 1991 erscheint. Wir begreifen Rassismus nicht als individuelles Problem von ein paar fehlgeleiteten Jugendlichen, sondern als Unterdrückungsinstrument, das aus der Mitte der Gesellschaft kommt.
Entsprechend weit gefächert sind unsere Schwerpunktsetzungen in den jeweiligen Ausgaben. Von Medien über Polizei und Justiz, Stadtentwicklung bis zur Jugendarbeit.
Anliegen der ZAG ist es, im Rahmen unserer Möglichkeiten Gegenöffentlichkeit zu entwickeln, Hintergrundinformationen zu liefern sowie Diskussionen anzuregen und voranzutreiben.
Dies tun wir außer in unserem Schwerpunkt auch in unserer aktuellen Berichterstattung, unserem Debattenteil sowie in Rezensionen und Kurzvorstellungen.

ZAG, Yorkstr. 59 HH, 10965 Berlin

Gestaltung:
Ralf, früher bei zusammen gestalten
Fotos: auch Ralf bis auf
die Deutschländer: Albert Zecheru

Sonderfall Deutschland

In keinem anderen westlichen Industrieland ist der Erwerb der Staatsbürgerschaft für Einwanderer so schwierig wie in Deutschland. Und nirgendwo sonst ist die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft zu einem Politikum gemacht worden.
Als Standardbeispiel für ein republikanisches Staatsangehörigkeitsrecht, das anders als das deutsche Blutsrecht dem Territorialprinzip folgt, gilt **Frankreich**, wo Immigranten der 1., 2. oder 3. Generation knapp ein Viertel der Gesamtbevölkerung stellen. Wer in Frankreich geboren ist und dort mindestens fünf Jahre gelebt hat, wird mit 16 Jahren automatisch französischer Staatsbürger und auf Antrag schon mit 13, kann seine alte Staatsangehörigkeit jedoch behalten. Schätzungen zufolge sind 90% der meist aus den Maghreb-Staaten stammenden EinwandererInnen DoppelstaatlerInnen. Unzulässig ist der Doppelpaß nur, wenn bilaterale Abkommen - wie zum Beispiel mit Deutschland - ihn verbieten.
In **Großbritannien** sind zwar die Einwanderungsmöglichkeiten in den letzten drei Jahrzehnten deutlich begrenzt worden, beispielsweise wurde den Angehörigen der Commonwealth-Staaten das Recht auf Ansiedlung und Einbürgerung genommen und wurden so die starken Zuwanderungsbewegungen aus den ehemaligen Kronkolonien der Nachkriegszeit stark reduziert, die doppelte Staatsbürgerschaft wird jedoch weiterhin hingenommen.
Wer in den **USA** geboren wurde, ist unabhängig von seiner Abstammung US-StaatsbürgerIn. Wer zugewandert ist, kann sich um Einbürgerung bewerben, wenn er oder sie mindestens fünf Jahre im Land gelebt und dabei eine Arbeitserlaubnis (green card) besessen hat. 1998 wurden 473 000 von insgesamt 770 000 BewerberInnen akzeptiert. Bei der Einbürgerungszeremonie muß dann "jeder Loyalität" zu einem anderen Land abgeschworen werden. Offiziell wird Mehrstaatlichkeit nicht anerkannt. Dennoch verzichtet die Einwanderungsbehörde auf eine Überprüfung und nimmt das Beibehalten der ersten Staatsangehörigkeit hin. EinwandererInnen ohne legalen Aufenthaltstatus konnten schon mehrmals von Legalisierungswellen profitieren.

Das derzeit interessanteste und richtungsweisende Beispiel bietet jedoch **Italien**. Seit einer Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts 1992 ist die Einbürgerung relativ leicht. So können zum Beispiel EU-BürgerInnen nach vier Jahren und ausländische Bedienstete des italienischen Staates nach fünf Jahren einen Anspruch geltend machen. Hinzu kommt ein gesetzlich festgelegtes jährliches Einwanderungskontingent von 38 000 Personen. Die Niederlegung der bisherigen Staatsangehörigkeit wird nicht verlangt, die Doppelstaatsbürgerschaft ist sogar ausdrücklich zulässig, da Italien (wie auch die Türkei) niemand aus der Staatsbürgerschaft entläßt, auch wenn er oder sie eine andere annimmt. Die Reformpläne der neuen Mitte-Links-Regierung gehen noch weiter: Wer in Italien geboren ist, soll künftig die italienische Staatsbürgerschaft erhalten und 200 000 Flüchtlinge -vor allem aus Kurdistan und Albanien- sollen eingebürgert werden.

Arranca!

Demokratie ist, wenn man Rassismus schürt

Oberflächlich betrachtet, scheint ein Riß durch die deutsche Gesellschaft zu gehen. Die Einen würden die doppelte Staatsbürgerschaft für eine erleichterte Einbürgerung in Kauf nehmen und die Anderen stellen sich mit aller Macht dagegen. Die CDU konnte sich der rassistischen Ressentiments der Mehrheitskultur von Anbeginn ihrer Unterschriftenkampagne gewiß sein. Rostock ist noch gar nicht solange her. Es werden mal wieder Menschen getötet, in ihren Häusern verbrannt, aber die CDU bietet ein neues öffentliches Forum für den Rassismus der Mehrheit.

An den meisten MigrantInnen geht die Debatte vorbei.

Die Minderheit bleibt gegenüber der unter Deutschen geführten Diskussion unbeteiligt. Die Unbeteiligten wollten wir eigentlich fragen, was sie über die Situation denken und was für Gefühle diese Debatte bei ihnen auslöst. An den meisten der MigrantInnen geht die über sie Politik machende Debatte vorbei. Weder haben sie die Möglichkeit, an dieser Diskussion teilzunehmen, geschweige denn, irgendeine Form von Entscheidungsgewalt. Es ist nicht ihre Diskussion. Diskutieren und entscheiden wird die Mehrheitskultur. Wieder einmal über sie. Die Debatte über ihre Zukunft, ihre angebliche Integration ist die Debatte über ihren Ausschluß. Wie sollten sie sich auch in der öffentlichen Diskussion einbringen? Sollten sie - sich rechtfertigend - von ihrer vollzogenen "Integration" oder Assimilation berichten? Wäre es nicht anbiedernd? Jämmerlich angesichts dessen, daß sie von der Mehrheit immer wieder darauf hingewiesen werden, wie ungewollt sie sind?

Ihre Beteiligungslosigkeit ist ein Schutz. Die deutsche Gesellschaft, die mich als Fremden behandelt, ist mir fremd. Die permanente emotionale Konfrontation, ausgeschlossen zu werden, fördert jene Fremdheit.

Wir haben zur Vorbereitung dieses Artikels viele Gespräche mit ImmigrantInnen geführt und sind ausschließlich auf die Position getroffen, das Ganze sei eine Angelegenheit der Deutschen, mit der man nichts zu tun habe. Viele haben prinzipiell eine ablehnende Haltung gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Sie sind und fühlen sich ausgegrenzt und angefeindet, ihr Stolz verbietet es ihnen, sich zu rechtfertigen, womit auch eine Argumentation für eine doppelte Staatsbürgerschaft gemeint ist.

Die Aggressionen gegen die deutsche Gesellschaft sind in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Ursachen sind der rasant gewachsene Rassismus der deutschen Gesellschaft, die Ausgrenzung der ImmigrantInnen sowohl kulturell als auch ökonomisch. Diese Entwicklung ist nicht folgenlos geblieben, sondern hat eine Gegenreaktion hervorgerufen. Gerade die türkischen Medien, die für die türkische Gemeinde ein fast ausschließliches Informationsmonopol haben, verbreiteten ihren Nationalismus. Ob es gegen die Kurden geht oder andere Kulturen, es hat sich ein Chauvinismus breitgemacht. Gerade viele Jugendliche sind dafür offen, da sie von der deutschen Gesellschaft ausgegrenzt sind und um ihre eigene Identität kämpfen.

So ist das Mißtrauen auch gegen die Kampagne für die doppelte Staatsbürgerschaft extrem groß. Nach der Hessenwahl und den Vorzeichen für eine eintretende Verschlechterung des Gesetzes zur doppelten Staatsbürgerschaft, fühlen sich die meisten natürlich bestätigt.

Die ganze Debatte um die doppelte Staatsangehörigkeit und die CDU-Unterschriftenkampagne wird im Namen der Demokratie geführt. Aber diese 7,5 Millionen Menschen werden von den anderen 80 Millionen weder gesehen noch gehört, anders als z. B. die Dänen in Schleswig Holstein oder die Sorben in der Lausitz. Festzustellen ist, daß die Situation mehr als ernst ist. Wenn die deutsche Gesellschaft es nicht schafft, ein ernstzunehmendes Angebot für eine Integration umzusetzen - eine Integration, die vor allem einen gegenseitig Austausch und interkulturelles Denken, Handeln und Leben beinhaltet - wird sich die Spirale der gegenseitigen Entfremdung und der Aggressionen weiter fortsetzen. Dieses könnte einer wie auch immer zusammengesetzten deutschen Regierung die Rechtfertigung geben, vermehrt in die Herkunftsländer oder zweiten Heimatländer abzuschieben. Es liegt deutlich auf der Hand: Wer sich nicht einfügen will, wird deportiert.

Letztendlich geht es auch nicht um die Frage der deutschen Staatsangehörigkeit, sondern darum, daß Menschen die seit langer Zeit hier in diesem Land leben, keinerlei Bürgerrechte erlangen sollen, weil sie zufällig nicht "deutscher Abstammung" sind.

Diskutieren und entscheiden wird die Mehrheitskultur.

Solange an diesem Prinzip festgehalten wird, wird es keine wirkliche Veränderung in der Wahrnehmung der hier lebenden und geborenen MigrantInnen geben, sie bleiben die Fremden.

Vielleicht sollte Otto Schily in seinem Gesetzentwurf den Vorschlag mit aufnehmen, daß auch deutsche Jugendliche mit Erreichen der Volljährigkeit ein schriftliches Bekenntnis zum Grundgesetz abgeben müssen, straffrei geblieben sein müssen und ihren Unterhalt ohne Sozial - oder Arbeitslosenhilfe bestreiten können. Anderweitig müsse ihnen leider die Staatsangehörigkeit entzogen werden, gegebenenfalls werden sie abgeschoben. Wohin? Ins Exil, wie die anderen hier Geborenen auch.

Erçan

Fielen vor einigen Jahren Begriffe wie Ewiggestrige, Verbissenheit, Doppelmoral und Realitätsverlust, dann waren in der Regel reaktionäre Kräfte der Gesellschaft damit gemeint. Das hat sich gründlich geändert. Unter der Flagge von pc-Bekämpfung und Eintritt für die totale Meinungsfreiheit darf angeblich wieder über alles geredet werden. Holocaust-Relativierung, genetische Unterlegenheit von Schwarzen, Das Ende der „Schande" und Abschiebungen um jeden Preis. Kulturell untermalt von Bocksgesängen, Neuer Deutscher Härte und deftigen Polenwitzen. Wer noch wagt, diese „Tabubrüche" zu hinterfragen, ist ein ideologisch verblendeter, moralinsaurer pc-Jünger, der den Tatsachen nicht ins Auge sehen will und politisch nicht mehr ernstzunehmen ist. Warum diese rechte Diskursverschiebung so schnell gedeihen konnte und wie es gelang, nicht nur Begriffe von rechts zu besetzen, sondern emanzipatorische Positionen von vornherein aus Diskussionen auszuschließen, untersucht dieser Schwerpunkt. Mit unterschiedlichen Ansätzen und differierenden Analysen. Neben der Entstehungsgeschichte des Phänomens „pc-Bekämpfung" und Beispielen aus Politik und Kultur interessiert uns dabei auch, welchen Anteil die Linke an dieser Entwicklung hatte und wie sie wieder aus der Defensive kommen könnte.

ZAG-Redaktion

Das Ende der Tabus

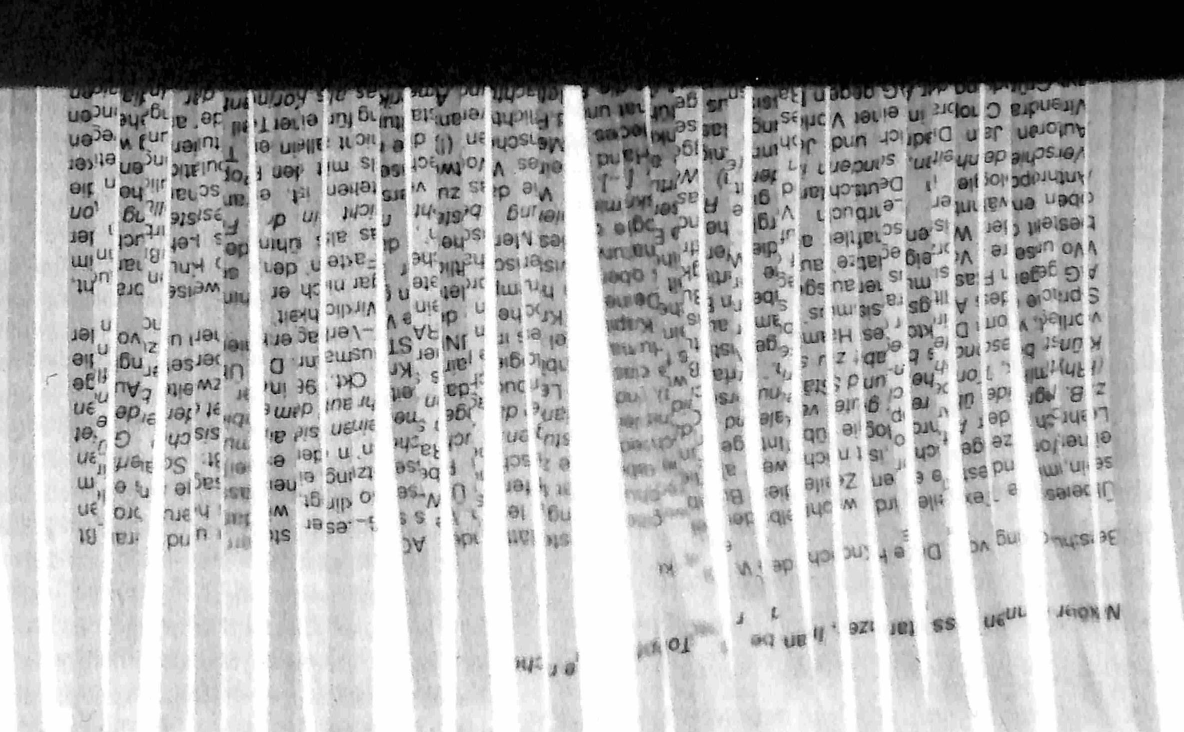


Foto: Albert Zecheru

„political correctness"

Brigitta Huhnke über den globalen Diskurs gegen Frauen, Fremde und historische Erinnerung

Die McDonaldisierung hat in den neunziger Jahren auch den politischen Sprachgebrauch erreicht. Einer der assoziationsreichsten semantischen Schlagstöcke: „political correctness", wahlweise auch „politically correct"; ein Medienhype made in USA.
Die politischen Auseinandersetzungen werden seit 1989 schärfer geführt, obwohl – oder auch gerade weil – der Wettstreit der Systeme entfallen ist und damit auch die verläßlichen Feindbilder – Kapitalismus vs. Sozialismus – verschwunden sind. Statt dessen hat nun die Sündenbocksuche nach innen Konjunktur.
Mit „political correctness" machte zuerst die neue Rechte in den USA Stimmung gegen alles, was seine Ursprünge in der Bürgerrechtsbewegung der sechziger und siebziger Jahre hat.
Mit diesem Code trauen sich seit Anfang der neunziger Jahre auch in Deutschland akademisch Vorgebildete – überwiegend männlichen Geschlechts – endlich ihren Kummer von der Seele zu reden. Mit „pc" kann er kurz und knapp alle Übeltäter semantisch unter einem Dach versammeln: nicht nur die Feministinnen, Ausländer, Juden und Schwule, sondern auch diejenigen geraten in „pc"-Verdacht, die sich der selbstbewußten Nation verweigern wollen oder Auschwitz als „Moralkeule" (Walser) einsetzen. Der Markt der Bekenntnisliteratur dieser neuen Bewegung der „politisch Inkorrekten" blüht. Am Pranger stehen – auf Neudeutsch – die „Gutmenschen", also die deutschen Akteure der sogenannten „political correctness".

Die Diskurskarriere von „political correctness" in den USA

Diskurse, hier ganz allgemein als Formen öffentlichen Sprachgebrauchs gefaßt, sind nicht zufällig, sondern gesellschaftlich geregelt. Die Präsenz ihrer Inhalte hängt davon ab, über welchen Zugang die Beteiligten zur Macht über die Diskurse verfügen, also das Vorrecht, Ideologien und Konzepte kontrollieren zu können.
Diskursanalytisch ist im konkreten Fall also zu fragen, wie und von wem, mit welcher „Autorität" der „political correctness"-Diskurs organisiert wird.
Den ersten Nachweis findet John Wilson in den Akten zu dem Gerichtsfall Chrisholm versus Georgia, der im Jahr 1793 in Georgia verhandelt wurde. Der Bürger Chrisholm wollte damals klären lassen, inwieweit sich die Gleichwertigkeit von Staats- und Bürgerrechten sowie das Recht von Bürgern, den Staat verklagen zu können, auch in der Verfassung niederschlagen sollte. Der Richter James Wilson schloß sich damals dem Standpunkt des klagenden Bürgers an und entschied, es sei nicht „politically correct", auf die „Vereinigten Staaten" den Toast zu erheben, sondern es sollte statt dessen „das Volk der Vereinigten Staaten" sein.[1] Doch die Unterstützer der Gegenseite, nämlich die Vertreter der Staatsrechte, waren damit nicht einverstanden und verwarfen diese bürgerrechtsfreundliche Richterentscheidung. Und damit verschwand auch die Redewendung politically correct sehr schnell wieder aus dem öffentlichen Gedächtnis. Erst im 20. Jahrhundert taucht der Begriff wieder auf. Regelmäßig fließt „politically correct" jedoch erst in den 60er Jahren in Diskurse der Neuen Linken ein, als flapsige Phrase zum Zweck ironischer Selbstkritik. Dümpelte „political correctness" noch 1989 mit lediglich 15 Fundstellen in ausgewählten amerikanischen Medien vor sich hin, so waren es 1990 bereits 65 Artikel. Geradezu explosionsartig nimmt diese Wortkarriere dann ihren Lauf, 1991 mit 1.570 Fundstellen, der 1992 fast eine Verdopplung auf 2.835 folgt. Der Anstieg hält auch 1993 mit 4.914 und 1994 mit 6.985 Artikeln noch weiter an.[2] Seit 1995 ist von Jahr zu Jahr eine langsame Abnahme zu verzeichnen.
Wie kam es zu dieser Medienkarriere? Die Entwicklung haben mindestens zwei herausragende diskursive Ereignisse beschleunigt: Der New York Times (NYT) Artikel von Richard Bernstein über „The Rising Hegemony of the Po-

– ein Mantra nationaler Erweckung



litically Correct" vom 27. Oktober 1990 sowie die Stellungnahme des damaligen Präsidenten George Bush in seinen „Remarks at the University of Michigan Commencement Ceremony in Ann Arbor" vom 4. Mai 1991.

Die erste große Welle in den Medien löste der Bernstein-Artikel in der New York Times aus. In seiner didaktischer Anleitung formt der Autor mit „pc" ein neues Meinungspotential, für ein bis dahin noch weitgehend uninformiertes Massenpublikum. Ausführlich hat Lorna Weir das Begriffssystem untersucht.[3] So siedelt Bernstein „pc" als untergeordneten Begriff von „Tyrannei" an, gleichwertig mit den Co-Begriffen „Orthodoxie", „Faschismus" und „Fundamentalismus". Auf der dritten Ebene folgen dann die Hyponyme von „pc", also quasi die untergeordneten Teilmengen von „pc". Das sind: „Auswärtige Politik", „Afrikanisch-amerikanische Studien", „Curriculumveränderung", „Affirmative Action", „Schwulen- und Lesbenforschung", aber auch „Feminismus", „palästinensische Selbstbestimmung" sowie „Attacken auf den Kanon und den Westen". Mit diesen Begriffen spielt Bernstein auf die Bildungsinhalte der amerikanischen Reformbewegungen seit den sechziger Jahren an, die er eindeutig negativ klassifiziert. Die vierte Ebene schließlich verweist auf Institutionen. So bezieht er die „Curriculumveränderung" auf die „Universitäten von Texas und Berkeley", nach Meinung von Konservativen Hochburgen linker Lehrinhalte. Veröffentlichungen der „Modern Languages Association (MLA)" und der „American Historical Association" indiziert Bernstein als Beispiele für „Schwulen und Lesbenforschung".[4]

Zwar dürfte dem überwiegenden Teil der NYT-LeserInnen bis Ende 1990 die Verwendung von „pc" wenig geläufig gewesen sein, doch ist andererseits anzunehmen, daß der Autor bestimmte Wissensvorräte und Diskurspositionen konservativen Denkens voraussetzen konnte. Mit der neuartigen Anordnung und Verbindung der Hyponyme und Co-Hyponyme von „political correctness", die als Schlüssel- und Reizbegriffe offensichtlich bereits diskursiv verankert waren, konnte Bernstein nun seinem Publikum neue Instruktionen erteilen, rund um die einfache Botschaft: Alles Übel gehört irgendwie zusammen. Bernstein hat also das semantische Feld der Neokonservativen mediengerecht vermessen und ein Leseraster zur Entschlüsselung für künftige „pc"-Verhaltensweisen entwickelt.

Unmittelbar nach dieser NYT-Veröffentlichung stiegen alle größeren Zeitungen des Landes in die Berichterstattung ein, und zwar überwiegend mit gleicher Intention. Eine neuer rechter Sprachschick war geboren.

Der Zeitpunkt der Kampagne war günstig, traf sie doch wie zufällig auf ein anderes wohl kalkuliertes Medienereignis: den Golf Krieg von 1991.

Wenige Wochen danach folgte eine zweite Veröffentlichungswelle, initiiert vom damaligen US-Präsident George Bush. Vor einem Massenauditorium von 60.000 Menschen in Michigan am 4. Mai 1991 verhalf er dem „pc"-Mythos zum nationalen Status. Aus dem Stand militärischer und ethischer Überlegenheit heraus lobte Bush im Frühjahr 1991 in seiner feierlichen Ansprache nicht nur zum wiederholten Male den Sieg der „freien Welt" über den Kommunismus, „unsere" Leistungen in der Ökonomie, die militärische Überlegenheit und Stärke. Gleichzeitig be-

schwor er neue, bevorstehende Schrecken: „Ironischerweise finden wir zum zweihundertsten Jahrestag unserer Bill of Rights die freie Rede im ganzen Land unter Beschuß, sogar auf dem Campus einiger Colleges ... Die Vorstellung der political correctness hat Kontroversen im ganzen Land entzündet. Und obwohl diese Bewegung aus dem lobenswertem Wunsch hervorgegangen war, die Trümmer des Rassismus, des Sexismus und des Hasses wegzuräumen, ersetzt sie alte Voreingenommenheit durch neue. Sie erklärt bestimmte Themen für verboten, bestimmte Ausdrücke für verboten, ja sogar bestimmte (körperliche) Bewegungen für verboten. Was als Kreuzzug für die Zivilisation begann, hat sich in eine Konfliktursache und sogar in Zensur verwandelt." Bush konstruiert hier „freie Rede" und „pc" also als unvereinbare Gegensätze. Bei der Bezeichnung der Akteure der „political correctness" bleibt er jedoch vage, auch in der weiteren Rede tauchen sie nur ganz allgemein im Gegensatz zu „wir" und „uns" – also den US-NormalbürgerInnen – nur als „sie" und „ihre" auf, wie auch das folgende Beispiel zeigt: „Sie haben Leute ermutigt, nach Beleidigungen in jedem Wort, jeder Bewegung und Aktion zu suchen. Und auf ihrem eigenen Orwell'schen Weg zerstören Kreuzzügler, die korrektes Verhalten fordern, Verschiedenheit im Namen der Verschiedenheit". Diese anonyme Masse der „Anderen", derer es sich zu erwehren gilt, agiert auf dem Gebiet der Tyrannei: „Und politische Extremisten durchwandern das Land, mißbrauchen das Privileg der freien Rede, versetzten Bürger in Gegnerschaft auf der Basis ihrer Klasse oder Rasse ... So laßt uns zurückschlagen, gegen die langweilige Politik der Spaltung und Lächerlichkeit."[5]

Mehr Präzision war nicht nötig, da eine ausführliche Periode des „sozialen Lernens" mit Hilfe der Medien dieser Rede bereits vorangegangen war. „Political correctness" war bereits ein etabliertes Mantra, mit dem sich in bestimmten Wissensfeldern Sehen steuern, Debattieren, Denken und Schreiben organisieren läßt.

In den USA sind Rechtskonservative mittlerweile auch mit einer demokratischen Regierung in der Lage, die

Im deutschen Sprachgebrauch ist „political correctness" eng mit dem „Gutmenschen" verknüpft.

äußerst effektive Medienmanipulation in handfeste Politik zu verwandeln, applaudiert vom Mainstream der Medien. Sie stellen nicht weniger als die Partizipation von Frauen und ethnischen Minderheiten allgemein in Frage. Die jahrelange Kampagne gegen Affirmative Action Programme zeigt langsam bedrohliche Wirkungen. Auch der amtierende US-Präsident Bill Clinton wurde immer wieder der „political correctness" bezichtigt: Die Hatz der Republikaner gegen ihn, die im Impeachment-Verfahren gipfelte, dokumentiert, wie enthemmt die „pc"-Paranoia in den USA wütet. Dennoch, trotz aller Enttäuschungen, die dieser Präsident insbesondere Frauen und Minderheiten wegen mangelnder Reformbereitschaft bereitet hat, unterstützen Clinton alle prominenten Feministinnen. Und die Nobelpreisträgerin Toni Morrison warnte 1998: „Er weiß, was Rassismus diesem Land angetan hat, und er bekämpft ihn. Wir sind in einem dramatischen Übergang, und Clinton ist ein Präsident dieses Überganges. Und wenn er geht, wird es blutig."[6]

Der kulturpolitische Nährboden in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik blasen Vergrämte seit 1991 zur Phantomjagd.

Als erster gravierender Unterschied zur Situation in den USA ist festzuhalten: Eine vergleichbare Wortgeschichte läßt sich im politischen Sprachgebrauch der Bundesrepublik nicht nachweisen. Die Wendung „political correctness" oder gar „politically correct" war bis Anfang 1991 im deutschen Sprachgebrauch völlig unbekannt.

In den achtziger und neunziger Jahren kam es insgesamt zu gewaltigen Verschiebungen im öffentlichen Diskurs und offensichtlich auch zu stark veränderten Wahrnehmungsmustern. Wie ist es sonst zu erklären, daß unbemerkt Schlagworte wie „Demokratisierung", „Gleichberechtigung", „Emanzipation", „soziale Verantwortung" oder auch „Solidarität" völlig verschwinden bzw. negative Konnotationen provozieren, dafür aber andererseits der gegenwärtige „Umbau des Sozialstaates" wahlweise auch „Verschlankung des Staates" genannt, keine Rebellion provozieren? Auch die ursprüngliche Bedeutung von „Reform", ein Schlagwort aus der sozialliberalen Ära, wird ins Groteske verdreht als Euphemismus (Reform der Sozialhilfe, Reform der Renten, Steuerreform) für eine gigantische soziale Umverteilung von unten nach oben. Diese Akzeptanz haben Akteure aus Medien und Politik gemeinsam gefördert.

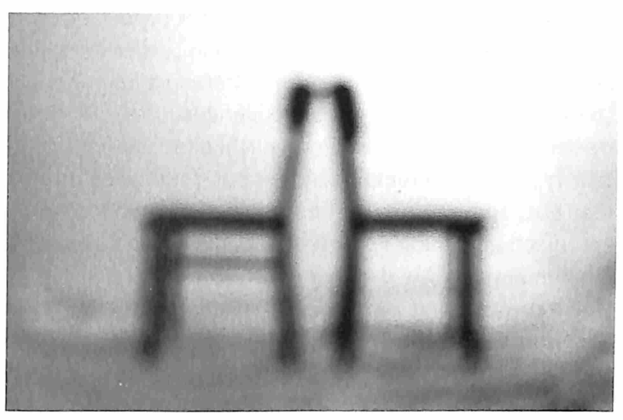
Im deutschen Sprachgebrauch ist „political correctness" eng mit dem „Gutmenschen" verknüpft. Voller Stolz beanspruchte Ende 1997 Kurt Scheel, Mitherausgeber der konservativen Zeitschrift Merkur, Anfang der neunziger Jahre Schöpfer dieses Unwortes gewesen zu sein.[7] Die „Gutmenschen" sind solche, die „Moral" und „Denkverbote" verteidigen. Doch bereits 1981 führte Botho Strauß das negativ konnotierte „Gute" ein, in seiner Episodensammlung „Paare Passanten".

Anders als in den USA, wo Mitglieder der amerikanischen Bürgerbewegung sowie Angehörige von ethnischen Minderheiten und Frauen zumindest an den liberalen Universitäten vertreten sind, fehlt in der Bundesrepublik ein entsprechendes akademisches Hinterland. Hier ist der typische Hochschulprofessor männlich und erfüllt das Reinheitsgebot über „deutsches Blut". Auch fehlt in der Bundesrepublik eine vergleichbare kulturkritische Gegenöffentlichkeit, bzw. die Existenz ausgeprägter Subkulturen.

Die Debatte setzte also insgesamt einige intellektuelle Stufen niedriger als in den USA ein. Nicht so sehr rechte Professoren vom Campus, sondern beflissene Journalisten boxten das „pc"-Plagiat über die Feuilletonseiten in den öffentlichen Diskurs.

pc-Jagd setzt sich in den Massenmedien durch

Das erste günstige Diskursumfeld für die unmittelbare Übernahme von „political correctness" bot sich während des Golfkrieges 1991. Noch im Frühjahr 1995 empört sich Focus über pazifistische Standpunkte: „KORREKTE Erregung: beim Golfkrieg probte die pc-Fraktion Geschlossenheit." (Focus 15.4.1995)
Wenige Wochen nach dem Golfkrieg, also etwa fünf Monate später als in den USA, kam der „pc"-Diskurs auch in Deutschland in Gang.
Die Vorreiterrolle scheint die FAZ übernommen zu haben. Sie machte ihre Leser mit dem modischen Anglizismus „politically correct" erstmals umfassend am 6. März 1991 auf einer halben Zeitungsseite vertraut: „Napoleon der Nasendieb. Amerikas Universitäten büßen die Sünden des Westens." In dieser Art didaktischen Anleitung, immerhin zwei Monate vor der berühmten Bush-Rede, benötigt Jörg v. Uthmann zehn lange Absätze, um die beliebtesten Geschichten und Behauptungen über verfolgte Professoren, unverschämte Minderheiten und aus dem Ruder laufende Frauen zusammenzutragen, die zuvor bereits unzählige Male durch den amerikanischen Blätterwald gejagt worden waren. Sein Bemühen um Verallgemeinerung und klare Feindbildpositionierung wird spätestens im zweiten Abschnitt deutlich: „Das Smith College ist nicht die einzige amerikanische Hochschule, die die Frauen und die Schwarzen, die Häßlichen und die Dummen unter ihre Fittiche nimmt. An mindestens 125 amerikanischen Universitäten gibt es ähnliche Anstaltsordnungen, die den minorities ihren besonderen Schutz angedeihen lassen." Und gegen Ende dokumentiert v. Uthmann noch einmal sein journalistisches Know how, nämlich komplexe Zusammenhänge für die Gefühle des FAZ-Lesers aufzubereiten: „Mag der Marxismus in Osteuropa auch ausgedient haben, an den amerikanischen Hochschulen erfreut er sich ungebrochenen Respekts. Während die Mehrheit der Frauen vom radikalen Feminismus längst nichts mehr wissen will, konnte man sich auf dem letzten Kongreß der ‚Modern Language Association' in Chicago über Themen belehren lassen wie ‚The Lesbian Phallus – Or: Does Heterosexuality Exist?' Der gelehrte Wortschwall und die der französischen Dekonstruktion entlehnte Geheimsprache dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß es hier auch um Machtfragen geht." Auf nur sechzehn Zeitungszeilen erklärt er so, wie kopulationsunwillige Frauen mit dem Marxismus und neuen Theorien des Teufels konnotiert werden können. Und auch die rassistische Werteskala hat er offensichtlich parat. So lobt er am Schluß die Asiaten, weil die im Gegensatz zu den Afro-Amerikanern versuchen würden, sich „die Spielregeln des American way of life so schnell wie möglich anzueignen".
Es folgen dann einschlägige Berichte in der Süddeutschen Zeitung, ebenfalls 1992 dann im Spiegel, taz und relativ spät in Die Zeit. Diese Blätter übernehmen weitgehend das FAZ-Raster.
Interessant ist bisweilen jedoch der Grad der Irrationalität, der sich in diesen „pc"-Konstruktionen aufs Papier bricht. Zu den exponiertesten Vertretern gehört Dieter E.


Fotos: Albert Zecheru

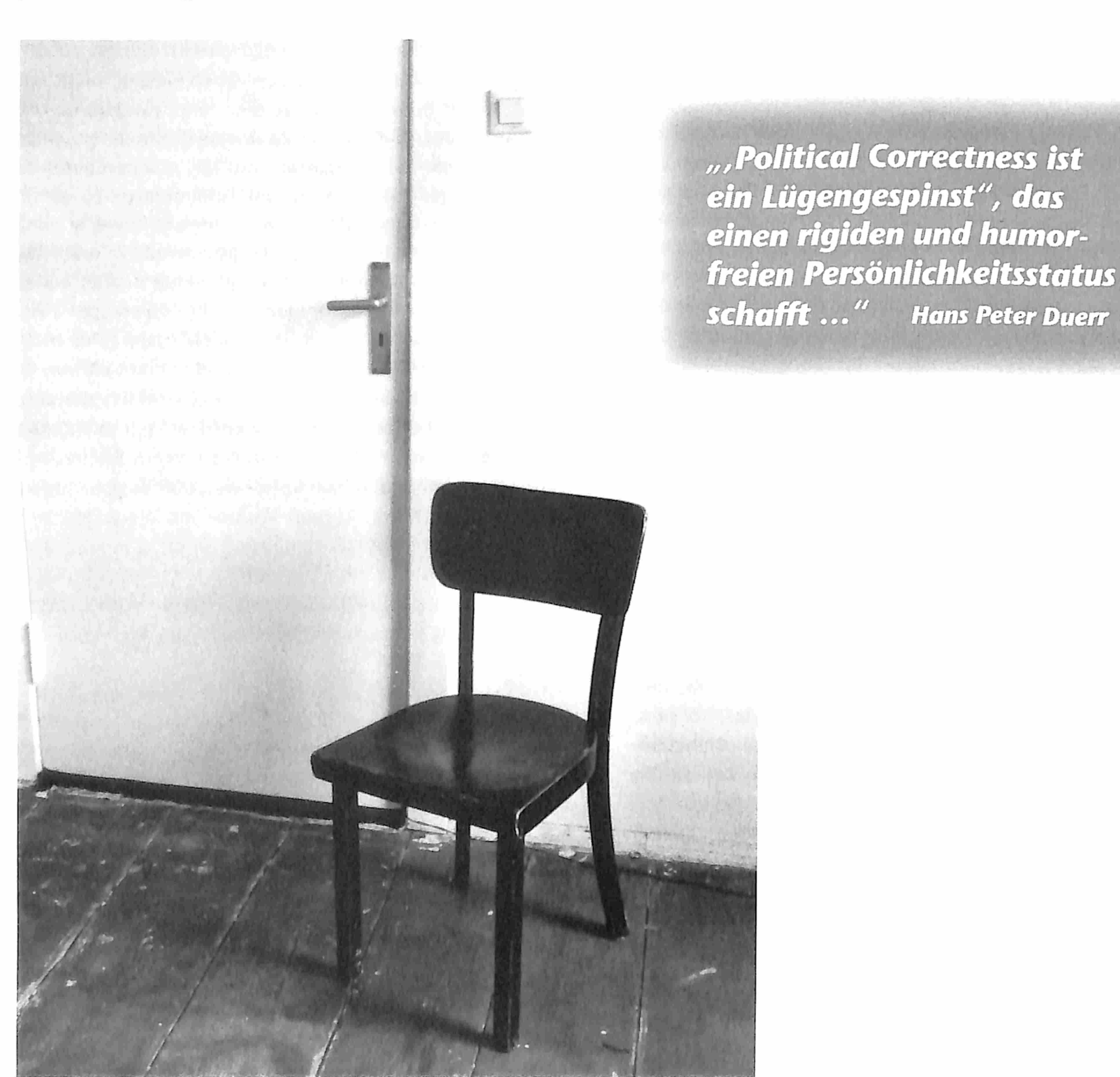
Zimmer. In seinem Pamphlet „pc oder: Da hört die Gemütlichkeit auf" (Die Zeit 22.10.1993), ein gutes halbes Jahr nach dem völkischen Manifest „Anschwellender Bocksgesang" von Botho Strauß, nimmt sich Zimmer über zwei Seiten in der Zeit mit Verve die „neue Tugenddiktatur" vor. Nach besten Kräften feminisiert er das Phantom: „Die pc ist unbarmherzig dichotomisch: Was nicht politisch korrekt ist, ist eben unkorrekt. Grauzonen des Zweifels räumt sie nicht ein, Zickzackprofile gehen über ihren Horizont: Wer das Lager der pc in einem Punkt verläßt, wird sofort in das des Feindes eingewiesen. Sie ist zudem durch und durch moralisch: Das Inkorrekte ist nicht nur falsch, es ist böse. Da hat sie sich eine wunderbare Unschuld bewahrt: Daß die größte Rechtschaffenheit manchmal nur Schlimmes anrichtet und daß manchmal leider Schlimmes geschehen muß, um Schlimmeres zu verhüten, ist ihr noch nie aufgefallen. Es verblüfft, wie schnell und schlafwandlerisch sicher die pc, obwohl in erster Linie ein diffuses Gefühl, zu ihren glasklaren Unterscheidungen kommt." Wieder fehlen sie, die realen „pc"-TäterInnen aus Fleisch und Blut, die auch bis zum Ende nicht auftauchen: „Das Fatale an der pc, so scheint es mir, ist nicht, daß da diskutiert wird, und zwar hart; sondern daß manche Diskussionen von vornherein gar nicht stattfinden können oder höchstens in Form von Schauprozessen." Und Zimmer über Minderheiten: „Daß beispielsweise manchmal auch von Türken Verbrechen begangen werden, wird besser verschwiegen; es wäre ja nur ‚Wasser auf die Mühlen'. Niemand, dem ein bestimmtes tuntiges Benehmen eines bestimmten Mitbürgers mißfällt, hielte der Gegenfrage stand: ‚Du willst also die Schwulen wieder ins KZ stecken?'".
Ab Mitte der neunziger Jahre wetteifern Der Spiegel und Focus mit den phantastischsten „pc"-Sagen, die ebenfalls nie originell sind, auf keinerlei Quellen und nur sehr selten auf reale Personen verweisen, wie folgende Beispiele zeigen. Im Sommerloch des Jahres 1994 liefert der Spiegel[8] den Kulturaufmacher: „Sprache – Dickwanst im Dunst" (Der Spiegel 11.7.1994) mit folgenden „pc"-Plagiaten: „Während die einen auf Taubenstelzen gehen, ziehen die andern vom Leder. An den US-Universitäten meutern Frauen und Schwarze gegen die Herrschaft des weißen Mannes; jeder Ethno-Clan schürft nach seinem Kyffhäuser, nach seiner eigenen Geschichte; nieder mit dem ‚Eurozentrismus', es lebe der Zirkus Multikulti, der Balkan". Diese schlicht rassistische Konstruktion ergänzt

im anschließenden Spiegel-Interview „Ein Lügengespinst" der Ethnologe Hans Peter Duerr, auch ein „erklärter Gegner der politisch Korrekten" mit seiner Paranoia über Frauen: „‚Political Correctness' ist ein Lügengespinst, das einen rigiden und humorfreien Persönlichkeitstypus schafft – den Typ des Dauerempörten, der nur darauf wartet, Protest abzusondern und zu bestrafen. Dazu gehören auch chronisch gekränkte Feministinnen, die ständig – bewußt oder unbewußt – auf der Lauer nach Macho-Sünden liegen. Dadurch wird eine Atmosphäre von Unfreiheit und Haß geschaffen, die jede zwischenmenschliche Kommunikation zerstört."

„Pc" ist natürlich auch Focus-Lesern schon als Redewendung zur Feindmarkierung bekannt. Doch erst im Frühjahr 1995 kommt es zu einem umfassenden Focus-Report über „Die Guten auf dem Kriegspfad" (Focus 15. 4. 1995), aber viel länger und schöner erzählt, als es Der Spiegel je könnte, sowie auf alle Themen bezogen, die rechte Gemüter bewegen. Hier nur ein paar Auszüge: „Das Moderne Nachrichtenmagazin" knöpft sich erst einmal die „Gesellschaft für deutsche Sprache" vor, die regelmäßig das Unwort des Jahres bekannt gibt. Dann folgen zwar auch ein paar moderne Sagen „von drüben", doch der Schwerpunkt liegt auf Deutschland. Den nationalen „pc"-Opfern will Focus ein Denkmal setzen. Wie man den „Terror der Gutwilligen" erkennt, erklärt Focus-Autor Michael Klonovsky in einer Art didaktischen Anleitung: „Politisch Korrekte fallen dadurch auf, daß sie unentwegt nach politisch Unkorrekten fahnden. Während für die aktuellen Unworte in Deutschland eine Sprachjury zuständig ist, entscheidet über aktuelle Unpersonen die politisch korrekte Medienöffentlichkeit. ‚Rassist', ‚Faschist', ‚Frauenfeind', ‚Ausländerfeind' oder ‚Geschichtsrevisionist' lauten die gängigsten Unterstellungen, welcher sich die einheimische pc-Hatz zur Markierung ihrer Jagdziele bedient".

Auch im „Intelligenzblatt" der Deutschen, in der FAZ, geht die Jagd weiter, lange schon nicht mehr nur im Feuilleton sondern auch in Leitkommentaren auf Seite eins. Eine Zeit lang taucht der Neusprech – bereits auf den ersten Blick erkennbar – kursiv gedruckt in allen möglichen politischen Zusammenhängen auf.

Ab Mitte 1997 setzt sich – maßgeblich über die dpa die deutsche Bezeichnung „Politische Korrektheit" [9] durch. Eine klare Entscheidung für Groß- und Kleinschreibung ist nicht auszumachen, beliebt sind monströse Abwandlungen wie „Zeitalter der ‚politischen Korrektheit'" oder



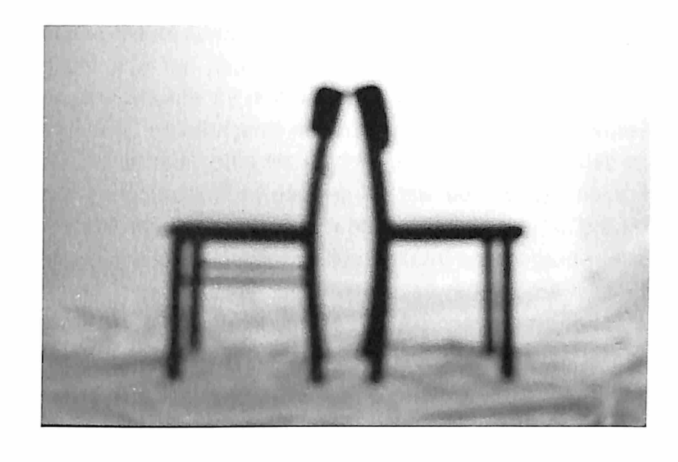
„‚Political Correctness ist ein Lügengespinst", das einen rigiden und humorfreien Persönlichkeitsstatus schafft ..." Hans Peter Duerr

auch „im Zeitalter der ‚politischen Korrektheit'" [10] sowie „in den Zeiten der politischen Korrektheit" [11]. Gerade solche dpa-Schablonen landen nicht unbedingt am nächsten Tag im Papierkorb. Vielmehr gestalten mit dieser Art von „Hintergrundberichten" insbesondere kleinere Tageszeitungen oft ihre Wochenendseiten oder füllen damit das „Vermischte". Wie geballter „pc"-Unsinn bis ganz unten, in der Provinz ankommt, zeigt ein Einblick in die Mainzer Rhein-Main Zeitung vom 23.9. 1997. Die Verfasserin nimmt die erste Sendung des Greenpeace TV auf RTL zum Anlaß: „Die Welt ist schlecht. Und Sandra Maischberger bläst uns jetzt mal so richtig den Marsch: ... Der Themenkreis umfaßte – leider – jede Menge sattsam bekannte Sorgen ... Nur, wer mag noch kurz vor Mitternacht einer Moderatorin zuhören, deren Bandbreite zwischen anmaßend und besserwisserisch liegt? Hat jemand Lust, sich zu dieser Stunde noch ein paar knallharte Schocker um die Ohren prügeln zu lassen? Greenpeace TV ist Fernsehen für Gutmenschen, die ohnehin schon korrekt leben."

Die Jagd auf „Gutmenschen" im extremistischen Mittelfeld

Ab 1993 entsteht ein dichtes Netz von Zitierkartellen der Anti-„pc"-Liga. Der patriarchale Bocksgesang hat viele ermutigt, sich endlich laut die Störenfrieden der selbstbewußten Nation vorzunehmen, den „Gutmenschen" mit ihren „Denkverboten" die Leviten zu lesen. Eckhard Henscheid verkündet in der FAZ, „political correctness" sei „die Pest unserer Zeit" (FAZ 7.3.1994). Klaus Bittermann und Gerhard Henschel, die ein Jahr nach dem Bocksgesang 1994 Das Wörterbuch des Gutmenschen herausbringen, erheben den imaginierten Feind zu einer machtvollen Bewegung, den es im gemeinsamen Schulterschluß zu bekämpfen gilt. Dazu gehören „Rechtskonservative", „Linksradikale" und „Wirtschaftsliberale". Es sind überwiegend Journalisten, von denen viele bei FAZ, Spiegel, taz oder Funk und Fernsehen in Lohn und Brot stehen. Sie kündigen nicht etwa eine Analyse des regierungsamtlichen Rechtsrucks und Rassismus an oder beschreiben die Folgen des Sozialabbaus. Ihnen brennt Dringenderes unter den Nägeln, die Abrechnung mit alten Zeiten und Idealen. Sie wollen sich gegen „das öffentliche Meinungspetting wider die deformierte Natur" und gegen den „Jargon der Brüderlichkeit (neuerdings auch gerne und noch korrekter: Geschwisterlichkeit)" wehren.

Gleich im Vorwort outen die Herausgeber keinen Geringeren als Heinrich Böll, den sie posthum zum geistigen Urvater der „Gutmenschen" erklären. Wohl kein anderer bundesdeutscher Schriftsteller ist in der Bundesrepublik bis zu seinem Tode so verleumdet und von den Staatsorganen traktiert worden wie Heinrich Böll. Wurden damals aber die Hetzjagden von der CDU initiiert, wird er nun zehn Jahre nach seinem Tod von den „Gutmenschen"-Jägern zur Unperson erklärt: „Seit Heinrich Böll sein Regiment als kritisch-sympathisch-christlich durchwirktes ‚Gewissen der Nation' entfaltet hat, nur in den frühen 70er Jahren vorübergehend angefochten, doch nicht ernstlich gefährdet von der hippiesken Pop-Version, gilt unverbrüchlich: Der gute Mensch plaziert sich am geschicktesten mit Nesselhemd und selbstgestrickter Mütze vor Raketenrampenzäunen, mit dem Grundgesetz und dem Neuen Testament unterm Arm." Auch im folgenden liest sich diese einleitende Schmährede wie der ungezügelte innere Monolog depravierter Männerseelen. Durchgängig sind die aufgeblähten Nebensatzkonstruktionen mit Sprachklischees gespickt: „Der innere Reichsparteitag, den ein beliebiger Gutmensch angesichts einer Lichterkette oder beim Aufbrechen verkrusteter Strukturen empfinden mag." [12]usw. usw.



pc-Jagd im Kontext nationaler Erweckung

Die „pc"-Legenden etablieren sich in den Medien und im politischen Diskurs etwa zeitgleich mit der Rezeption des Traktats *Anschwellender Bocksgesang* (Der Spiegel 8.2.1993) von Botho Strauß, das richtungsweisend für die rechtsnationale Bewegung der „selbstbewußten Nation" wurde. Doch auch Strauß – der zu den erfolgreichsten Theaterdichtern in Deutschland gehört, hat sich nicht einfach über Nacht zum rechten Geist bekehrt. Sein nationales Raunen geistert ebenfalls bereits in den achtziger Jahren durch Strauß-Stücke. Schließlich erschien ihm zu Ehren dann 1994 der von Ulrich Schacht und Heimo Schilk herausgegebene Sammelband „Die selbstbewußte Nation" im Ullstein Verlag. Dieses Werk wurde zwar Mitte der neunziger Jahre ausführlich in den Medien diskutiert, aber nie als Fundgrube für Konstruktionen des Frauenhasses erkannt. Ernst Nolte gibt in seinem Beitrag „Links und Rechts" noch mal Einblicke in seine bekannten Revisionen deutscher Geschichte, entdeckt aber auch einen neuen Feind, den Feminismus, zunächst im Zusammenhang mit dem „Anti-Okzidentalismus". Nach längerem Nachdenken kommt er dann auf eine ganz neue Gefahrenverbindung: Nichts weniger als die „Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Deutschen" würde der Feminismus instrumentalisieren[13]. Für diese Verbindung gebührt Nolte das geistige Patent. In gleicher Richtung ist auch Rainer Zitelmann unterwegs, mit „Position und Begriff. Über eine demokratische Rechte". Von ihm ist erst einmal zu lernen, daß Hitler eigentlich links stand.[14] Heute aber sieht er den Hauptfeind ebenfalls im Weiblichen. Allerdings hält er die Frauen selbst für relativ unfähig, diese Bewegung zu führen: „Der Marxismus hat

kaum noch Attraktivität, aber im Feminismus ist eine neue Ideologie mit dem utopischen Anspruch auf Schaffung eines ‚neuen' Menschen entstanden. Es wäre falsch, im Feminismus eine nur auf Frauen beschränkte Ideologie zu sehen. Natürlich wird es niemals eine ‚Herrschaft der Frauen' geben, so wie es ja auch in Wahrheit niemals eine ‚Diktatur des Proletariats' gab. Wie einstmals vor allem bürgerliche Intellektuelle maßgeblich und führend in der ‚Arbeiterbewegung' wirkten, so sind auch heute Männer oft die radikalsten FeministInnen." [15]
Pfiffig wissen Michael Behrens und Robert v. Rimscha in ihrer buchstarken Ausarbeitung „Politische Korrektheit in Deutschland. Eine Bedrohung für die Demokratie" das Gedenkjahr 1995 zu nutzen. Ganz im Duktus der „Wörterbuch"-Herausgeber holen sie aus: „pc beginnt, Werte im Kern dieser Gesellschaft auszuhöhlen. Sie macht kopflos. Daß pc keine Verschwörung ist, daß sie schick ist, daß pc infiltriert, mehr aber noch diffundiert – das macht sie erst gefährlich ... pc kommt honorig daher – daß aber geraubt und gestohlen wird, merkt man nicht so schnell. Ohne Freiheit aber fehlt der Kopf. Political Correctness ist, wenn man sich wünscht, daß die Welt gut ist. Die Welt ist gut, wenn alle nett zueinander sind. Das Nettsein mißt sich an einer politischen Etikette, eben den Reglements der pc." [16] Der „Bocksgesang" ist auch für sie „programmatischer Urtext".[17] Sie fürchten aber: „Botho Strauß wird einsam bleiben", das Volk ist eben noch nicht reif. „Weil er das weiß, leidet er an der wertlosen Masse nicht minder als am wertfreien Staat."[18]. Sie empören sich über das Deutungsmuster „Befreiung" und sind dabei, wie originell, auf Heinrich Böll als Übeltäter gestoßen.[19] Und sie haben auch ihre eigene Begriffsgeschichte: „Noch bevor der Begriff Political Correctness in den Vereinigten Staaten etabliert war, rührt sich sein deutsches Pendant, die Historische Korrektheit. Unter diesem Vorzeichen wurde der Kampf zwar nicht geführt, aber im Rückblick muß man den Historikerstreit als erste große, von Experten und Kommentatoren mit einem dogmatischen Verbindlichkeitsanspruch ausgetragene Auseinandersetzung um die Interpretation deutscher Vergangenheit und damit Deutschlands Zukunft begreifen." [20]
In diesem Sinne werden weitere gedankliche Verknüpfungen aus dem antikommunistischen Jargon ausgegraben, beispielsweise: „NS-Arbeitslager wie[21] Arbeitslager in der Sowjetunion".

„Seit es keine Zigeuner, Juden, Krüppel und Negerküsse mehr gibt, sondern nur noch Sinti und Roma, jüdische Mitbürger, Behinderte und Dickmanns, ist die deutsche Sprache ungeheuer korrekt und das deutsche Denken ungeheuer kompliziert geworden." **Der Spiegel**

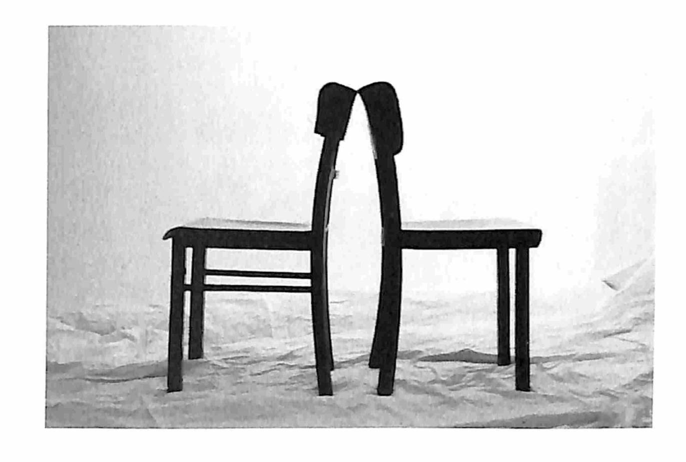
In der FAZ vom 7. April 1995 hatten 120 Unterzeichner, fast alles alte männliche Bekannte aus dem rechtskonservativen und völkischen Umfeld mit der Anzeige „Gegen das Vergessen" aufrütteln wollen und hatten damit in erster Linie die vertriebenen Deutschen der ehemaligen Ostgebiete sowie Wehrmachtssoldaten gemeint. In seinem Promotion-Artikel für diese Anzeige wettert Eckhard Fuhr in „Überwunden, nicht befreit" auf Seite eins gegen diejenigen, die den Tag als einen der Befreiung feiern wollen: „Seitdem aber konservative Intellektuelle und Politiker in einem Aufruf an diese Ambivalenz des 8. Mai erinnern und sich dagegen verwahrt haben, diesen Tag einseitig als Tag der Befreiung zu feiern, sind diese Selbstverständlichkeiten zum Politikum und zu einer Frage der political correctness geworden. Es kommt in Deutschland sehr darauf an, wer politische oder historische Wahrheiten ausspricht." (FAZ 11.4.1995) Als mit dieser Macht Paktierende werden Ignatz Bubis und Rita Süssmuth geoutet.
‚Argumentationshilfe' holen sich Behrens/ v. Rimscha explizit auch von Wiglaf Droste, der „Ausländerfreundlichkeit" als „das Lebenselixier der ‚Gutmenschen'" entdeckt hatte. Anschließend stellen die beiden fest: „Die Diskussion über Ausländer hat genauso ihre Ursache in der Historischen Korrektheit wie die Behandlung aller jüdischer Lebensbereiche." [22] Damit ist das semantische Feld des Neo-Antisemitismus beackert, die Wahrnehmungsmuster für die kommenden Debatten sind geformt: für die Medienhatz gegen Daniel Goldhagens Untersuchung „Hitlers willige Vollstrecker" ebenso, wie die Rechtfertigungsargumente für Martin Walsers antisemitische Brandstifterrede. Künftige Diskurse können fortan im extremistischen Mittelfeld der „Normalität" geführt werden.
Unermüdliche Kämpfer gegen „die pc" haben seit Jahren auch im völkischen Zeitungsprojekt Junge Freiheit ein Forum. Seit April 1996 hat das deutschnationale Wochenmagazin sogar eine extra „pc"-Ecke eingerichtet, versehen mit der Überschrift „Angriffe auf die Freiheit" und dem der „Atomkraft-Nein-Danke-Plakette" nachempfundenen Logo „Politisch korrekt. Nein Danke", das auch käuflich bei der Redaktion erworben werden kann. Einer, der frenetisch gefeiert wird, weil er sich den „pc-Blockwarten" widersetzt, ist Harald Schmidt[23].
Ähnlichkeiten sind natürlich rein zufällig. Aber auch *Der Spiegel* fand Ende 1997 ein Logo, nämlich „Wanted". Damit wurde der Bericht „Alles korrekt" Ende 1997 versehen und der Zustand der „political correctness" inspiziert: „Seit es keine Zigeuner, Juden, Krüppel und Negerküsse mehr gibt, sondern nur noch Sinti und Roma, jüdische Mitbürger, Behinderte und Dickmanns, ist die deutsche Sprache ungeheuer korrekt und das deutsche Denken ungeheuer kompliziert geworden." Es geht dann im folgenden nicht etwa um die zynischen Sprachregelungen der Bundesregierung zur Entsorgung der sozialen Frage. Der namenlose Autor empört sich vielmehr über neue Umgangsformen bei der Polizei, wonach bei Personenbeschreibungen künftig auf „negroid" oder „orientalisch" zu verzichten sei. „Sogar so harmlose Zuordnungen wie ‚slawisch' und ‚südländisch' dürfen nicht mehr verwendet werden. Und bei Frauen soll die Unterscheidung zwischen ‚vollbusig' und ‚flachbrüstig' unterbleiben".[24]

„Sex Sucks": Patriarchale Paranoia vereint rechts und „links"

Wie wenig die Angst vor dem Weiblichen auch das kleine Grüppchen aufrechter Altlinker verschont, dokumentiert immer mal wieder das linke Männermagazin konkret. Mit seiner Abrechnung „Sex Sucks. Über einen Fall peniszentrierter Radikalität" gab Anfang 1998 Karl Pawek eindrucksvoll Einblick in die Tiefe seiner Phobie. Die PorNo-Kampagne in den achtziger Jahren habe die allgemeine Zensur verschärft, lesen wir. Wie die FAZ – nur ein paar Jahre später – die „sexuelle Korrektheit" [25], verleiht Pawek dem Konstrukt mit der Epochenbezeichnung „Zeitalter der sexuellen Korrektheit" jedoch seine Note. Pornoliebhaber Pawek schöpft außerdem aus dem Vollen der modernen „pc"-Sagen, die weltweit kursieren. Und da Geschlecht bekanntlich öfter Klasse schlägt, wird ihm der ultrakonservative Richard Bernstein zum Gewährsmann und dessen „Diktatur der Tugend" zur Richtschnur. Doch da heute alles möglich ist, wird das Ganze auch noch mit ein paar vulgärmarxistischen Glaubenssätzen verbrämt: „Pornophobie wurzelt in einem tiefen Mißtrauen gegen Sex, in der Angst vor Sexualität, und ist ..., zugleich konservativ und apolitisch. Es sind die ökonomischen, sozialen, rechtlichen, familiären Verhältnisse und nicht ‚Männerphantasien' ... die Gewalt und Diskriminierung hervorrufen." Was soll Frau dazu noch sagen, vielleicht damals eine Abokampagne für Wichsheftchen starten, um Kohl und Kapital zu kippen? Pawek jedenfalls setzt „Pornographie mit Anarchie" gleich. Dafür hat er die Tagesaufzeichnungen des tolldreisten Frauenumlegers Walter aufgetan und dessen „peniszentrierte Radikalität" entdeckt: „Walter lebte und beschrieb mit tödlichem Ernst sein Leben als Fallstudie eines Mannes, der den Mut und die Mittel besaß, ganz und gar nur Schwanz zu sein." Zwei Monate später verteidigt Pawek vehement die Pornofilme im deutschen Privatfernsehen und vergißt auch hier das Mantra nicht: „Die moderne Fürsorglichkeit der nichtstaatlichen Schützer von Moral, Umwelt, Tieren, Frauen und Kindern dagegen fordert ‚Korrektheit', ohne die ökonomischen und politischen Ursachen des ‚Unkorrekten' wirklich in Frage zu stellen ..."[26] Der Feind sitzt nicht nur in der Hamburger Anstalt für neue Medien, sondern auch im Verband Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK), der eine „Verkrampfung" der Filme bewirke, weil „keine Schamlippe, kein erigierter Penis, kein Samentropfen zu erkennen sei." Selten traf er so richtig, der alte Spruch der Frauenbewegung, wonach die verklemmtesten Männer in der deutschen Linken anzutreffen sind.

Brigitta Huhnke

Ein Buch von Brigitta Huhnke zum Diskurs der „political correctness" sollte ursprünglich im Elefanten Press Verlag erscheinen, wird jetzt aber im Herbst bei einem anderen Verlag herauskommen.



1 Vgl. John K. Wilson (1995): The Myth Of Political Correctness. The Conservative Attack On Higher Education. Durham and London, S. 3f.
2 Vgl. Wilson, a.a.O., S. 8.
3 Vgl. Lorna Weir (1995): pc Then and Now: Ressignifying Political Correctness, in: Stephen Richer, Lorna Weir (Hg.): Political Correctness. Toward the Inclusive University, University of Toronto Press, S. 64–62.
4 zitiert nach Weir, a.a.O., S. 65. Fakt ist, daß in diesen beiden wissenschaftlichen Vereinigungen sowohl genderkritische Forschung als auch Untersuchungen über Minoritäten gefördert werden.
5 Zitiert nach Weir, a.a.O., S. 70.
6 Die Zeit, 12.2.1998.
7 Vgl. dazu einen Leserbrief von Karl Scheel in der Frankfurter Rundschau, 19.11.1997.
8 Vgl. dazu auch „Hexenjagd auf dem Campus" von Matthias Matussek, Der Spiegel, 16.5.1994.
9 Vgl. z.B. dpa, 7.5.1997.
10 Vgl. z.B. dpa, 10.6.1997.
11 Vgl. z.B. dpa, 21.12.1997.
12 Klaus Bittermann, Gerhard Henschel (Hg.), Das Wörterbuch des Gutmenschen, Berlin 1994, S. 14.
13 Ernst Nolte, Links und Rechts. Über Geschichte und Aktualität einer politischen Alternative, in: Schwilk, Schacht(Hg.), a.a.O., S. 158.
14 Vgl. Rainer Zitelmann, Position und Begriff. Über eine neue demokratische Rechte, in: Schwilk, Schacht (Hg.), a.a.O., S. 166.
15 Zitelmann, a.a.O., S. 178f.
16 Robert v. Rimscha, „Politische Korrektheit" in Deutschland. Eine Gefahr für die Demokratie. Bonn 1995, S. 12.
17 Behrens, v. Rimscha, a.a.O., S. 82.
18 Behrens, v. Rimscha, a.a.O., S. 83.
19 Behrens, v. Rimscha, a.a.O., S. 97.
20 Behrens, v. Rimscha, a.a.O., S. 19.
21 Die falsche Nutzung von „wie" zeigt die sprachliche Eloquenz der beiden Journalisten bis ins Detail.
22 Behrens, v. Rimscha, a.a.O., S. 97.
23 Junge Freiheit, 4.10.1996.
24 Der Spiegel, 24.11.97.
25 Vgl. dazu unter anderem auch „Sexuelle Belästigung an US-Arbeitsplätzen", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.5.1994.
26 Karl Pawek, Spießer im Turbo-Kapitalismus, in: konkret 4/1998.

Eine große Koalition, in der das Schreckliche das Furchtbare jagt

Ein Gespräch mit Detlev Claussen über die Walserdebatte, den Artefakt Holocaust und den „pc'-Diskurs.



Detlev Claussen ist Professor am Institut für Soziologie in Hannover. Er veröffentlichte neben zahlreichen weiteren Studien: „Was heißt Rassismus" (Darmstadt '94) und „Grenzen der Aufklärung, Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus' (Frankfurt/M. '94)

ZAG: *In der Debatte um die Friedenspreisrede Martin Walsers ist die Aussage der Tabubrecher und Anti-pc-Kämpfer wieder voll ins öffentliche Rampenlicht getreten: es gäbe einen Rechtfertigungsdruck, eine Art Zensurbehörde, die festlege, was gesagt werden dürfe. Also eine, je nach aktueller Zielrichtung – in diesem Fall jüdische Verschwörung und Meinungsdominanz – die berechtigte Positionen unterdrücke und tabuisiere. Was ist die Funktion dieser „Tabubrecherei'? Warum ist es möglich, unter diesem Ausdruck mit ursprünglich emanzipatorischem Anspruch weitgehend widerspruchslos reaktionäre Positionen zu vertreten bzw. dafür Akzeptanz zu gewinnen?*

Detlev Claussen: Ich denke das bedient sich schon demokratischer Spielregeln, ist aber relativ alt bei diesen Themen. Das gab es schon im 19. Jahrhundert, daß versucht worden ist, nicht nur reaktionäre Meinungen, sondern eben auch spezielle Äußerungen, die Menschen verletzen, als unterdrückte Meinungen auszugeben. Das gehört zum Antisemitismus, das gehört zum Rassismus, das gehört zu diesem Instrumentarium. Das was verletzen soll – und das ist eben mehr als Meinung, sondern Gewaltpraxis oder gewalttätige Praxis, agressive Praxis – zu verkleiden als unterdrückte Meinung. Man spielt mit diesem Underdog-Effekt, aber es ist total absurd, wenn man sich vorstellt, wer das vorbringt: Der Spiegel, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die in der Paulskirche vor laufenden Kameras. Da kann man doch nicht von einer unterdrückten Meinung sprechen, das ist völlig absurd.

Aber es hat doch tatsächlich relativ gut funktioniert. In der nachfolgenden Diskussion wurde ein wirkliches Tabu, durch Augstein mit der Wiedereinführung der Vokabel „Weltjudentum" gebrochen. Ist damit Antisemitismus wieder öffentlich in einem Bereich jenseits des klassischen Rechtsradikalismus möglich und somit gesellschaftsfähig geworden? Ist das eine grundsätzliche Veränderung innerhalb der Gesellschaft, also eine Wiederauferstehung des rassistischen Antisemitismus? Oder war dieser Antisemitismus bisher lediglich nicht öffentlich, also nur latent vorhanden?

Ich glaube das sollte man nicht unterschätzen, auf dem politischen Feld und auch in der Öffentlichkeit gehört das zur Geschichte der Bundesrepublik und zwar von Anfang an. In gewisser Weise ist das eine linksliberale Illusion, die von vielen Linken geteilt worden ist. Das gehört im Grunde genommen zur Erfahrung des 19. Jahrhunderts, daß man sagt der schlimme Antisemitismus das war gestern. Das ist aber nicht der Fall. Das sind auf der einen Seite Rückgriffe, auf der anderen Seite aber auch tatsächlich neue Sachen. Mit dem Vokabular von gestern kommt man da nicht gut ran. Das ist ein Problem, das man sich in diesem Fall-Walser überlegen muß. Ich glaube nicht, daß in diesem Fall das Entscheidende der Antisemitismus der Leute ist, die so etwas ausnutzen oder gebrauchen oder in die Diskussion einführen. Sicher gibt es da Überhänge. Bei Walser gibt es dieses kleinbürgerliche Potential und auch dieses sich als Geschlagener zu präsentieren, was völlig lächerlich ist, bei einem der stärksten Erfolgsschriftsteller, der besonders in den letzten Jahren auf der nationalen Welle eine literarisch unverdiente Renaissance erlebt hat. Das ist aber etwas, das steckt in ihm, das gehört zu ihm, das sollte man ihm auch abnehmen, dieses Kleinbürgerliche. Dazu gehört auch diese Wahrnehmung, daß man überrollt wird von der gesellschaftlichen Entwicklung. Das stimmt ja auch irgendwo, die gesellschaftlichen Entwicklungen sind mächtiger, das Kleinbürgertum ist etwas Antiquarisches. Hier ist es ja auch schon kein reales Kleinbürgertum, sondern es sind kleinbürgerliche Mentalitäten, die weitergespielt werden. Daher kommt auch dieses mitleidheischende, daß einem alles auch wirklich leid tut, das ist das Schreckliche, daß der Mann sich immer als Opfer darstellt.

Im Grunde genommen ist das lächerlich. Das was viel gefährlicher ist, ist was damit gemacht wird. Da ist nicht das entscheidende, daß Leute speziell antisemitisch sind oder nicht, sondern daß sie das als Instrumentarium benutzen. Und dies ist etwas was man generell feststellen kann – das schließt z.B. auch Geschichten wie diese Unterschriftenkampagne der CDU ein. Da ist nicht das Entscheidende, daß dies eindeutig rassistisch oder sonst etwas ist, sondern das Entscheidende ist, daß man mit diesen Instrumenten spielt. An diese Instrumente kann man sich gut gewöhnen. Das stumpft ungeheuer ab, das Sensorium läßt nach. Und das macht auch die Gefährlichkeit dieser rhetorischen Figuren wie: ach ja, man muß mal was gegen die „political correctness' sagen usw. – aus.

Welche Motivation haben Leute wie Walser, ihrer Meinung nach, tabuisierte Bereiche in die Diskussion zu bringen?

Er hat überhaupt nichts Tabuisiertes gemacht. Er steht da als Tabubrecher. Das ganze ist Teil dieses Showbusiness, der stattfindet und da kann man klagen oder nicht, das ist eine Realität. Die politische Öffentlichkeit wird nach den Gesetzen des Showbusiness organisiert. Hier stellt Walser eben den Kleinbürger als Opfer dar. Sein Interesse ist das eines Schauspielers. Der hat das Interesse im Mittelpunkt zu stehen, tolle Rolle, sehr gut gespielt usw. Das ist Narzißmus, nicht mehr. Ihn bewegt nichts weiter und das ist bei Walser auch nicht neu, er spielt diese Rolle schon recht lange. Zu dieser Darstellung des Kleinbürgers gehören auch Dinge, die sind richtig antiintellektuell. Es hat auch immer einen leicht antisemitischen Touch. Das gehört zu dieser kleinbürgerlichen Darstellung: die großen Intellektuellen, die bestimmen was man sagen darf und ich der Dichter, der spricht aus, was das Volk fühlt. Eine absurde Konstruktion, eine Schauspielerkonstruktion, aber es kommt gut an.

Das was ich viel schlimmer finde, ist die Unsicherheit der Öffentlichkeit. Eines der deprimierendsten Ereignisse fand ich diese Standing Ovations nach dem Vortrag in der Paulskirche. Da waren eigentlich alle, die gerne zu solchen Kulturereignissen hingehen und bei Walser konnte man schon wissen, daß da etwas kommt. Das war einigen Leuten auch klar, z.B. in der FAZ. Welche Ausmaße das angenommen hat, das haben sie unterschätzt. Ganz deprimierend finde ich jedoch diese Unsicherheit in der Öffentlichkeit. Die Leute denken: Kultur, Aufführung, Re-

Der Einzige, der ein Sensorium dafür gehabt hat, war Ignatz Bubis. Der hat gemerkt: da stimmt etwas nicht. Ihm war vermutlich nicht ganz klar, was nicht stimmt, aber ihm war klar, daß etwas nicht stimmt.

defreiheit, jeder kann sagen, was er will, usw., großer Schriftsteller, 70 Jahre, fällt bald der Griffel aus der Hand, kriegt 'nen Friedenspreis, das kann doch nicht schlecht sein, da muß man klatschen. Der Einzige, der ein Sensorium dafür gehabt hat, das ist ja das Irre dabei, das war Ignatz Bubis. Der hat gemerkt: da stimmt etwas nicht. Ihm war vermutlich nicht ganz klar, was nicht stimmt, aber ihm war klar, daß etwas nicht stimmt.

Würden Sie Walser soweit entlasten, daß sein einziges Interesse ein Medieninteresse war?

Ihn entlasten? Das ist eine ganz falsche Einschätzung! Ich finde das überhaupt nicht entlastend! Ich finde das grauenhaft, total unverantwortlich was er macht. Das ist doch das Schlimme. Viele schlimme Dinge geschehen aus Wichtigtuerei und Narzißmus. Ich finde das keineswegs entlastend. Sein Kalkül ist: Ich möchte im Mittelpunkt stehen! Ich möchte Scheinwerfer auf mich haben. Ich möchte Interviews haben. Auch dieses Gezauber mit den Briefen war nur eine ganz lächerliche Performance, die ihm aber eine Aufmerksamkeit gesichert hat, die er mit seinen Büchern überhaupt nicht mehr erreicht. Das ist der Erfolg dabei, aber das ist nicht entlastend, sondern das ist eigentlich gerade schlimm, mit was der überhaupt spielt. Das hat bei ihm immer diese ekelhaften Seiten, nur hat sich vor 15 Jahren, als er in Habermas Stichworteband „Zur geistigen Situation der Zeit' mit einer ganz antisemitischen Attacke auf Horkheimer und Adorno in Erscheinung getreten ist, kein Mensch darüber aufgeregt. Walsers nationaler Durchmarsch begann schon in den 80er Jahren vor der Wende. Da kam auch schon diese absurde Äußerung mit: Mal nach Dresden ins Theater gehen. Also so schwierig war das wirklich nicht, wenn ihm das wirklich so viel Wert gewesen wäre. Ihm war natürlich etwas ganz anderes wichtig: diese Aufmerksamkeit, die er literarisch nicht mehr erreichen konnte. Auch auf diese Art des Pseudotabubruchs.



Die Debatte ist eng mit einer offensiv vorgetragenen Forderung nach einer „normalen Nation' verbunden, mit der Anerkennung des deutschen Nationalismus als „gesund" wie bei anderen Nationen auch. Ignatz Bubis legte viel Wert darauf, daß die Bundesrepublik normal ist, die deutsche Geschichte dagegen allerdings keineswegs. Lea Rosh dagegen brachte in der FR die Debatte auf den Nenner: „Nun sind die Juden endgültig wieder „die Anderen" und bestreitet die „deutsche Normalität', weil in der Regel die falschen Schlußfolgerungen aus der Geschichte gezogen würden. Sie zitiert dabei Tilman Fichters Bemerkung über die „Flakhelfergeneration", die davon träumt: „... sich politisch nicht mehr ducken zu müssen ... Das geht nicht mehr. Das ist jetzt zu Ende. Wir sind ein normales Volk ..." Was für eine „Normalität' wird versucht von Leuten wie Walser, Dohnanyi und Augstein, mit dieser Debatte herzustellen?

Das weiß ich auch nicht, was die unter „Normalität" verstehen. Ich denke das sind im Grunde genommen auch rhetorische Figuren, die benutzt werden, um andere Ziele zu erreichen. Wer kann schon sagen: das ist alles unnormal. Das ist nur die Suche nach Zustimmung. Nur die Leute, die auf etwas aufmerksam machen wollen werden in die falsche Ecke gestellt. Das ist das Merkwürdige. Man muß doch auf der einen Seite konstatieren, daß in der deutschen Geschichte etwas besonderes ist und wenn in der deutschen Geschichte etwas besonderes ist, dann ist auch in der deutschen Gegenwart etwas besonderes. Sonst kann man Geschichte im Museum verschließen oder sonstwo. Wir bauen doch aber Museen, weil sie etwas mit der Gegenwart zu tun haben. Es ist doch eine ganz falsche Auffassung, daß in der Geschichte etwas war und das ist jetzt vorbei. Denken sie nur an die für einen Historiker doch recht merkwürdige Überschrift, die Nolte damals seinem Aufsatz gegeben hat: „Vergangenheit die nicht vergehen will". Was quälen sich doch immer die Historiker, das Publikum von heute für die Vergangenheit zu interessieren, damit es merkt, daß die Vergangenheit doch präsent ist, präsenter als man meistens denkt. Hier geschieht das Absurde. Man verleugnet eigentlich ein Stück Gegenwart, ein Stück Gegenwart in dem Deutschland nun einmal ist, auch nach den Veränderungen, die in den letzten 10 Jahren stattgefunden haben. Hier gibt es Leute aus der älteren Generation, meinetwegen der Flakhelfergeneration, die etwas zusammenschließen wollen, was aber nun auch ein sehr merkwürdiges Begehren ist. Als ob sie sich immer so verstellt haben. Es trifft den Sachverhalt überhaupt nicht. Man muß an dieser Debatte der Normalität ernst nehmen, daß man sich sehr



Die Fotos zeigen Konstanz in den 30er Jahren

wenig darüber im Klaren ist, in welchem Land man eigentlich lebt, was aus diesem Land werden soll, wie man in diesem Land politisch arbeitet. Daher kommt diese Unsicherheit, die man mit diesem Normalitätsgeschrei zu übertünchen versucht.

Eine weitere Debatte, in der es ständig um ‚Normalität' geht, ist die Debatte über das Holocaustdenkmal in Berlin. ‚Normalität' hat hier vor allem den Hintergrund, unangenehme historische Tatsachen möglichst auszublenden oder so leicht verdaulich wie möglich zu machen. Die rot-grüne Regierung unter Schröder vertritt eine ‚Unbefangenheit' im Umgang mit der deutschen Geschichte und ein Denkmal zu dem die Menschen „gerne" gehen. Wie ist das zu verstehen?

Da denkt man doch schon mehr an die Sedan-Säule, das paßt in diesen ganzen Möchtegern-Wilhelminismuskomplex. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen. Ich glaube, das war ein richtiger medialer Fauxpas, da hat er nicht gewußt was er sagt.

Heißt ‚Normalität', die Opfer der eigenen Geschichte zu verdrängen? Wäre es nicht wesentlich ‚normaler' die Opfer zu betrauern? In jedem Ort stehen Gefallenendenkmäler, das ist normal …

Finden Sie? Ich lehne diese Denkmäler ab. Ich finde es auch nicht einsehbar, daß eines der wichtigsten Bauwerke in Norddeutschland Hindenburgdamm heißen muß. Deswegen kann man auch in keiner Weise sagen, daß dies mit der Durchforschung und Überlegung, geschweige denn



der ‚political correctness', das dominierende Element ist. Das gehört nicht zur Geschichte der Bundesrepublik. Viele Sachen sind gedankenlos weitergemacht worden.

Bedeuten die Gefallenendenkmäler mit diesem Opfermythos, der dahinter steht, nicht vielmehr eine Tabuisierung der Geschichte, die durch diejenigen, die sich doch als Tabubrecher verstehen auch versucht wird? Warum diese Identifikation mit den Tätern und deren Uminterpretation in Opfer, mit dem Versuch, die Perspektive ‚Wir sind alle Opfer' einzunehmen?

Diese Gleichmacherei war eigentlich die Diskussion um die ‚Neue Wache'. Das ist das Schlimme und dazu haben damals nur wenige etwas gesagt. Diese ‚Neue Wache' ist ein ganz schlimmes Ding. Das macht ja diesen ganzen Opfersegen, daß alle dort nebeneinander sind. Das ist genau dieser gleichmacherische Diskurs. So etwas zu diskutieren, das setzt eine ganze Menge Mut vorraus. Nämlich zu diskutieren: Was ist nun eigentlich mit diesen ganzen Kriegerdenkmälern? Das ist eine komplizierte Geschichte, die noch komplexer als die Geschichte mit den Tätern und Opfern ist, die es sehr leicht ermöglicht in diese Opferrolle hineinzuschleichen. Die Verhältnisse sollte man auch in dieser ganzen Komplexität darstellen, das wäre eine Herausforderung. Da kann man nicht einfach ein eisernes Kreuz machen und dann 1914–18 und 1939–45 reinschreiben und „Unseren Gefallenen' oder soetwas. Das würde etwas voraussetzen und auch politisch abverlangen, wenn man sich fragt: Was für ein Denkmal setzen wir da überhaupt hin? Diese Auseinandersetzung gab es in der Weimarer Republik um Kriegerdenkmäler, die ganz heiß umstritten und umkämpft waren. Das ist eine intellektuelle, politische und künstlerische Herausforderung. Wenn man diese Dinger betrachtet, sind sie doch in einer Betonästhetik, die martialisch ist. Diese Auseinandersetzung ist zu schwierig, löst zu viel aus, das hat man an der Wehrmachtsausstellung gesehen: Aus. Wollen wir nicht – diese Diskussion. Auch da ist wieder populistisch mit Emotionen gespielt worden, statt an die Sache wirklich ranzugehen.

Wenn man sich zum Beispiel sagt, in der ‚Neuen Wache' soll so eine Gedenkgeschichte entstehen, dann ist das eine Sache derjenigen, die darüber zu entscheiden haben, das ist eine politische Entscheidung und die muß man auch politisch treffen. Da kann man nicht hergehen und sagen: „Wir fragen immer alle anderen" oder „Wir klopfen die weich". Da ist ja eben eine gewisse Dynamik, man kann doch nicht immer die Entscheidung delegieren und z.B. sagen, daß der Zentralrat der Juden sein Placet gegeben hat, da muß man auch die Verantwortung übernehmen. Meine These ist, daß es die Unklarheit über die Rolle Deutschlands heute ist, die da eine ganz entscheidende Rolle spielt. Und das wirbelt immer einen ungeheuren Schlamm auf und dann gibt es immer die große Koalition. Die große Koalition in der das Schreckliche das Furchtbare jagt.

Sie stellten fest, daß ein Hauptziel der Debatte die Intellektuellen sind. Aber gerade viele, die sich den Intellek-

tuellen zurechnen, haben die Rede mit stehenden Ovationen bedacht oder gehörten zu den Applaudierenden in der Duisburger Universität einen Monat später. Wie ist das zu verstehen?

Der Antiintellektualismus hat leider eine große Tradition und das auch bei Leuten die von ihrer geistigen Arbeitskraft leben. ‚Intellektuelle' ist hier auch eine Konstruktion, die in diesen Komplex gehört. Antiintellektualismus und Antisemitismus, das ist sehr nah beieinander...

Dazu gehören noch paranoide Verschwörungstheorien und wesentliche Kernbestandteile des Faschismus sind zusammen. Sind die neuen Nationalen wie Augstein, Walser und Konsorten Wegbereiter des Faschismus?

Da wäre ich vorsichtig. Sagen wir mal so: Der Faschismus ist ein sehr starker politischer Begriff für das Ganze. Dieses sind ja Elemente des Alltagslebens, die Tradition haben. Sie finden Antisemitismus im Alltagsleben, sie finden Antiintellektualismus im Alltagsleben usw. Der Faschismus ist eine politische Kraft, die so etwas bündelt und zu einer politischen Macht macht. Das kann man unter diesen Voraussetzungen gar nicht sagen, aber das, was ich kritisieren würde und was die Sache so gefährlich macht, ist, daß mit diesen Elementen des Alltagslebens gespielt wird und sich diese Leute überhaupt keine Gedanken darüber machen, was am Schluß dabei herauskommt. Hier werden Stimmungen erzeugt und das ist sehr gefährlich.

Ein Effekt der Walserdebatte ist, daß ‚Die Juden' wieder als klar ausgegrenzter Teil definiert worden sind. Was ist der Zweck solcher rassistischer Ausgrenzungen?

Ich weiß es nicht. Auf der anderen Seite haben sie immer diese Akrobatik: ‚nichtjüdische Deutsche, jüdische Deutsche'. Das hängt damit zusammen, daß man irgendwie auf die sichere Seite gelangen möchte. Das ist denen überhaupt nicht aufgefallen, daß sie so etwas konstruieren. Deswegen kommt dann auch so ein Dohnanyi, der auf keinen Fall des Antisemitismus bezichtigt werden will, aber er will eben seine eigene Geschichte besser darstellen, als sie ist und das macht ihn so empfänglich dafür, mit solchen Elementen zu spielen. Dieser Wahn zu unterscheiden, das ist eigentlich das Problem, das verheerende Folgen, verhängnisvolle Folgen hat. Das ist denen überhaupt nicht klar, daß man jetzt wieder diskutiert: ‚Jüdische Deutsche – Nichtjüdische Deutsche'. Und das steckt auch in dieser völlig mißglückten Diskussion um die Staatsbürgerrechte, daß man sich überhaupt nicht über die Anforderungen der Gegenwart klar werden will. Man bezieht sich im ganzen Diskurs auf die Vergangenheit. Diese Vergangenheiten scheinen etwas zu sein, das sich jeder selbst zurechtinterpretieren kann. Das ist etwas sehr gefährliches, was leider auch in den linken Diskurs hineingeht, weil dort auch häufig die Vergangenheit legitimatorisch zurechtgebogen wird, um Argumenten in der Gegenwart ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Deswegen ist der fragwürdige Umgang mit der Vergangenheit ein allgemeiner und keine Spezialität von Rechts oder Links.

Meine These ist, daß es die Unklarheit über die Rolle Deutschlands heute ist, die da eine ganz entscheidende Rolle spielt. Und das wirbelt immer einen ungeheuren Schlamm auf und dann gibt es immer die große Koalition. Die große Koalition in der das Schreckliche das Furchtbare jagt.

Rassistische Diskurse sind in der Regel doch eher rechts zuzuordnen. Das Dispositiv des Neorassismus beruht in einer konsumistischen Vereinnahmung des Anderen – einer Lifestylehybridität, die einerseits auf Macht und Unterdrückung basiert – die ‚dem Anderen' seine Position zuweist, aber andererseits auf der Repräsentationsebene Raum läßt. Ist die Rolle der jüdischen Deutschen ähnlich zu sehen? Also die Zuordnung einerseits als Bereicherung auf der Repräsentationsebene nach dem Motto: „Wenn selbst die Opfer versöhnt sind, kann das Verbrechen nicht so schlimm gewesen sein." Aber auf der anderen Seite die Drohung: „Wenn die Opfer sich „anmaßen, ... Vorwürfe machen zu dürfen" (wie im Spiegel in einem Leserbrief zu lesen war) brauchen sie sich nicht zu wundern, daß diese „unversöhnlichen Juden" den Antisemitismus selbst produzieren."

Das sollte man nicht allzusehr ‚la lettre' nehmen. Es ist steinalt zu sagen: „Der Antisemitismus liegt am Verhalten der Juden". Man ist ja schon im antisemitischen Karren, wenn man anfängt im Verhalten der Juden zu suchen. Das ist die antisemitische Figur ‚par excellence', die schon zum 19. Jahrhundert, zum modernen Antisemitismus gehört. Das ist aber nicht der Punkt, sondern daß aus der Gesellschaft selbst Unterscheidungs- und Diskriminierungsbedürfnisse produziert werden. Das ist das, was man bekämpfen muß.



Deswegen gibt es auch diese endlosen Diskussionen, in denen nur für wenige etwas Neues entdeckt wird. Aber das Thema wird richtig verbraucht. Der Artefakt Holocaust hat es geschafft, Auschwitz zu einem Öffentlichkeitsthema zu machen, einfach ein Thema, ein Thema wie andere auch.

Sehen sie in der Ausgrenzung des ‚Anderen' in der Bundesrepublik eine Veränderung oder Entwicklung, gibt es eine neue Qualität oder war diese Ausgrenzung immer eine Grundlage der Gesellschaft der Bundesrepublik?

Eine Veränderung ist, daß es nach '89 eine reale gesellschaftliche Veränderung gegeben hat und das Selbstbild der Bundesrepublik dem überhaupt nicht angemessen ist. Wenn das Selbstbild unrealistisch ist, werden um so stärker Bedürfnisse nach Abgrenzung, nach vermeintlichen Sicherheiten geschürt. Das Nachdenken darüber, was Deutschland ist – Deutschland in Europa – das ist nicht sehr weit verbreitet und da ist es sehr schön, wenn man andere hat, gegen die man sich abgrenzen kann.

Wo sind die Verbindungen zu anderen öffentlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, wie dem Historikerstreit oder der Goldhagendebatte, ist die Walserdebatte eine Fortsetzung?

Ja, ich würde schon sagen, daß die Walserdebatte eine Fortsetzung ist. Das Schreckliche an der Walserdebatte ist der Verbrauch der Argumente. Der Gegenstand wird aus dem Auge verloren innerhalb einer großen Medienshow. Das stumpft total ab!

Welche Konsequenz hat diese Abstumpfung?

Abstumpfung hat die Konsequenz, daß ein Vakuum entsteht und Vakua werden gefüllt. Seltenst mit etwas besserem.

Sind die in den letzten Debatten immer offensiver vertretenen Positionen mit dem aus der kritischen Theorie der 50er stammenden Begriff ‚sekundärer Antisemitismus' faßbar?

Nach 1945 hat zuerst einmal eine Leerstelle eingesetzt, da war keine Erinnerung, da war gar nichts. Das was an diese Leerstelle gesetzt worden ist, das ist das, was ich den „Artefacto loco" nenne. Das ist eine massenmedial bearbeitete Form von Vergangenheit, eine verzerrte Form von Vergangenheit. Diese verzerrte Form von Vergangenheit hat den Vorteil, zu dem was vorher an die Stelle hätte treten können, daß leichter darüber zu sprechen ist, leichter darüber zu kommunizieren ist. Das hat dann Folge für Folge damit eingesetzt: Historikerstreit, Goldhagen, Walser usw. Es ist leicht darüber zu reden. Aber man redet im Grunde genommen über ein Medienphänomen, man redet nicht über einen wirklichen Sachverhalt, man redet über die Folge der Folge, und das ist dieser Artefact. Es wird überhaupt nicht über den Kern diskutiert, deswegen geht das den Leuten auch so leicht über die Lippen.

Wollte auch Nolte nicht die geschichtlichen Tatsachen in irgendeiner Form aufarbeiten, sondern vor allem den Medienhype?

Ja, und die Darstellungsmacht! Der Anfang von Walser ist absolut typisch und gilt für die anderen auch: „Wie wirkt das auf mich, wenn ich im Fernsehen so etwas sehe." Bei Nolte ist es: „Wie kommt es, daß die Nazis so eine schlechte Nachgeschichte haben und der Kommunismus so eine gute." Das ist eine Konstruktion. Es geht nicht um den Sachverhalt, sondern es geht darum herauszudestillieren: „wie fühle ich mich damit". Deswegen gibt es auch diese endlosen Diskussionen, in denen nur für wenige etwas Neues entdeckt wird. Aber das Thema wird richtig verbraucht. Der Artefakt Holocaust hat es geschafft, Auschwitz zu einem Öffentlichkeitsthema zu machen, einfach ein Thema, ein Thema wie andere auch.

Ist das nicht gerade ein Ziel dieser Debatten?

Aber daran arbeiten alle mit, das sind ja nicht nur die Rechten. Das ist ja auch meine Kritik an diesem Phänomen, das sich in den letzten 20 Jahren hergestellt hat. Über den Artefakt habe ich viel geschrieben. Der macht eben diese Normalisierung aus, da setzt tatsächlich eine Normalisierung ein. Und Normalisierung heißt, daß die Sensorien stumpf sind. Daran haben von rechts bis links unheimlich viele mitgearbeitet, die sich nicht klargemacht haben, was das für Folgen hat. Man sieht das bei Goldhagen. Das besteht nicht nur aus dem Angriff, sondern auch aus der Verteidigung. Das macht ja auch die Kaputtheit, das Aporetische dieser Debatte aus. Da wurde nicht um den Sachverhalt, sondern um die Rezeption des Sachverhalts gestritten. Wenn man die wissenschaftliche oder theoretische Arbeit von Goldhagen kritisiert hat, hatte man völlig falsche Kameraden neben sich stehen. Aber auf der anderen Seite kann man es auch nicht nicht-kritisieren. Da geschieht etwas und das ist ein gesellschaftliches Phänomen. Es ist mehr als der Kampf von rechts und links. Dem muß man Gesellschaftskritik entgegensetzen. Das Schreckliche an dieser Debatte ist die Folge, daß die Argumentationen völlig ethnisiert worden sind. So kann man doch nicht mehr argumentieren und das ist in der Goldhagendebatte zum Durchbruch gekommen. Und das kommt nicht nur darauf an, wer angefangen hat, sondern auch aufs Mitmachen. Es sind auch die Verteidiger, die das mitgemacht haben. Diese Diskussionen sind verheerend. Der Historikerstreit war verheerend, Goldhagen war verheerend, Walser ist verheerend. Das sind grauenhafte Debatten, die grauenhafte Folgen haben: Intellektuell und politisch verheerend.

Das Interview führte Tobias Faßmeyer (ZAG)



Foto: Albert Zecheru

Das Ende der Diskussion

Von Rammböcken, Vollen Booten und Offenen Türen

Bevor General a.D. Jörg Schönbohm sein Amt als Berliner Innensenator aufgab, um den schlappen langen CDU-Kerls in Brandenburg wieder preußische Tugenden beizubringen, hielt er sich nochmal zugute, in der Ausländerpolitik „Rammbock gegen political correctness und Tabuisierungen gewesen zu sein“. [1]

Von Lummer zu Schönbohm

Sicherlich wird niemand aufgrund seines ausgeprägten Demokratieverständnisses zum Berliner Innensenator ernannt. Man denke nur an Heinrich „für's Grobe“ Lummer in den 80'ern. Rassistische und reaktionäre Sprüche aus diesem Amt sind also nicht neu, haben heute aber eine ganze andere Qualität. Während Lummers rassistische Stammtischsprüche dazu dienten, rechtsradikales Wählerpotential an die CDU zu binden, hat Tabubrecher Schönbohm an ganz anderen Stellen offene Türen eingerannt. So hält er sich zugute, daß seine Forderungen zu „Integration“ und nötigen deutschen Sprachkenntnissen von Ausländern sowie die Problematisierung von „Wohnghettos“ teilweise von der SPD übernommen worden seien. Denn er apelliert nicht nur an niedere und faschistoide Instinkte, sondern schürt die Angst um den Verlust der „deutschen Leitkultur“. Eine Angst, die auch in der von Schröder so umworbenen „neuen Mitte“ sehr verbreitet und sogar einer ihrer konstituierenden Bestandteile werden könnte.

Sozialdemokraten manövrieren das volle Boot

Und so bedient auch Otto Schily die Angst vor dem Verlust der nationalen Identität. Bereits während des Wahlkampfes hatte er erklärt, daß Integration nicht nur vom Staat, sondern auch von den Zuwanderern erbracht werden müsse. „Dazu gehört, daß wer hier seinen dauerhaften Wohnsitz nimmt, die deutsche Sprache erlernt, seinen Kindern die deutsche Sprache beibringen läßt und Recht und Verfassung achtet“. [2] Seine umstrittenen Äußerungen im Berliner Tagesspiegel, daß die Aufnahmefähigkeit Deutschlands mehr als erschöpft sei, war eine konsequente Fortsetzung dieser Linie.

Insoweit unterscheidet sich Schily also in keiner Weise von seinem christdemokratischen Vorgänger. Die Folgen solcher Aussagen eines sozialdemokratischen Innenministers sind allerdings weitreichender. Sie machen politisch-kontroverse Diskussionen über die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, faktisch unmöglich. Denn nicht umsonst stellte der Spiegel erleichtert fest, daß es ein objektive Tatsache sein muß, daß Deutschland kein Einwanderungsland ist, wenn selbst ein „Linker“ wie Schily dieser Überzeugung ist. Somit stellen sich alle, die noch dagegen argumentieren wollen, nicht nur außerhalb des „demokratischen“ Konsens, sondern außerhalb der Vernunft.

Der Kreis schließt sich

Und wenn der Nachfolger von Schönbohm, Klaus Werthebach, erklärt, daß er die schilysche Einschätzung teile, daß die Aufnahmemöglichkeit für Ausländer in Deutschland bereits überschritten sei, und „(...)das Ausländerproblem offen und ehrlich diskutiert werden muß.“[3], dann schließt sich der Kreis. Diese offene und ehrliche Diskussion meint eben keine Diskussion. Und wer doch will, macht sich lächerlich. Er wird vermutlich nicht einmal mehr als Linksradikaler abgetan, sondern als Spinner, der den Tatsachen nicht in die Augen sehen kann. Nur wenn jetzt die „Narrenfreiheit“ genutzt wird, kann verhindert werden, daß ein weiterer Diskurs seitens der Rechten mit der Argumentation des „Tabubruchs“ nachhaltig geschlossen wird.

Jürgen Temmig (ZAG)

1 Berliner Morgenpost, 12.11.98
2 taz, 14.7.98
3 Berliner Morgenpost, 3.12.98

Herrenmenschen und Lichtgestalten

Was ist neu an der „Neuen Deutschen Härte"?



Rammstein, Joachim Witt, Weißglut ... In den letzten Jahren tauchten einige neue Bands auf, die ihr Image bewußt oder unbewußt – selbst der letzte Dorfnazi erkennt sich da wieder – rechts aufbauen. Die Musikpresse hat auch gleich ein Namen für ihr neues Kind gefunden: „Neue Deutsche Härte" (sic!).
Der Großteil dieser Bands bezeichnet sich als unpolitisch und fühlt sich mißverstanden, will oder kann aber derlei Vorwürfe nicht wirklich glaubhaft entkräften.
Anhand der drei oben genannten Bands soll gezeigt werden, was an der „Neuen Deutschen Härte" wirklich dran ist.

Rechter Pop

1992 empfahl der Österreicher Jürgen Hatzenbichler in der rechtsradikalen Zeitschrift „Nation und Europa", sich der Popmusik zu öffnen. Es schien, daß seine Aufforderung keine Resonanz fand. Dabei gab es genug Anknüpfungspunkte, Teile der Dark Wave und Gothic Szene tendierten bereits viel früher nach rechts. Nur ein Jahr später erschien in der „Jungen Freiheit" ein Artikel von Roland Bubik zur ‚Kultur der Machtfrage' – eine strategische Überlegung, die Musiksubkulturszene zu unterwandern, um neue Anhänger zu finden. Aber auch unabhängig von der Debatte in der „Jungen Freiheit" gründeten sich Plattenlabels und Fanzines, um exakt diese Klientel zu bedienen. Hervorzuheben sind hier die Fanzines „Sigill" aus Dresden und „Europakreuz" aus Berlin. Inzwischen sind Teile der militanten Naziszene auf den Kulturzug aufgesprungen. Bestes Beispiel dafür ist Alexander von Webenau aus Friedberg, Vorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes der Studentenorganisation der NPD. Er ist bei der stark NS-ausgerichteten „Europakreuz" für die Ressorts Kultur und Geschichte zuständig.

Der Rammstein-Hype

1995 konnte die Schweriner/Berliner Band „Rammstein" mit Hilfe einer riesigen Werbekampagne seitens der Musikindustrie ihr Album „Herzeleid" hunderttausendfach verkaufen. Auf dem Cover sechs Männer mit freiem Oberkörper, die versuchen, ganz böse auszusehen. Die Musik – harter, dumpfer Sound, manchmal unangenehm an Marschmusik erinnernd, dazu eine tiefe/düstere Stimme mit einem rollenden Rrr, gesprochene Texte über Leben, Liebe und Tod. Ihre Bühnenshow wird mit sehr viel Aufwand betrieben, wo man nicht weiß, was eigentlich im Vordergrund stehen soll, die Musik oder die Show. Die Band scheint es selber nicht genau zu wissen. Ein Konzept (auch wenn es so wirkt) scheint es nicht zu geben – die Bandmitglieder geben nie gemeinsam Interviews, wahrscheinlich würden sie sich nur widersprechen.

„Rammstein" sehen sich als Künstler mit hohem An-

spruch, die scheinbar keine Probleme damit haben, ein Video mit Ausschnitten aus dem Olympiafilm von Leni Riefenstahl zu produzieren. Für sie ist das Kunst, mehr nicht. Ein 13-jähriger MTVIVA-Zuschauer wird sich nichts Schlimmes dabei denken – die Nazis lachen sich ins Fäustchen. Denn schließlich ist das Video tagtäglich im Fernsehen zu sehen.
Abzuwarten bleibt, wie sich „Rammstein" entwickeln – ob sie ihr ach so böses Image beibehalten werden. Eins dürfte sicher sein, der hundertste Aufguß von „Herzeleid" wird niemanden mehr hinter'm Ofen vorlocken. Wahrscheinlicher ist, daß „Rammstein" das bleiben, was sie sind – ein Medienhype mit dem man einen Haufen Geld verdienen kann.

Riefenstahl, Illuminaten und die vergewaltigte Volksseele

Die Musikindustrie hat die Zeichen der Zeit erkannt und wirft unerläßlich neue Bands auf den Markt. Daß die Musikszene Leni Riefenstahl für sich neu entdeckt hat, konnte man schon vor dem „Rammsteinhype" feststellen. In dem rechtsradikalen Verlag VAWS (Verlagsagentur Werner Symanek) erschien eine Riefenstahl Gedenk-CD. Darauf sind die Bands Forthcoming Fire, von Thronstahl und Preussak, in denen Josef Maria Klumb alias Jay Kay sich als Sänger betätigt, vertreten. Bis vor kurzem war er noch Sänger der Band Weißglut, die auf Grund zahlreicher Presseartikel über seine Person sich gezwungen sah, ihn doch lieber rauszuschmeissen. Klumb machte in einem Interview 1996 in der „Jungen Freiheit" keinen Hehl aus seiner Gesinnung. „Ich glaube an die Reinheit und den Lichtgehalt der Nation". In der Zeitschrift Gothic schwafelte er von den „Illuminaten", die die Menschen zu einer „Sklavenrasse mutieren wollen". Diese „Illuminaten" seien die „Hochfinanz", deren zukünftiges Regime sich in „UNO, NATO, Weltbank und Zionismus manifestiere ...". Weiter spricht er von der „Liquidierung Rudolf Hess".
Faschismusvorwürfe weist er natürlich von sich, er fühlt sich halt falsch verstanden. „... ich spreche einfach das Zauberwort aus, das Wort, mit dem keiner sein Bewußtsein verbinden mag: Deutschland." Um zu verdeutlichen, was er wohl eigentlich sagen will: „..über die Befreiung Deutschlands hinaus (gemeint ist der 8. Mai 1945) war es trotz allem eine Eroberung, eine Unterwerfung und eine Unterdrückung des Geistes, die bis heute anhält (...), daß die Volksseele, die bis ins Heute so brutal vergewaltigt wurde, daß ich für dieses Heiligtum und geheime Asyl einer zahlenmäßig geringen Priesterschaft des Geistes Kern und das Zentrum des Begriffs Deutschland eben verteidigen werde (...)". Nach seinem Rausschmiß bei Weißglut fühlt er sich als Opfer einer Verleumdungskampagne, obwohl die Fakten eigentlich alles sagen. Neben seiner Tätigkeit als Musiker arbeitet er in der VAWS.

Witts goldener Ritt nach Bayreuth

Mit dem Song „Der goldene Reiter" konnte Joachim Witt zu Zeiten der „Neuen Deutschen Welle" seinen größten Erfolg feiern. 1998 meldete er sich – in Anlehnung an Richard Wagner – mit dem Album „Bayreuth eins" zurück. Seine Single „Die Flut" schoß in die vorderen Plätze der Hitparade. Im zugehörigen schwarz/weiß-Video ist Witt als Kapitän der Arche zu sehen. Er bestimmt, wer auf seinem Boot Zuflucht vor der Flut erhält. Es sind die schönen, die starken, gesunden und durchtrainierten Menschen, die anderen müssen draußen bleiben, die Flut die allen Unrat wegschwemmt. Die Vorwürfe die ihm deswegen gemacht werden, kann er natürlich überhaupt nicht verstehen. In einem Interview sagt er dazu „... die Kontroverse entsteht natürlich dadurch, daß Begriffe wie „Bayreuth" durch die Vergangenheit und das damalige Umfeld (sic!) negativ besetzt sind (...), diese ganzen Begriffe sind in der Vergangenheit immer ausgespart worden, doch sie machen einen Großteil der deutschen Mentalität aus." Weshalb er sich dieser Begrifflichkeiten bedienen muß, bleibt allerdings unklar.
Provokation? Wahrscheinlich, denn mittlerweile hat er eine ganze „Werkreihe Bayreuth" angekündigt. „... musikalisch wie menschlich" habe er „... alle Strukturen verlassen, einen neuen Lebensabschnitt begonnen ...".

Hannes Ritter



Soll der Staat versuchen, die Folgen von Rassismus und Sexismus auszugleichen – oder soll er seine Finger davon lassen?

„Affirmative Action"

in den USA und die Fallstricke staatlicher Gleichstellungspolitik



Foto: Le Bar Floréal

Am 2. Februar 1999 verklagen Bürgerrechtsorganisationen die University of California in Berkeley wegen ihrer Zulassungspolitik. Die Kläger sagen, daß die neuen, „farbenblinden" („color blind") Zulassungsbestimmungen von Kaliforniens bestangesehenster staatlichen Hochschule afroamerikanische, Latino- und Filipinoamerikanische StudentInnen benachteiligen. Durch ein neues Punktesystem würden AbsolventInnen vornehmlich weißer Schulen bevorzugt. Berkeleys ErstsemesterstudentInnen im vergangenen Herbst waren die ersten seit einer Generation, bei denen die Zugehörigkeit zu bestimmten ethnischen Minderheiten nicht mehr als positives Auswahlkriterium gewertet werden durfte.

Prompt ging die Neuzulassung von Latinos/Latinas von 472 auf 271 zurück, und die von African Americans von 257 auf 126.[1] Die veränderte Zulassungspolitik der Hochschule ist eine Reaktion auf US-Volksabstimmungen und Gerichtsurteile der letzten Jahre, die eine Auswahl von StudentInnen nach ethnischen Kriterien für illegal erklären.[2] Der Kanzler der Universität sagt gegenüber den Vorwürfen, daß die Universität angesichts der veränderten Gesetzeslage ihr Bestes versucht, die Universität für StudentInnen aus allen Bevölkerungsgruppen offen zu halten. Doch die veränderte Zulassungspolitik nach angeblich reinen Leistungskriterien hat noch einen anderen, für die Universität sehr problematischen Effekt: Weil die Zahl der ErstsemesterstudentInnen aus Minderheiten insgesamt so dramatisch zurückgegangen ist, weigern sich jetzt viele derjenigen MinderheitenstudentInnen, die es nach Leistungskriterien geschafft haben, überhaupt in Berkeley anzufangen. Stattdessen gehen sie lieber gleich an die private Elite-Uni Stanford.

Meist vor Gericht wird derzeit in den USA ein Kampf ausgetragen, der seit den 60er Jahren die Gesellschaft spaltet:

Die Auseinandersetzung um „Affirmative Action". Affirmative Action, ungenau als „kompensatorische Maßnahmen" übersetzbar, ist Sammelbegriff für ein unüberschaubares Bündel von Gesetzen, Verordnungen und Politiken, die alle eins zum Ziel haben: Die Auswirkungen jahrhundertelanger Diskriminierung und Entrechtung bestimmter Gruppen, insbesondere von Schwarzen, Latinos und Frauen[3], durch staatliche Intervention auszugleichen. Affirmative Action greift bei Hochschulzulassungen und bei Einstellungen im staatlichen und nichtstaatlichen Sektor, indem Minderheitenbewerber (und/oder Frauen) Vorrang haben oder nach einer bestimmten Quote aus einem eigenen Pool getrennt von der weißen Mehrheit ausgewählt werden. Bei staatlicher Auftragsvergabe (z.B. an Baufirmen) greift Affirmative Action, indem Firmen Affirmative-Action-Pläne nachweisen müssen, die darauf zielen, eine bestimmte Quote von ArbeiterInnen/Angestellten aus Minderheiten zu haben oder einzustellen. Geboren wurde dieser Ansatz zur gezielten Förderung von Frauen und Minderheiten in den 60er Jahren, im Zeitalter des Feminismus, der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und militanter Aufstände in den Schwarzenghettos der US-Großstädte.
Damals hatte Präsident Lyndon B. Johnson (1963–1969) seine berühmt gewordene Metapher von der US-Gesellschaft als Wettrennen um sozialen Erfolg geprägt: Weil weiße Amerikaner wegen der Auswirkungen des Rassismus mit einem unfairen Vorteil ins Rennen gingen, sei es nur gerecht, wenn die Regierung den Benachteiligten einen Vorsprung („head start") in diesem Rennen gibt.
Aber Affirmative Action spiegelt auch die in den westlichen Industrienationen vorherrschende Wirtschaftsphilosophie der 60er Jahre wieder, den Keynesianismus[4]. Diese Lehre geht davon aus, daß sich kapitalistische Wirtschaftssysteme nicht automatisch selbst regulieren, sondern daß sie zu Krisen und Ungerechtigkeiten führen. Deshalb muß, Grundmotiv klassischer sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, „Vater Staat" regulierend eingreifen, um sowohl gerechte Verteilung als auch Vollbeschäftigung herbeizuführen. Vor diesem Hintergrund läßt sich Affirmative Action also als Versuch interpretieren, im nachhinein die Auswirkungen von auf Ausbeutung und Unterdrückung basierenden Wirtschaftssystemen durch staatlichen Eingriff auszugleichen, ohne kapitalistisches Wirtschaften insgesamt anzugreifen. Polemisch könnte man Affirmative Action deshalb auch als Versuch bezeichnen, in Teilen der Wirtschaft, vor allem in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt, staatliche Planwirtschaft einzuführen.
In den 80ern und 90ern dagegen weht ein anderer Wind: „Jeder ist sich selbst der nächste", „Leistung muß sich wieder lohnen" und „Schluß mit staatlicher Umverteilung" heißen die Parolen. Die Frauenbewegung hat sich größtenteils in Talkshows und Selbstfindungsseminare verkrümelt, eine nennenswerte schwarze Bürgerrechtsbewegung ist auch nicht zu verzeichnen und schwarze Aufstände in den Innenstädten erschöpfen sich in sinnlosen Gewalt- und Zerstörungsorgien. Was vorherrscht ist Zersplitterung, Identitätssuche und bestmögliche Anpassung an das Bestehende.
Auf wirtschaftspolitischer Ebene heißt die neue Glaubensmaxime Neoliberalismus: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme werden am Markt und vom Markt gelöst oder überhaupt nicht. Staatliche Eingriffe sind schädlich und verhindern/verzögern die Lösung, zu der sich die Akteure, alle getrieben vom gesunden Eigennutz, am Markt (z.B. am Arbeitsmarkt) zusammenfinden.
Was aber heißt das für Affirmative Action? Für die Neoliberalen sind derartige Eingriffe in den Markt, in diesem Fall vor allem den Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Teufelswerk, auszurotten mit Stumpf und Stiel. Die systematische Benachteiligung von Frauen, Schwarzen und anderen Gruppen, so wird argumentiert, gehört längst der Vergangenheit an, das Jammern müsse endlich mal aufhören. Schließlich sei Benachteiligung wegen Geschlecht oder „Rasse" seit den 50ern explizit vom obersten Gerichtshof verboten. Affirmative Action fördere rassistische Einstellungen sogar, da erstens Menschen nach höchst fragwürdigen Kriterien in Gruppen eingeteilt werden[5] und zweitens je nach ihrer Hautfarbe und ihrem Geschlecht unterschiedliche Leistungs- und Zugangskriterien angelegt werden. Dadurch käme jeder Unversitätsabschluß oder berufliche Erfolg eines Schwarzen in den Geruch, nur aufgrund von staatlicher Bevorzugung zustande gekommen zu sein.
Während Affirmative Action also die Spaltung der Gesellschaft zementiert, so die Argumentation, ist der unregulierte Markt das geeignete Instrument, Chancengleichheit[6] zu erreichen, da es dem gesunden Profitstreben, das die Wirtschaft vorwärtstreibt, völlig egal ist, ob einer schwarz oder weiß ist. Nach dieser in den USA traditionell sehr populären Logik kann es jeder schaffen, er/sie muß nur hart genug arbeiten.
Diese Argumentation ist durchaus ernstzunehmen, nicht nur von der Sache her, sondern auch von der politischen Wirksamkeit: Das populärste Schlagwort gegen Affirmative Action heißt „reverse discrimination". Gemeint ist, daß Weiße im allgemeinen und weiße Männer im besonderen die wirklich vom System Diskriminierten sind, eben da sie keiner der staatlich geförderten „diskriminierten Gruppen" angehören. Viele Weiße der unteren Mittel- oder

Vor Gericht wird derzeit in den USA ein Kampf ausgetragen, der seit den 60er Jahren die Gesellschaft spaltet.

Unterschicht sprechen im Brustton der Überzeugung von „reverse discrimination" und meinen damit, daß der Staat ihnen lange genug Ressourcen und Chancen nach fragwürdigen Kriterien entzogen hat, um sie „benachteiligten Gruppen" und „Minderheiten" zu geben. Das drückt sich auch im Wahlverhalten aus: Zugewinne der republikanischen Partei, die sich den Kampf gegen „Affirmative Action" schon lange auf die Fahnen geschrieben hat, und des rechten Populisten Ross Perot sind nicht zuletzt auf



diesen Widerstand gegen staatliche Umverteilung zurückzuführen.
Dieses Ressentiment hat zum Beispiel der mächtige rechtsradikale republikanische Senator Jesse Helms aus North Carolina[7] in seiner Kampagne zur Wiederwahl in den US-Senat 1996 ausgenutzt: In einem Fernsehspot wird die Hand eines älteren weißen Mannes gezeigt, der das Schreiben einer Behörde liest, in dem ihm mitgeteilt wird, daß er aufgrund einer Affirmative-Action-Maßnahme einen staatlichen Auftrag oder eine Leistung nicht erhält. Obwohl der Fernsehspot es nicht direkt ausspricht, denn das wäre „rassistisch", wird unmittelbar klar, daß er sich gegen staatliche Bevorzugung von Schwarzen wendet.
Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß in einer auf Konkurrenz und individuellem Fortkommen aufgebauten Gesellschaft die staatliche Zuteilung von Chancen und Ressourcen nach Gruppenzugehörigkeiten unweigerlich die Menschen gegeneinander ausspielt, Ressentiments und Rassismus schürt, anstatt Solidarität zu fördern.

Ein vom Staat durchgesetztes Zuteilungssystem ist nicht in der Lage, Gerechtigkeit herbeizuführen.

Aber auch bei den von Affirmative-Action-Maßnahmen Begünstigten gibt es teilweise Widerstand gegen die als erniedrigend empfundene Zuteilung: So sagt ein junger Puertorikaner, er hätte überhaupt keine Lust auf staatliche Förderung wegen seiner Herkunft (die noch seinem Vater eine Karriere im Militär ermöglicht hatte), er würde es auch so zu etwas bringen. Minderheitenorganisationen gehören dagegen nach wie vor zu den überzeugtesten Verteidigern von Affirmative Action.
Man sollte Affirmative Action nicht in Bausch und Bogen verdammen. Die US-Gesellschaft hat in den vergangenen vierzig Jahren trotz allem Fortschritte gemacht: Weit mehr Frauen und Schwarze und Vertreter anderer Minderheiten sind in Führungspositionen (die Clinton-Regierung ist ein gutes Beispiel[8]), das Bewußtsein gegenüber Rassismus und Sexismus ist gewachsen. Ohne Affirmative Action wären diese Fortschritte nicht oder jedenfalls nicht so schnell gekommen. Aber selbst die meisten Fortschrittlichen („liberals") und Linken erkennen die Fehler und Tücken von Affirmative Action an: Ein vom Staat durchgesetztes Zuteilungssystem ist nicht in der Lage, Gerechtigkeit herbeizuführen, weil es nicht die Einstellungen angreift, die zum Beispiel manche weiße Männer dazu bringen, Schwarze durch die Bank als weniger intelligent und qualifiziert anzusehen. Außerdem führt es wahrscheinlich dazu, Vorstellungen von biologischer Differenz („Rasse") eher zu verstärken, als sie abzubauen.
Was nötig ist, ist also ein anderes, ein besseres Programm, eine bessere politische Bewegung für Gleichheit, für wirkliche „color blindness", durch die Ausbildung und Arbeitsplätze ohne Ansehen der Hautfarbe/des Geschlechts verteilt werden.[9] Ein wirksames Programm zur Überwindung von Rassismus, Sexismus und Ungerechtigkeit müßte einerseits aus der Bevölkerung kommen und von einer Mehrheit getragen werden und andererseits nicht nur ökonomische Ungleichheit angreifen, sondern auch die Erfahrungen und Einstellungen der Einzelnen systematisch angreifen und auf den Kopf stellen.
Solange man ein solches Programm nicht hat, ist die schrittweise Abschaffung von Affirmative Action ein Rückschritt. Sie bedeutet die Wiedereinsetzung von alten Bildungsprivilegien und Klassenschranken. Die Ungerechtigkeit des Marktes herrscht wieder.

Georg Rohde

1 Die Gesamtzahl der Neuzulassungen in Berkeley im vergangenen Herbst war 3735.
2 Washington Post, 3. Februar 1999
3 Dieser Text beschäftigt sich nur am Rande mit Affirmative Action gegenüber Frauen.
4 benannt nach dem Ökonomen John Maynard Keynes
5 Dieses Argument findet man auch bei „Cultural Studies" und der westeuropäischen Linken, die versuchen, den Rasse-Begriff zu dekonstruieren. Für die Mehrheit der US-Bevölkerung hat das Konzept „race" weiter Gültigkeit. Hier wird der Versuch, „race" zu delegitimieren, eher mit der Rechten in Verbindung gebracht, die Sklaverei und Diskriminierung zu den Akten legen will.
6 Mit Gleichheit, die weitergeht als bloße Gleichheit von Chancen, haben die Neoliberalen nichts im Sinn.
7 Senator Helms ist Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses des Senats und übt damit einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Außenpolitik der Supermacht aus.
8 Ohne die Bedeutung solcher Besetzungen zu glorifizieren: Kann man sich eine deutsche Außenministerin vorstellen, einen schwarzen Generalstabschef der Bundeswehr, einen jüdischen deutschen Verteidigungsminister?
9 Wie immer, wenn ein besseres Programm, eine bessere Politik gebraucht werden, sollte man sie nicht von der Regierung (ob sie nun demokratische Partei oder SPD/Grüne heißt) erwarten. Man muß sie schon selbst formulieren.

Wer nicht für uns ist...

Vom schwierigen Umgang der Neuen Linken mit eigenen Tabus

Die Geschichte der Neuen Linken ist auch eine Geschichte von Tabus, Zensur und Sektierertum. Unmengen K-Gruppen in den Siebzigern, Autonome und Anti-Imps in den Achtzigern und die Antideutschen in den Neunzigern. Trotz aller ideologischer Differenzen hat sie stets eines geeint: die Gewißheit, was richtig und was falsch ist, worüber geredet werden darf und worüber nicht und wem das Rederecht, auch mit massiven Mitteln, abgesprochen wird.

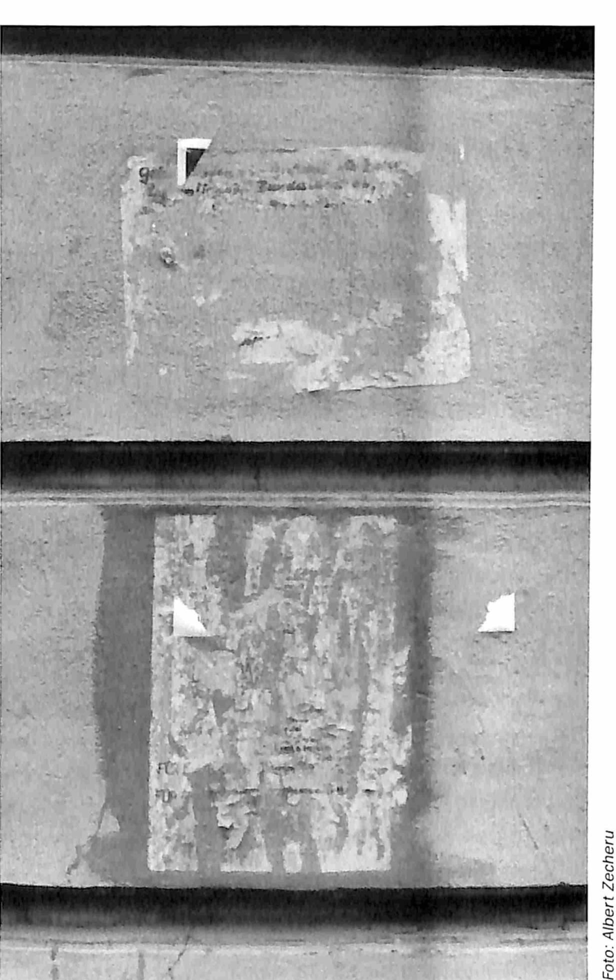




Foto: Albert Zecheru

Während sich die K-Grüppler in den Siebzigern meist gegenseitig aufs Maul schlugen um auszumachen, welche Gruppe denn nun die Flugblätter vor der Fabrik verteilen durfte, die eh kein Arbeiter lesen wollte, gingen die Interventionen der Autonomen deutlich weiter. Da gab es nicht nur eine interne Kleider- und Grußordnung sowie einheitliche Sprachregelungen, die es einzuhalten galt. Es wurden nicht nur Naziaufmärsche und Veranstaltungen der Neuen Rechten gestört und verhindert, sondern auch Schlingensieffilme mit Säure zerstört und Wiglaf Droste angegriffen. Besonders hart attackiert wurden immer diejenigen, die man früher, ob berechtigt oder nicht, zu den eigenen Reihen gezählt hatte. Da schimmerte, trotz aller Abgrenzungen, oftmals die stalinistische Abweichlerbekämpfung der „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns"-Mentalität durch.

Die Verbissenheit hat glücklicherweise in den letzten Jahren nachgelassen, aber immer wieder tauchen diese alten Reflexe hier und da wieder auf.

Denn statt die eigene Geschichte zu reflektieren und zu diskutieren, wird oft mit dem Holzhammer zugeschlagen, wenn aus den eigenen Reihen auch mal gewagte Themen angeschnitten werden (z.B. die Sex-Nummer der Arranca!). Das führt letztendlich dazu, daß der Spiegel sich über einen Interim-Artikel lustig macht, in dem eine Frau erklärt, sie sei vergewaltigt worden, weil der Typ neben ihr im Bett mal angefragt hat, ob sie mit ihm schlafen wolle. Oder die Interim ein Titelblatt mit Schönbohm als Schafficker abdruckt und nach harschen Zuschriften dann den Plakatmachern vorwirft, wie sie denn überhaupt so ein Plakat entwerfen könnten.

Zugegebenermaßen sind dies Extrembeispiele, die vermutlich auch bei vielen Linken zu Kopfschütteln führen. Trotzdem wird eine mangelnde Auseinandersetzung über Dogmen und Tabus innerhalb der Linken immer wieder solche Absurditäten zur Folge haben.

Dabei liegt das Problem nicht darin, daß es Tabus gibt. Es besteht die Gefahr, daß einmal ausgesprochene und festgelegte Tabus nicht mehr argumentativ begründet werden, sondern einfach unhinterfragt übernommen werden sollen. Letztendlich setzt man sich damit auf eine Stufe mit der bürgerlichen Doppelmoral des „das war schon immer so".

Auch wenn man sich nicht vom angeblichen demokratischen Pluralismus täuschen lassen darf, so müssen benannte Tabus argumentativ begründet werden können, wenn sie nachvollziehbar sein und bleiben sollen.

Das gilt gerade für Auseinandersetzungen innerhalb der Linken. Statt immer nur nach Unterschieden zu suchen, auf den ideologischen Fehler des internen Gegners zu warten, um ihn dann als reaktionär enttarnen zu können, muß die Linke innerhalb ihrer eigenen Strukturen wieder eine Diskussionskultur entwicklen.

Nur dann kann sie an Attraktivität nach Außen gewinnen und der rechten Diskursverschiebung der angeblichen „Tabubrecher" offensiv entgegenwirken.

Jürgen Temming (ZAG)

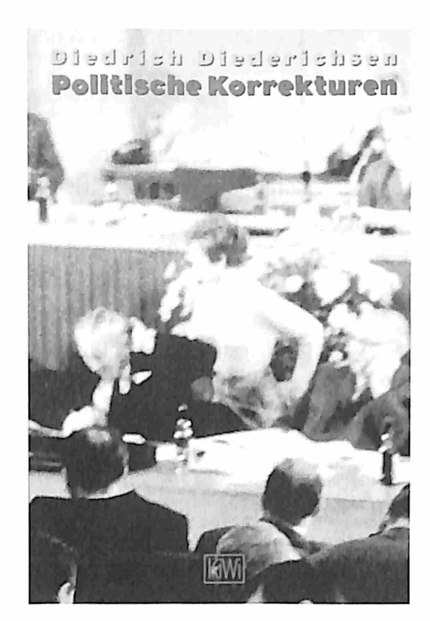
Zum Weiterlesen:

Politische Korrekturen

Umfassend werden wir von Diedrich Diederichsen nicht an das Thema „PC" herangeführt. Nein wir gehen mit ihm hindurch, hindurch durch alle nur denkbaren Facetten.
Wenn Diederichsen beschreibt, wie es um die Angeschlossenheit der deutschen Linken an die internationale Antirassismus und Postkolonialismus-Diskussion in den frühen 90ern steht, als sie von den internationalen politisch-theoretischen Debatten weitgehend abgeschnitten war, läßt sich erahnen, was auf uns (beim Lesen) zukommt. „Rassismus war von der deutschen Linken fast gar nicht diskutiert worden – höchstens als Nebenwiderspruch des Kapitalismus, nicht als dessen konstantes oder gar konstitutives Element." ... „Als dann bei der erstbesten Gelegenheit der Durchschnittsdeutsche seinen latenten Rassismus – der eigentlich nie ein Geheimnis war – flagrant werden ließ, war die deutsche Linke theoretisch wie praktisch ziemlich hilflos."
Ausführlich beschreibt Diederichsen die kulturellen und kulturpolitischen Auseinandersetzungen in den USA seit den späten 80ern. Immer mit Beispielen angereichert führt er uns durch alle Begriffe.
Bspw. „Hate Speech": in Deutschland findet durch die Verkürzung von Rassismus auf Haß eine klassische Entpolitisierung des Kulturkampfes statt. Das Politikum wird zur soziopathologischen Auffälligkeit, wird deligiert an Pädagogen, Priester und Psychologen.
In den USA findet der Begriff jedoch eine andere Anwendung: Hate-Crime steht dafür, rassistisch motivierte Straftaten unter verschärfte Strafen zu stellen. „Daß Hate dabei „rassistisch motiviert" und teilweise auch „sexistisch motiviert" heißt, war eine erfolgreiche Besetzung und im ersten Schritt Erweiterung, im zweiten Begrenzung der Semantik von Hate." Es folgte die Übertragung auf Hate Speech. Zunächst wurden an einigen Unis Speech Codes gegen Hate Speech durchgesetzt; hierbei handelt es sich zunächst um Regelungen gegen rassistische Beleidigungen. Im Laufe der Zeit machte „der Begriff eine Karriere, die plötzlich jede Art von radikaler Politik, darunter auch die der Black Panther Party, mit unter Hate-Speech-Kuratel stellen will." Hier zeigt uns Diederichsen auf, wie Diskurserweiterung und Diskursverknappung in PC- und Symbolpolitik funktioniert. „ Jede PC-Initiative versucht (...) eine feste (die herrschende) Bedeutung aufzuweichen, um sie und die mit ihr verbundenen Konventionen diskutierbar zu machen und den fraglichen Begriff für andere, politisch angepeilte, also nicht beliebige Bedeutungen zu öffnen. Im Fall von Hate so, daß auf bestimmte Weise motivierte Täter von etwa Verteidigern unterschieden werden müssen. Das symbolpolitische Ziel besteht letztlich also in der Verknappung. Denn angestrebt ist ja nicht die Bestrafung von Haß, sondern von Rassismus." Im folgenden wird man jedoch dadurch, daß man sich der Chiffre zur Durchsetzung seiner Ziele bedient hat, „bei der Definition von Hate Speech von den alten Bedeutungsteilen bestraft, die frei herumliegend vom politischen Gegner benutzt werden können."
Dies ist eine Stärke von Diederichsen, daß die Veränderung der Begriffe aufgezeigt wird und somit Diskursverschiebungen nachvollzogen werden können. Die Unterschiedlichkeit der Diskurse bzw. Diskursverläufe in Deutschland und den USA nimmt bei ihm einen großen Raum ein.
Diederichsen zeigt welche Hegemonie im Kulturkampf über die PC- und Symbolpolitik von Seiten der „Tabubrecher" und „PC-Gegner" erlangt wurde.
Er versucht zugleich Auswege aufzuzeigen, insbesondere bei der Betrachtung von Subkulturen. Hier sagt er sogar, daß PC „in subkulturellen Auseinandersetzungen zum Glück öfter die Funktion der Diskursvermehrung als die ihm nachgesagte der Diskursverknappung" hat. Später: „Im Prinzip ist diese Nähe aber gerade ein Garant dafür, daß PC nicht in eine abstrakte und ideologische Moralität abrutscht und zu einem von Kontexten und Konflikten unabhängigen Regelsystem degeneriert. (...) Zwar kommt PC als Ort der Geborgenheit vor allem als Projektion bei einer sich als weltläufig inszenierenden Rechten vor, (... doch) die Vereinheitlichungs- und Harmonisierungsenergien im kleinbürgerlichen Subjekt, (...) sind so stark, daß sie PC auch jederzeit für ihre Zwecke einzusetzen in der Lage sind: ungebrochene Herrschaft im eigenen Psycho-Haushalt, Vertreibung äußerer Gefährdungen."
Diederichsen schafft Tiefe und zeigt immer wieder interessante Aspekte auf.

Markus Stilo (ZAG)

D. Diederichsen, Politische Korrekturen, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1996, 192 S., 18,80 DM





„Neger können besser tanzen, Indianer besser Tontöpfe machen"

Über solch eine Textzeile wird wohl selbst der gelangweilteste dahinblätternde ZAG-Leser stolpern und veranlaßt sein, zumindest die ersten Zeilen dieser Buchbesprechung zu lesen. Was so klingt wie das Herumproleten eines „Vorzeigefaschos", ist nichts weiter als die freie aber treffende Übersetzung einer Passage aus einem Lehrbuch der Anthropologie über Intelligenzunterschiede zwischen „Rassen", in der es heißt: „So verfügen z.B. Negride über recht gute verbale und Gedächtnisleistungen. Auch scheinen sie auf musischem Gebiet (Rhythmik, Tonhöhen- und -stärkenunterscheidung), Indianide dagegen mehr auf dem Gebiet der bildenden Künste besonders begabt zu sein." Verfaßt wurde das Lehrbuch, das seit Okt.'96 in der zweiten Auflage vorliegt, vom geschäftsführenden Direktor des Hamburger Instituts für Humanbiologie, Rainer Knusmann. Die ‚Übersetzung' in die ‚Sprache des Alltagsrassismus' stammt aus einem Kapitel des im UNRAST-Verlag erschienen und von der ‚AG gegen Rassismus' herausgegebenen Buches ‚Deine Knochen – deine Wirklichkeit'.

Wo unsere „Vorzeigeglatze" auf die Wertigkeit des oben herausposaunten gar nicht erst hinzuweisen braucht, besteht der Wissenschaftler auf die Wertfreiheit naturwissenschaftlicher ‚Fakten'. Denn, so Knußmann im oben erwähnten Lehrbuch „Vergleichende Biologie des Menschen", das als führendes Lehrbuch der Anthropologie in Deutschland gilt: „Rassendiskriminierung besteht nicht in der Feststellung von Verschiedenheiten, sondern in der(en) Wertung". Was aber, wenn Anthropologen angebliche Intelligenzunterschiede zwischen ‚Rassen' feststellen, Intelligenz als etwas Vererbbares darstellen und dazu, wie Knusmann in der ersten Auflage seines Lehrbuchs von 1980, schreiben: „Unterschiede in der Güte der Umwelt erklären die IQ-Unterschiede zwischen den Europiden und Negriden in den USA (...) nicht völlig." Dies wird mit einer Grafik bebildert, die den IQ-Unterschied zwischen ‚Europiden und Negriden' in Ohio und Mississippi besonders deutlich hervorhebt.

Die beiden Autoren Jan Dietrich und Wolfgang Knigge kommentieren dies in ihrem Kapitel ‚Rassenkunde am Institut für Humanbiologie': „Wenn ‚Negriden' ein geringerer ‚IQ' als ‚Europiden' zugesprochen wird, besitzt dies eine Wertigkeit – ob sie ausgesprochen wird oder nicht. (...) Eine Einordnung in Oben und Unten ist nicht mehr notwendig, da dies bereits im Alltagsdiskurs geschieht. (...)".

Natürlich erklären Lehrende wie Lernende: „(...), daß sie keine rassistischen oder biologistischen Äußerungen in den Lehrveranstaltungen gemacht haben, (... und) im Unterricht keine rassistischen oder sonstigen biologistischen Haltungen erkennen konnten." „Hier wird", so die Kritiker, „ein Widerspruch zwischen eindeutig rassistischen Lehrinhalten und der Selbstwahrnehmung der Beteiligten sichtbar. (...) Die Lehrenden vertreten rassistische Inhalte, ordnen sich selbst aber eher im liberalen oder gar linken politischen Spektrum ein."

Daß Lehrinhalte dieses Kalibers an die Öffendlichkeit getragen werden und somit zu Diskussionen aufrufen ist Hauptintension der ‚AG gegen Rassismus'. Das Buch klärt über die Vorgänge am Institut für Humanbiologie auf und gibt vor allem Argumentationshilfen zum Thema, denn entgegen des gängigen Diskurses ist – so Heidrun Kaupen-Haas, Direktorin des Instituts für Medizinsoziologie im Grußwort – „(...) mit dem Ende des Naziregimes (...) die Tradition des modernen Rassismus, auch oder gerade weil er sich in wissenschaftliche Gewänder kleidet, keineswegs vorbei."

Albert Zecheru, (ZAG)

AG gegen Rassenkunde (Hrsg.), Deine Knochen – Deine Wirklichkeit, rat – reihe antifaschistischer Texte/UNRAST-Verlag, Hamburg/Münster, März 1998, 222 S., für nur 16,80 DM



Entspannt in die Barbarei

Jutta Ditfurths linker Haken gegen die esoterische Befindlichkeitsfraktion gehört schon zu den Quasi-Klassikern. Neue Freunde hat sie mit diesem Buch sicherlich nicht viele gewonnen, zumindest nicht bei den indifferenten ‚Irgendwies' mit der ‚Für alles offen' Haltung. Was sucht nun ein Buch über Esoteriker und biologistische Sumpfblüten bei den Tabubrechern? Erstmal nicht viel. Geht es im Diskurs der ‚Querdenker' doch um das Gramsci'sche Hegemoniekonzept, das Alain de Benoist, sowas wie der Vater der französischen ‚Nouvelle Droite', für die ‚Neue Rechte' als Grundlage der politischen Einflußnahme formulierte: „... um die politische Mehrheit auf Dauer zu erringen, muß man zunächst die ideologische Mehrheit erringen, denn erst, wenn sie für Werte gewonnen ist, die von ihren eigenen Werten verschieden sind, wird die bestehende Gesellschaft in ihren Grundfesten zu wanken und ihre effektive Macht abzubröckeln beginnen. Dann wird man die Situation auf der politischen Ebene ausnutzen können ..."[1]. Schon in den 70er Jahren machte eine rechte Organisation[2] sich auf, eine neue Zielgruppe zu erschließen: das links-alternative Spektrum. Ziel war es, dieses Milieu zu nationalisieren. Diese ‚Nationalrevolutionäre' paßten ihre Ideologie an das ‚linke' Vokabular an und nutzten das antiimperialistische, ökologische und pazifistische Vokabular. Bekanntes Beispiel für die Umformulierung von ‚Ausländer raus': „Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zu den Menschen gebracht werden."[3]. In den 80er Jahren engagierte sich dieser Teil der ‚Neuen Rechten' vorzugsweise bei den Grünen und hatte dort auch einigen Erfolg. Wichtiger wurde für die ‚Neue Rechte' jetzt aber die Zusammenarbeit mit dem rechten Rand der CDU und ihren ‚Thinktanks' wie dem Studienzentrum Weikersheim.[4] Als Betätigungsfeld für die Verankerung autoritären Denkens im links-alternativen Milieu stellte sich die Esoterik als besonders geeignet heraus.

Jutta Ditfurth beschäftigt sich schon seit Jahren unermüdlich mit diesem Wegbereiter faschistischer Ideen. „Esoterik hilft dabei, den Menschen jeden emanzipatorischen Gedanken auszutreiben. ... Wer sich entpolitisiert und nur noch mit sich selbst beschäftigt, Ausbeutung und Elend mit „Karma" rechtfertigt, Eliten anbetet, Sozialdarwinismus, höhere Wesen, naturgesetzliche Ordnungen und den Kosmos vergöttert, bekämpft alles, was den Menschen von Ausbeutung und Fremdbestimmung befreien könnte." Förmlich ist der Aufschrei zu hören, der jetzt von der sich ‚irgendwie-links' verstehenden Eso-Fraktion kommt. Handelt es sich ihrer Meinung nach doch lediglich um ein paar nette Entspannungsübungen. Ihnen ist es auf dem Weg zum völlig entspannten ‚Hier und Jetzt'schon komplett egal oder eben zu lästig, sich mit den ideologischen Grundlagen und dem tief braunen Hintergrund auseinanderzusetzen. Die modernisierte Esoterik läuft natürlich in der Regel nicht in NS-Kostümen auf. Was nicht heißt, daß es diesen Teil mit seinen ‚neuheidnischen', okkulten Veranstaltungen nicht mehr gibt. Die moderne Variante beherrscht das gesamte Spektrum. Geboten wird reichlich und so ziemlich für jeden Bedarf. Hier gibt es neben Biozentrismus und seinen Unterabteilungen Bioregionalismus, Tiefenökologie, ErdbefreierInnen und VeganerInnen, desweiteren ein ‚Märchenzentrum', ‚ganzheitliche Ernährung' oder die ‚Freiwirtschaftslehre', um den verschiedenen Bedürfnissen nach autoritären Weltbildern gerecht zu werden. Auch das Gebiet der Aktivitäten ist schön breit gestaffelt, je nach Aktionsbedürfnis der Klientel. Von der larmoyanten Nabelschau bis zum ‚subversiven Kampf' wird alles geboten. Warum die einzelnen Richtungen autoritär, zum Teil auch faschistisch sind, beschreibt Jutta Ditfurth ausführlich mit zahlreichen Texten, Zitaten und Biographien. Daß sie in einem Exkurs auch auf die Lichtgestalt der Befindlichkeitsszene, den Dalai Lama, eingeht, muß eigentlich kaum erwähnt werden. Zu dieser Projektionsfigur bürgerlicher Sinndefizite erscheint von ihr zusammen mit Colin Goldner im April ein eigenes Buch, in dem der gewalttätige religiöse Feudalismus, dessen Oberhaupt der ‚Ozean der Weisheit' ist, in den Mittelpunkt gestellt wird. Das wird den Großteil der Dalai Lama-Fans allerdings kaum interessieren, werden da doch so unästhetische Dinge angesprochen wie Versklavung, psychische Zerstörung oder Unterstützung rechtsextremer Sekten, z.B. der von Shoko Asahara, die mit ihren U-Bahnanschlägen in Tokio selbst Ignoranten geläufig sein müßte.
Noch einen? Lesen in:

J. Ditfurth, Entspannt in die Barbarei, Esoterik, (Öko-) Faschismus und Biozentrismus, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1996, 224 S., 28,– DM

Tobias Faßmeyer (ZAG)

1 Benoist, A. de, Kulturrevolution von rechts, Krefeld 1985, S. 46f.
2 die SdV/NRAO (Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation)
3 aus Dietzsch, M., in Jäger, S. (Hg.), Rechtsdruck, Berlin/ Bonn 1988, S.34
4 vgl Geden, O., Rechte Ökologie, Berlin 1996, S. 33ff.

Freiheit für Mumia Abu Jamal!

Dieser Sampler ist für Mumia Abu Jamals Prozeßkosten bestimmt. Weit über die Hälfte des Verkaufspreises gehen auf das Prozeß-Soli-Konto.* **Ihr kriegt ihn umsonst, wenn Ihr die ZAG abonniert** (4 Ausgaben für 24 DM)! Weitere Infos und Bestellkarte auf der vorletzten Seite.



* Falls Ihr spenden möchtet, bitte auf folgendes Konto:
M. Abu-Jamal/Archiv 92
BfG Bank Bremen · BLZ 29010111 · Konto-Nr. 1008738701

Sexismus und

Interview von Christoph Burgmer mit BIRGIT ROMMELSPACHER

Folgendes Gespräch führte Christoph Burgmer mit Birgit Rommelspacher. Es ist Teil einer Sammlung von Gesprächen zwischen Christoph Burgmer und verschiedenen WissenschaftlerInnen und Schriftstellern. Der Band „Rassismus in der Diskussion" ist soeben im Verlag Elefanten Press Berlin erschienen.

Christoph Burgmer: Der Zusammenhang zwischen Sexismus und Rassismus wird in der Öffentlichkeit selten gesehen. Wie hängen beide Ideologien zusammen, und worin unterscheiden sie sich voneinander?

Birgit Rommelspacher: Beides sind Ideologien, die darauf abzielen, eine bestimmte Gruppe von Menschen zu diskriminieren, indem die Gruppe als eine homogene Einheit konstruiert und mit Hilfe zum Beispiel eines biologischen Merkmals stigmatisiert wird – das eine Mal aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, das andere Mal aufgrund der Hautfarbe oder ethnischen Herkunft. Den Gruppen werden bestimmte Eigenschaften als „natürlich" zugeschrieben und damit Machtverhältnisse legitimiert. Frauen gelten als emotional und weniger rational und bedürfen deshalb angeblich der „Führung" des Mannes; wohingegen zum Beispiel im kolonialen Rassismus die Bevölkerungen der kolonisierten Gebiete für weniger zivilisiert, naiv und unberechenbar gehalten wurden und deshalb angeblich der Missionierung und Erziehung durch die Kolonisatoren bedurften.

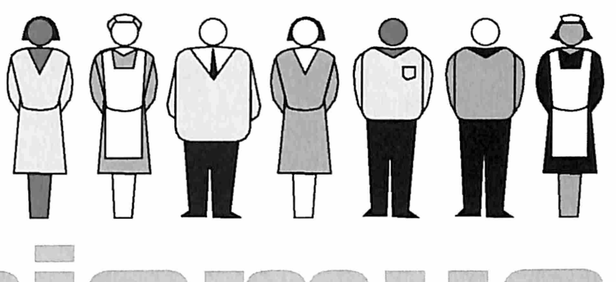
Interessanterweise entwickelten die Europäer die Lehre von der Hierarchie der „Rassen" in einer Zeit, in der sie zugleich den Gedanken der Gleichheit aller Menschen proklamierten. Gerade

Den Gruppen werden bestimmte Eigenschaften als „natürlich" zugeschrieben und damit Machtverhältnisse legitimiert.

dieser Widerspruch zwischen dem Anspruch universeller Menschenrechte und der Reproduktion politischer, ökonomischer und kultureller Ungleichheit ist der Kern rassistischer Ideologie. Die Ungleichbehandlung muß irgendwie begründet werden, und diese Legitimationslücke wurde und wird durch die rassistische Theorie geschlossen.

(...)

Was nun die Gemeinsamkeiten zwischen Sexismus und Rassismus anbetrifft, so liegen diese in der kollektiven Zuschreibung von Eigenschaften, die Diskriminierungen rechtfertigen. Aber damit hört die Gemeinsamkeit auch auf. Es gibt wichtige Unterschiede. Der wichtigste ist der, daß die rassistisch konstruierten Gruppen für sich sind, während im Geschlechterverhältnis Männer und Frauen individuell voneinander abhängig sind und die Gesellschaft sich gerade durch das Beziehungsverhältnis von Männer und Frauen zueinander konstituiert. Die Frauen sind also in die Gesellschaft eingebunden und nehmen, je nach Hierarchieebene, auch am Privilegiensystem teil. Frauen können so Diskriminierte und Privilegierte zugleich sein.



Rassismus

Von „den" diskriminierten Frauen zu sprechen ist also zu einfach?
Frau ist nicht nur Frau, sondern auch weiß oder schwarz, christlich, jüdisch oder muslimisch, lesbisch oder heterosexuell, arm oder reich, behindert oder nicht behindert und so weiter. Als Frauen sind sie immer diskriminiert. Sie können aber zugleich auch Angehörige privilegierter Gruppen sein. Der Nationalsozialismus ist für diesen Widerspruch ein besonders krasses Beispiel. Dort herrschte unbestritten ein vom Männlichkeitswahn durchzogenes extrem patriarchales System; gleichwohl war die Position der sogenannten „arischen" Frau nicht zu vergleichen mit der Position der „nicht arischen" Frau. Die Zugehörigkeit zur deutschen „Herrenrasse" versprach auch für Frauen Privilegien, und diese Zuordnung war bekanntlich oft auch eine Frage von Leben und Tod. Die „arischen" Frauen hatten so also auch Teil an der rassistischen Aufwertung auf Kosten anderer und vielfach auch konkrete Vorteile davon. Dementsprechend haben sie auch das System und dessen Werte verteidigt. Es gab keinen besonderen Widerstand der Frauen gegen den Antisemitismus oder Rassismus. Auch nicht in der Kolonialzeit[1].
(...)

Sie haben als einen Wendepunkt in der Rassismuskonstruktion die beginnende Moderne ausgemacht. Gilt das auch für die Frauendiskriminierung?
Mit der aufkommenden Moderne wurden die Frauen in Europa einem gigantischen Disziplinierungsprozeß ausgesetzt, und zwar mit Hilfe der Hexenverfolgung und Hexenverbrennung. Im Mittelalter ist der Status der Frauen teilweise besser gewesen, und die Frauen waren unabhängiger. Nun wurden die Frauen als „Sündige", als „Verderbende" und vor allen Dingen als „Wissende" stigmatisiert und umgebracht. An dessen Stelle trat dann das Bild der bürgerlichen Frau, die zu Hause ihre Aufgaben als Frau und Mutter zu erfüllen hat. Die Frau wurde qua Natur auf diese Rolle festgelegt, es wurden von ihr vor allem Sittsamkeit, Tugendhaftigkeit und Fürsorge erwartet, während dem Mann Verstand und Machtwille zugeschrieben wurde. Sie wurde in die Wohnstube ein- und aus der öffentlichen Sphäre ausgeschlossen.

Aber war nicht die Rolle der Frau auch innerhalb des mittelalterlichen Ständesystems sehr stark fixiert?
Entgegen dem weitverbreiteten Fortschrittsdenken war das Leben der Frauen im Mittelalter weniger reglementiert. Es gab zahlreiche selbständige Frauen und auch Frauenkooperativen, die sogenannten „Beginen´. Außerdem war die Ehe nicht entfernt so verbreitet wie heute. Viele Frauen waren in den Klöstern und im Zunftwesen eigenständig tätig. Sie haben eigenständig Handwerksbetriebe geleitet oder sie übernommen, wenn der Mann im Krieg oder gestorben war. Im landwirtschaftlichen Bereich hatte die Bäuerin ohnehin neben der normalen Feldarbeit ihren Bereich und hat dadurch zur Subsistenz der Familie wesentlich beigetragen. Von daher ist die Hausfrauenehe und das traditionelle bürgerliche Familienmodell dasjenige, das die Frauen vergleichsweise stark einengt und reglementiert.

Die Hexenverfolgung ist aber neben der ökonomischen Ausgrenzung von Frauen auch gleichzeitig ein Disziplinierungsprozeß. Ist die Hexen-verbrennung ein gesellschaftliches Projekt, das geschlechtlich disziplinierend motiviert war?
Ganz genau. Die „ungebändigten" Frauen, vielfach nicht verheiratet und eigenständig, die vor allem ihr eigenes Wissen um Krankheiten, Geburt und Geburtenregelung hatten, wurden als Hexen denunziert, weil sie als Konkurrenz zum Mann und der damals entstehenden Wissenschaft, insbesondere der Medizin, verstanden wurden. Sie sollten mundtot gemacht und auf die Rolle der bescheidenen Hausfrau und Mutter reduziert werden.

Was sind die Ursachen des Entstehens der, wenn auch vielleicht nicht immer bewußten, Männerkoalitionen?
Das ist insofern eine grundsätzliche Frage, weil das Patriarchat eine universelle Erscheinungsform ist, die man so gut wie überall findet. Das hat nicht nur mit dem Westen und der Moderne zu tun. Auch in anderen Zeiten und anderen Kulturen herrschte das Patriarchat[2]. Insofern ist eine allgemeine Erklärung schwierig. Hier sollten wir uns eher auf die Frage konzentrieren, warum sich der Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit in Europa auf diese brutale Weise vollzog. Die westliche Moderne verlangte eine enorme Disziplinierung der gesamten Bevölkerung aufgrund der Industrialisierung. Der Prozeß der Zivilisation beinhaltet nach Norbert Elias[3] eine fortschreitende Verinnerlichung der Außenzwänge. Das ist ein ganz entscheidender Faktor, der zum Typus des modernen Menschen notwendig dazugehört, da er sonst den Erfordernissen der modernen Industrie und Technologie nicht gerecht werden kann.
Den Frauen wurde bei diesem Disziplinierungsprozeß von den Männern eine Schlüsselrolle zugeschrieben: Sie sollten diese Werte den Kindern in der Erziehung vermitteln und selbst als Vorbild internalisierter Dominanz wirken. Vor allem mit dem Konzept der „Mutterliebe“[4], das in der Form vorher nicht existierte, wurden sie an Haus und Heim gefesselt. Das hat dem Frauenbild in der Realität des Mittelalters überhaupt nicht entsprochen. Dort waren Frauen sehr viel, man könnte sagen: „ausschweifender“ in jeder Richtung, sei es in sexueller Hinsicht, in bezug auf Gewalttätigkeit oder in den sozialen Beziehungen, und entsprachen in keinster Weise dem späteren bürgerlichen Idealbild einer puritanischen, keuschen und bescheidenen Hausfrau und Mutter. Die Männer unterwarfen vor allem Frauen diesen Disziplinierungen, weil sie für sich selbst so ein Stück Freiraum bewahren konnten. Das galt für die Sexualität, die Gewalttätigkeit und auch für Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewußtsein in sozialen Bindungen. Damit etablierte sich eine geschlechtsspezifische moralische Arbeitsteilung, die dem Mann Autonomie, Aggressivität und Sexualität zuschreibt, der Frau aber Fürsorge, Beständigkeit und Tugendhaftigkeit. Als Entschädigung für reale Macht erhält die Frau die Macht der Moral. Gleichzeitig war diese Konstruktion immer bedroht durch die „naturhafte Triebhaftigkeit“ und „Unberechenbarkeit“ der Frau, so daß der Mann sie ständig unter Kontrolle halten mußte.

Das würde ich als Rassismus bezeichnen!
Hier geht es um Sexismus. Aber es gibt da viele Parallelen, wie die unterstellte Naturnähe der Frau, die ihre Disziplinierung notwendig macht. Sie muß unterdrückt und kontrolliert werden, weil sie als „triebhaft“ stigmatisiert wurde, und sie muß vom Mann angeleitet werden, weil sie qua „Natur“ die höheren Stufen der Intelligenz nicht erklimmen könne. Das sind Parallelen zwischen der rassistischen Konstruktion im kolonialen Rassismus und dem Sexismus. Zudem ist die Kolonisierung von Seiten des weißen Mannes oft in Geschlechterbildern gefaßt worden. Da gibt es den „jungfräulichen“, den „unbekannten“, den „schwarzen“ Kontinent, den der weiße Mann erobern muß. Diese männlich-weiblich Kodierungen gab und gibt es nach wie vor. Insofern überträgt sich der Geschlechterdiskurs auf den Rassismusdiskurs.

Verstärkt durch Literatur und Kunst werden im 19. Jahrhundert aber auch Frauenbilder erzeugt, denen dann erst eine Realität zugeordnet werden soll.
Innerhalb der europäischen bürgerlichen Kultur existierten mehrere Frauenbilder. Einmal die brave züchtige Hausfrau, die zu Hause waltet und den Kindern ihre Moralvorstellungen weitergibt, sich ein- und unterordnet. Daneben gibt es aber auch das Bild der verführerischen Frau, der Femme fatale; also Gegenbilder zu Maria und Eva – die „Heilige“ und die „Hure´. Diese polarisierenden Weiblichkeitsbilder sind der Spiegel der bürgerlichen Doppelmoral und Ausdruck christlicher Tradition.
Im 19. Jahrhundert tauchten im Zuge der Kolonialisierung aber auch noch andere Frauenbilder auf. Und hier ist der Orientalismusdiskurs[5] besonders interessant, da die westliche männliche Phantasie bei der Kolonisierung des Orients in ihrem Eroberungswillen durch die Haremsmauern enorm frustriert worden war. Zahlreiche Werke der Dichtkunst und Malerei kreisten um den Harem. Dabei wurde vor allem das Bild einer lasziven, luxuriösen, trägen und verführerischen Frau entworfen, die mehr oder weniger ständig auf das Kommen des Mannes wartet. In diesen Darstellungen steht die Zeit still. Die Frauen sind eigentlich keine Individuen, keine Subjekte. Sie haben keine Interessen und sind einfach nur da. Das sind alles Männerphantasien, die ihm vor allem als Eroberer schmeicheln: Er fühlt sich aufgerufen, die Mauern zu sprengen und die Frauen zu befreien und wird zum Dank mit unendlicher Lust belohnt. Auch englische und französische Frauen des 19. Jahrhunderts haben in Literatur und bildender Kunst diese Themen aufgegriffen und sind vielfach den Männerphantasien gefolgt.

Nun gibt es in der linken Theorie weitere Emanzipationsbestrebungen. Der Rassismus wird darin, genau wie die Frauenemanzipation, als Nebenwiderspruch wahrgenommen.
Die These vom Haupt- und Nebenwiderspruch hat in der Realität meist dazu geführt, daß Frauen in der linken Bewegung zur Unterstützung funktionalisiert worden sind. Das Machtverhältnis zwischen Männern und Frauen ist nur in dem Sinn thematisiert worden, daß Frauen sich dem männlichen Modell von Erwerbsarbeit anzupassen hatten. Die Dominanz des Mannes in Politik, Kultur und Wissenschaft ist nie ernsthaft in Frage gestellt worden, genausowenig wie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie. Frauen sollten zwar „ihren Mann“ im Erwerbsleben ste-

Aber zugleich ist der westlich-weiße Feminismus auch eine westliche Theorie und in diesem Sinne funktional für die Dominanz des Westens.

hen, Männer aber nicht auch die „Mutterrolle" übernehmen. Und diese Rechnung kann nicht aufgehen.
Zu Beginn der neuen Frauenbewegung in den siebziger Jahren hat es noch viele Diskussionen mit sozialistischen Feministinnen gegeben und viele Versuche, die unterschiedlichen theoretischen Strömungen zusammenzubringen. Aber das hat nach meiner Einschätzung nicht allzuviel Erfolg gehabt. Besonders die Theorie vom Haupt- und Nebenwiderspruch war desaströs, da sie Frauen zwar eingebunden, aber nicht wirklich ernst genommen hat. Allerdings hat der Feminismus in gewisser Weise denselben Fehler gemacht. Die neue Frauenbewegung ist ja auch teilweise aus der linken Bewegung hervorgegangen und hat selbst die Theorie vom Hauptwiderspruch übernommen. Sie behauptete, daß das Patriarchat die Hauptunterdrückungsform sei, und war davon ausgegangen, wenn das Patriarchat aufgehoben würde, würden sich auch die anderen Dominanzverhältnisse gewissermaßen von selbst auflösen. Das ist natürlich Wunschdenken.

Wann trat denn die rassismustheoretische Diskussion in die feministische Diskussion ein?
Das ist je nach Land unterschiedlich. In den USA gab es unter den Gegnern der Sklaverei schon sehr früh Koalitionen zwischen der ersten Frauenbewegung und dem Befreiungskampf der Schwarzen. Diese Geschichte gibt es in Deutschland nicht. Der Nationalsozialismus hat Deutschland in jeder Hinsicht zurückgeworfen und auch erste Ansätze dieser Diskussion erstickt. Nach 1945 hätte es nun zumindest nahegelegen, die Rolle der deutschen Frauenbewegung im Nationalsozialismus und ihren Umgang mit Antisemitismus zu thematisieren. Aber das war im politischen Klima der BRD nicht möglich. Wie bei allen anderen politischen Strömungen begann eine Aufarbeitung erst sehr viel später. Das gilt auch für den Feminismus, der erst in den achtziger Jahren begonnen hat, sich kritisch mit der Rolle der Frauen im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Zu der Zeit wurde auch zunehmend die Antirassismus-Diskussion aus USA, Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden in der deutschen Frauenbewegung rezipiert, so daß es inzwischen eine relativ lebhafte Debatte zu diesem Thema gibt.

Im Entkolonisierungskampf haben Frauen eine sehr aktive Rolle eingenommen. Nach der Entkolonisierung wurden sie in klassische Rollen hineingezwängt. Inwieweit hat das Auswirkungen auf die Wahrnehmungen von Flüchtlingsfrauen in Deutschland?
Ähnlich wie in der linken Politik wurden Frauen auch im Befreiungskampf der Kolonisierten zur Unterstützung gebraucht. Aber sobald man irgend etwas erreicht hatte, wurden sie in die zweite Reihe zurückgeschickt, wenn sie nicht schon im Kampf selbst eine sekundäre Rolle gespielt hatten. Deswegen muß man jede Theorie, sei es Feminismus, Kolonialismus oder die ökonomische Debatte, für sich diskutieren und die Interaktion der Unterdrückungsformen analysieren. Der Feminismus ist von seiten der Kolonisierten oft auch als eine Form westlicher Dominanz verstanden worden, was einerseits stimmt, andererseits aber nicht. Natürlich kommt es den Männern der „Dritten Welt" entgegen, den Feminismus als westliche Machenschaft zu denunzieren, um ihre Frauen leichter disziplinieren und unterdrükken zu können. Aber zugleich ist der westlich-weiße Feminismus auch eine westliche Theorie und in diesem Sinne funktional für die Dominanz des Westens.
(...)

Was nun die Wahrnehmung von Flüchtlingsfrauen in Deutschland anbetrifft, so liegt hier sicherlich noch vieles im Argen. Vor allem fehlt die öffentliche Präsenz der Flüchtlingsfrauen, also der Raum und die Möglichkeit, daß sie ihre Anliegen selbst darstellen. Da gibt es zur Zeit eine Diskussion darüber, inwieweit Migration oder Flucht nicht selbst zur Emanzipation von Frauen beiträgt beziehungsweise nicht unter anderem auch von dem Wunsch nach Eigenständigkeit motiviert war. Allerdings stößt diese Diskussion auf wenig Interesse auf deutscher Seite.

Wie sieht nun der Zusammenhang zwischen Sexismus und Rassismus aus?
Dazu möchte ich ein Beispiel aus der globalen Zuordnung von Geschlechtscharakteren anführen: Im Zuge der Globalisierung wurden ganze Regionen der Welt für die Reproduktion der „Ersten Welt" ausgewiesen. Das bekannteste Beispiel hierfür ist Südostasien. Dort wurden während des Vietnamkrieges sogenannte „recreation areas" als Erholungsbereiche für die US-Soldaten eingerichtet. Der nachfolgende Massentourismus trat dieses Erbe an mit einer flächendeckenden Prostituierung der Frauen dort und zunehmend auch der Kinder. Dieser Sextourismus hat nun dazu geführt, daß weltweit entsprechende Bilder von den dortigen Frauen verbreitet werden. In einem gigantischen Entwertungsprozeß wurden die asiatischen Frauen mit dem Stigma der Hure belegt. Aber auch anderen Bewertungen, wie dem der „Jungfräulichkeit", werden bestimmten Regionen zugeordnet. Denken wir etwa an die Bahamas, die vor allem die Rolle der heilen, aber exotischen Welt spielen sollen, wo man von einer sicheren Position heraus noch einmal Kolonisator spielen kann. Für die einheimische Bevölkerung, insbesondere aber natürlich für die Frauen, enthält dies die Verpflichtung, in jeder Hinsicht absolut dienstbar zu sein, sich anzupassen und den Gästen jeden Wunsch zu erfüllen. Frauenbewegung, Lesben,

Schwule, Aids, all dies sind Themen, die unter den Teppich gekehrt werden. Und mit Hilfe von „smiling campains" wird die Bevölkerung auf ihre Rolle als Dienende eingestimmt. Das kann man als eine Form psycho-sexueller Rekolonisierung verstehen.

Ein Eklat war eine Veröffentlichung in der Frauenzeitschrift Emma vor einigen Jahren, als man dort muslimische Frauen im klassischen Sinne eines 19. Jahrhundert-Rassismus darstellte. Wie kommt es zu solchen Verwerfungen innerhalb der Frauenbewegung?

Der westliche Feminismus ist keineswegs vor Rassismus gefeit. Als Mitglieder der westlichen Kultur sind auch westliche Frauen rassistisch. Eine besondere Dimension bekommt der Rassismus jedoch durch seine Verknüpfung mit dem Feminismus. So ist ein Kernstück rassistischer Argumentation heute beispielsweise im Zusammenhang mit der Kopftuchdebatte, daß die Frauen im Islam unterdrückt seien. Da „weiß" nun plötzlich jeder, auch der oder die noch nie was von Feminismus gehört hat, daß die türkische Frau unterdrückt sei und die deutsche Frau emanzipiert. Damit wird der westlich-feministische Emanzipationsbegriff für die Diskriminierung von Frauen funktionalisiert und die Hierarchie zwischen dem „offenen", „toleranten" Westen und dem „rückschrittlichen", „despotischen" Islam im Sinne des Kulturrassismus festgezurrt. So wird der Emanzipationsbegriff zu einem zweischneidigen Schwert. Auf der einen Seite geht es ihm um die Gleichstellung aller Frauen. Auf der anderen Seite wird er zur Diskriminierung von Frauen ethnischer Minderheiten benutzt. Für Feministinnen ist dies besonders verführerisch, da im Bild der unterdrückten muslimischen Frau, wie es eben in Emma gezeigt worden ist, die eigene Emanzipation um so heller erstrahlt. Das ist zwar zunächst einmal enttäuschend, genauso wie es enttäuschend ist, wenn man in der linken Diskussion sieht, wo überall der Rassismus und Sexismus zu finden ist. Da ist jede Gruppe borniert genug, sich auf Kosten anderer zu emanzipieren.

Interessant ist, daß es diesen Widerspruch früher schon in der Kolonialgeschichte gab. Es gab seit den zwanziger Jahren internationale Frauenkonferenzen, an denen auch Frauendelegationen aus den kolonisierten Ländern, so aus Ägypten, teilnahmen.[6] Sie forderten, daß der Kolonialismus auf die Agenda kommt. Der Anlaß war für die ägyptischen Frauen ein ganz konkreter: Für sie bot sich die Möglichkeit, berufstätig zu werden, fast nur über den Beruf der Lehrerin an, wie in Europa auch. Aber auf diesen Stellen saßen in Ägypten überall die Engländerinnen. Die ägyptischen Frauen wollten sie nun bitten, aus schwesterlicher Solidarität ihnen die Stellen zu überlassen. Aber das Thema ist gleich von der Tagesordnung gestrichen worden, und 1939 wurde eine Resolution verabschiedet, in der das freie Recht der Frauen auf Berufstätigkeit sowohl in den Heimatländern auch als in den Kolonien beschlossen wurde.

Kann man da von einem speziellen feministischen Rassismus sprechen?

Nein, ich würde das eher so formulieren, daß in der Verallgemeinerung der eigenen Emanzipationsvorstellungen die Differenzen zwischen Frauen mehr oder weniger bewußt geleugnet werden und ein solcher Feminismus dann sehr leicht rassistisch benutzt werden kann. Zu unterscheiden ist diese Form des Feminismus jedoch von einem tatsächlich rechten oder rassistischen Feminismus, der bewußt die Machtverhältnisse und die Differenz zwischen den Kulturen zur eigenen Emanzipation nutzt.

Ein krasses Beispiel hierfür gab es in der Zeit des Nationalsozialismus. Damals gab es auch Frauen, die innerhalb des Systems die Gleichberechtigung mit den Männern anstrebten. Sie nannten sich „oppositionelle Faschistinnen" und hatten auch eine eigene Zeitschrift, Die deutsche Kämpferin. Darin forderten sie die Gleichstellung mit den „arischen" beziehungsweise „germanischen" Männern, weil auch sie „arischer" Abstammung seien. Bei den Germanen, so ihre Argumentation, seien Männer und Frauen ursprünglich auch gleichberechtigt gewesen. Erst der orientalische Einfluß und die Juden hätten das Patriarchat eingeführt, und erst dadurch seien die Frauen ins zweite Glied zurückgestoßen worden. Hier wird also der Emanzipationsdiskurs explizit mit einem rassistischen verknüpft, so daß man ihn als einen rechten oder rassistischen Feminismus bezeichnen muß. (...)

... sich selbst immer wieder über die eigene kulturelle Verankerung und deren Dominanzansprüche bewußt zu werden und zu erkennen, wie sehr diese Kultur sich auch im Verständnis von Emanzipation niederschlägt.

Welche Konsequenzen muß man aus der Verschränkung zwischen Rassismus und Sexismus ziehen? Wie könnte ein Feminismus aussehen, der sich als antirassistisch begreift?

Ein solcher Feminismus müßte in erster Linie ständig hinterfragen, inwiefern im Zuge der Emanzipation von Frauen nicht neue Dominanzverhältnisse geschaffen werden. Das gilt für rassistische Hierarchien genauso wie für ökonomische, aber andere Diskriminierungsformen wie Behinderung, Alter und so weiter. Der Emanzipationsbegriff steht also immer in der Spannung, einerseits bestimmten Frauen zu mehr Rechten zu verhelfen, dabei aber gleichzeitig andere zurückzulassen. Dieser Widerspruch ist auch nicht aufzulösen, denn im weiten Spektrum

des Feminismus werden sowohl die Partialinteressen bestimmter Frauen wie auch die Allgemeininteressen aller Frauen formuliert.

Nun besteht die Gefahr, daß sich dieses Spannungsverhältnis in eine Richtung auflöst, zum Beispiel im Sinne eines sogenannten „Power Feminismus", bei dem es um nichts anders geht als darum, daß Frau möglichst schnell an Macht, Geld und Status kommt. Oder auf der anderen Seite im Sinne eines „Opfer-Feminimus", der sich nur noch auf die Frauen bezieht, denen es noch schlechter geht. Im Fall des „Power-Feminimus" unterläuft man zunehmend die eigene Argumentationsbasis, die auf den Prinzipien von Gleichheit und Gerechtigkeit basiert, und braucht damit die politischen und moralischen Ressourcen auf. Im Fall des „Opfer-Feminismus" blockiert man sich selbst und gibt somit das eigene Ziel auf. Es geht also darum, das Spannungsverhältnis aufrecht zu erhalten und sich weder von den Grundprinzipien zu verabschieden, noch sich selbst zu blokkieren.

Ein Feminismus, der sich antirassistisch versteht, muß also versuchen, diese Balance zu halten und gleichzeitig immer wieder die Perspektiven wechseln, ohne den eigenen Standort zu verlieren. Konkret würde das etwa aus Sicht der weißen deutschen Frauen bedeuten, Frauen ethnischer Minderheiten Raum zu geben, sich zu artikulieren und ihnen zuzuhören. Es würde bedeuten, wie im Falle der ethnischen Quotierung, bewußt den Hierarchisierungen in dieser Gesellschaft gegenzusteuern. Und es würde bedeuten, sich selbst immer wieder über die eigene kulturelle Verankerung und deren Dominanzansprüche bewußt zu werden und zu erkennen, wie sehr diese Kultur sich auch im Verständnis von Emanzipation niederschlägt.

Die feministische Forschung und Praxis hat gezeigt, wie Diskriminierung sich in allen Lebensformen durchsetzt, nicht nur in Politik, Wissenschaft und Kunst, sondern auch im Alltagsverhalten, wie jemand spricht, was er/sie sagt, in seiner/ihrer Körpersprache und den sozialen Umgangsformen. Feministinnen haben dafür gekämpft, daß Schulbücher umgeschrieben wurden, daß in den Medien der Sexismus bekämpft wird, sie haben sich in alle Debatten eingemischt, weil der Sexismus eben ein alles durchdringendes Phänomen ist. Das gilt ebenso für den Rassismus. Auch er ist nicht nur in der Gesetzgebung, im Wirtschaftsleben und in den Medien präsent, sondern hat sich auch in unsere Gedanken, Gefühle und alltäglichen Verhaltensweisen eingeschrieben. Insofern müssen antirassistische Strategien vielfältig sein und auf jeder Ebene ansetzen.

aus C. Burgmer, Rassismus in der Diskussion, Elefanten Press Verlag, Berlin 1999, 176 S., 26,90 DM

1 Siehe dazu: Mamozai, Martha, Schwarze Frau, weiße Herrin. Frauenleben in den deutschen Kolonien. Hamburg 1988.
2 Siehe dazu: Wichterich, Christa, Frauen der Welt. Vom Fortschritt der Ungleichheit. Göttingen 1995.
3 Elias, Norbert, Über den Prozeß der Zivilisation (Bd. II). Frankfurt a.M. 1982.
4 Siehe dazu: Badinter, Elisabeth, Die Mutterliebe. München 1980.
5 Siehe dazu: Lewis, Reina, Gendering Orientalism. Race, Feminity and Representation. London, New York 1996.
6 Siehe dazu: Badran, Margot, Feminists, Islam and Nation. Gender and the Making of Modern Egypt. Princeton 1995.

Weiterführende Literatur:

Ahmed, Leila, Women and Gender in Islam. New Haven, London 1992.
Fuchs, Brigitte/Habinger, Gabriele (Hrsg.), Rassismen und Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen. Wien 1996.
Friedrich A. et al. (Hrsg.), Projektionen. Rassismus und Sexismus in der visuellen Kultur. Marburg 1997.
Göle, Nilüfer, Republik und Schleier. Die muslimische Frau in der modernen Türkei. Berlin 1993.
Gravenhorst, Lerke/Tatschmurat, Carmen (Hrsg.), Töchterfragen. NS-Frauen Geschichten. Freiburg 1990.
Interfobi (Hrsg.), Rassismus und Nationalismus in West- und Osteuropa. München 1997.
Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora, Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Leer 1990.
Keupp, Heiner/Höfer, Renate (Hrsg.), Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung. Frankfurt a.M. 1997.
Kohn-Ley, Charlotte/Korotin, Ilse (Hrsg.), Der feministische „Sündenfall´? Antisemitische Vorurteile in der Frauenbewegung. Wien 1994.
Koonz, Claudia, Mütter im Vaterland. Frauen im 3. Reich. Freiburg 1991.
Lerner, Gerda, Die Entstehung des Patriarchats. Frankfurt a.M., New York 1991.
Mecheril, Paul/Thomas, Teo, Psychologie und Rassismus. Hamburg 1997.
Rommelspacher, Birgit, Schuldlos-Schuldig? Wie sich junge Frauen mit Antisemitismus auseinandersetzen. Hamburg 1995.
Rommelspacher, Birgit, Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin 1995.
Terkessidis, Mark, Psychologie des Rassismus. Opladen, Wies-baden 1998.
Uremovic, Olga/Oerter, Gundula (Hrsg.), Frauen zwischen Grenzen. Rassismus und Nationalismus in der feministischen Diskussion. Frankfurt a.M., New York 1994.

Zur Dilettierung der Bürgerrechte in der „law enforcent community"

Sporadisch: Rechtsstaat


Foto: Albert Zecheru

„Rechtsstaatlich in herkömmlichen Sinne läßt sich die OK-Bekämpfung nicht mehr nennen" (307), faßt der Politologe Norbert Pütter das Verhältnis zwischen Rechtsstaat und der Bekämpfung von „Organisierter Kriminalität" zusammen. Ein um so prekäreres Verhältnis, je mehr die Polizei ihre exklusive Definitionsmacht darüber, was und wo „OK" sei, unkontrolliert ausdehnen kann. Nach MigrantInnen und sogenannten sozialen Randmilieus sind auch zentrale gesellschaftliche Einrichtungen, wie etwa der Finanzkreislauf und öffentliche Verwaltungen, Gegenstand von OK-Polizeien: „Nachdem die prognostizierten gesellschaftsbedrohenden Gefahren an den Rändern nicht ausgemacht werden konnten, werden sie nun hinter der Fassade legaler Handlungen vermutet" (155). Diese Tendenzen und das Instrumentarium der westdeutschen OK-Polizeien sind Gegenstand von „Der OK-Komplex". Vorgelegt sind mit dem 450 Seiten starken Band, die Früchte eines von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Forschungsprojektes, unter dem Titel „Strukturwandel polizeilicher Verbrechensbekämpfung" aus den Jahren 1994 und '95. In fünf Kapiteln und einem ausführlichen Anhang wird bei der maßgeblich auf Interviews (insgesamt 71) basierenden Analyse untersucht, inwieweit Forderungen aus dem Polizeiapparat zur Bekämpfung von „OK" ihren Niederschlag gefunden haben, mit welchen Machern, Mitteln und Methoden und mit welchen bürgerrechtlichen Folgen die Konstruktion und Bekämpfung von „Organisierter Kriminalität" vor sich geht.

Bereits in der Einleitung (und immer wieder) wird auf die Unbestimmtheit des Begriffes hingewiesen und darauf, daß das vermeintliche Wissen über „OK" aus einer einzigen Quelle stammt: von der Polizei. So mit Definitionsmacht ausgestattet, haben sich spezielle OK-Polizeien entwickelt, die neue Erkenntnisinstrumente und Methoden, neue Strategien der Wissensproduktion, neue rechtliche Grundlagen und Befugnisse einfordern, erhalten – und eine überraschende Argumentationsfigur bedienen: „Organisierte Kriminalität, das wird um so freimütiger eingeräumt, je überzeugter man von ihrer Existenz ist, ist nicht sichtbar" (9), so Pütter. Entsprechend werde die OK-Polizei im Gegensatz zur herkömmlichen Polizeiarbeit aktiv, „sie soll nicht abwarten, bis Taten gesche-

hen, sondern eigenständig nach Verdachtsmomenten für zukünftig zu erwartende Taten suchen" (18), oder knapp in der Formel: „Der kriminalistische Bekämpfungsansatz muß proaktiv, deliktsübergreifend, personen- bzw. organisationsbezogen sein" (Sielaff).

So widmet sich das zweite Kapitel den organisatorischen Veränderungen im Polizeiapparat in Hinblick auf Verdachtsschöpfung und Ermittlung, die sich in so schönen Worten wie network-detection, intelligence-Arbeit und operativer Polizeiarbeit wiederfinden. Die Kernelemente reichen von eigenen OK-Dateien und „dem Zugriff auf nahezu den gesamten polizeilichen Datenbestand" (44), von diversen Formen der Auswertung wie der initialen Verdachtsschöpfung und aktiven Verdachtsverdichtung bis – als Schwerpunkt – zum Einsatz verdeckter Ermittler (VE) und der Nutzung von Vertrauenspersonen (VP). Elaborierter Ausdruck von „OK"-Detektion sind sogenannte „Projekte", in denen „Verdachtsschöpfung aufgrund von Hypothesen" (52) betrieben wird. Die OK-Polizei bestimmt nicht nur das Untersuchungsfeld, sondern auch, „wann welche Informationen über wen und was erhoben und wie sie verarbeitet werden" (57). Je nach politisch-polizeilicher Opportunität können so gewünschte Fakten (nach)gereicht werden. Auffällig (nicht nur) in diesem Zusammenhang – und für diejenigen, die der Debatte zur „OK" in den vergangenen Jahren folgten, wenig überraschend – die Fokussierung auf ethnische Minderheiten, vorzugsweise entlang der Hautfarben. So reicht etwa in Berlin der Besitz einer Pizzeria, um in der sog. „Lokaldatei" der OK-Polizei für einen Datensatz gut zu sein. Frankfurt/M. hat in diesem Zusammenhang Dateien zu Prostituierten, Personen aus der GUS, China und der Türkei angelegt.

Dieser Art Ethnisierung von Polizeiarbeit freilich findet sich auch jenseits von „OK": in Berlin etwa in den „Operativen Gruppen". Pütters Mutmaßung, OK-Polizeien stellten die „Spitze einer dauerhaften und langfristigen Strukturveränderung polizeilicher Arbeit" (14) dar, wird also zumindest für diesen Bereich zu relativieren sein. Ähnliches gilt auch für den Bereich des „proaktiven Tätigwerdens": Jüngstes Beispiel ist etwa die mit dem „Berliner Modell" und der Ausgestaltung „Kriminalpräventiver Räte" als Teil des Strieder'schen Quartiermanagements im Raum stehende Forderung, sich „mit der Quartiersmanagerin ein Büro teilen" zu können (zit.n. Berliner Zeitung, 13.1.99: 31). Entsprechend relativiert Pütter für die Sicherheitspolitik seit den 70er Jahren, solche „kontinuierlichen Merkmale werden im Umkreis der OK-Bekämpfung verstärkt – zusätzlich zu den der OK-Bekämpfung spezifischen Veränderungen" (310).

Kapitel 3 zielt auf das Verhältnis von OK-Polizei und Staatsanwaltschaft, die sich zunehmend vom Kontrollinstrument polizeilicher Praxis zum Erfüllungsgehilfen polizeilichen OK-Handelns entwickle. Angesichts der Möglichkeiten der OK-Polizeien bleibe einer aktiven Staatsanwaltschaft „nichts anderes, als eng mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Damit wird die Staatsanwaltschaft in die polizeilichen Strategien inkorporiert" (282). In Hinblick auf die Strafprozeßordnung „wird die Wandlung der StPO von einem Schutz- zu einem Eingriffsrecht deutlich" (281). Ebenso deutlich, wie das bereits aus politischen Strafprozessen bekannte Stereotyp gegen RechtsanwältInnen, die so Pütter „durchgängig als potentielle Mittäter" (265) gesehen werden.

Gegen die detaillierte Beschreibung in den vorangegangenen Abschnitten bleibt Kapitel 4 – „Polizei, Politik, Gesellschaft" (283ff) – mit seinen 13 Seiten seltsam blaß und läßt sich eher noch als Zusammenfassung dessen lesen, was in den vorangegangenen Kapiteln – bis hin zu gewissen Ermüdungserscheinungen – dazu eingestreut wurde. Kapitel 5 verdeutlicht instruktiv direkte und indirekte bürgerrechtliche Folgen der OK-Bekämpfung und zieht eine aus bürgerrechtlicher Perspektive erwartungsgemäß ernüchtende Bilanz zu OK-Konstruktion und -Bekämpfung. Die Restriktionen, denen sich die „Väter der vorliegenden Arbeit" (7)[1] durch den „Sicherheits- und Geheimhaltungsaspekt" (23) bei der Informationsbeschaffung gegenüber sahen, bezeichnen das Terrain, in dem weitere Forschung dringend angezeigt ist, schmälern aber nicht das Verdienst des Buches. Das gilt auch für die „allein aus arbeitsökonomischen Gründen" unterbliebenen ergänzend-kontrollierenden Interviews (etwa mit StrafverteidigerInnen) und „die geplante Aktenanalyse" (25). Denjenigen, die sich vor allem einen detaillierten Einblick in die OK-polizeiliche Praxis verschaffen wollen, sei der sich so vom Besonderen zum Allgemeinen bewegende Band dringend angeraten.

Volker Eick

Norbert Pütter, Der OK-Komplex, Organisierte Kriminalität und ihre Folgen für die Polizei in Deutschland, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1998, 450 Seiten (inklusive 3.230 Fußnoten), DM 48,–

1 Explizit werden aus dem Arbeitszusammenhang Pütters, Redakteur des Informationsdienstes „Bürgerrechte & Polizei/CILIP", Albrecht Funk, Heiner Busch, Otto Diederichs, Wolf-Dieter Narr, Sabine Strunk und Martina Kant genannt; als externe juristische Berater halfen Detlef Krauß und Heinz Wagner.

Rassismus im virtuellen Raum

Das Internet ist böse und schlecht. Es dient der Verbreitung nationalistischer Inhalte, von Kinderpornographie, antisemitischer und rassistischer Texte.
Sicherlich ist es wegen dieser „Begleiterscheinungen" nicht angebracht, das „Neue Medium" zu verteufeln. Ob jedoch eine „transversale Medienkompetenz und kritische Urteilskraft" (vgl. Sandbothe S. 58) das Allheilmittel ist, gilt bei der Medienkompetenz heutiger TV-User als dahingestellt. Um dabei zu bleiben: eine gezielte Ausbildung der heranwachsenden Generation hin zu kompetenten Internet-Usern ist richtig. Aufgrund der Verteufelung von Computern und allem, was damit verbunden wird, durch hiesige Pädagogen, ist es sicherlich auch notwendig, danach zu schreien. Die Aufsatzsammlung des Argument-Verlages führt m.E. jedoch zu einer umgekehrten Verklärung.

Wolfgang Welsch nutzt das Bild, daß Abend für Abend ein Strom von Leuten der Stanford-Universität – dort wird wohl hauptsächlich der Übung nachgegangen, im Internet zu surfen und zu chaten – an den Highway One zum Erleben des Sonnenunterganges fahren, um die Verbindung zwischen Cyperspace und „Realer Welt" aufzuzeigen. Und noch weiter: „ Die virtuellen Gemeinschaften sind in einer Weise gemeinschaftlich, wie sie den sogenannten wirklichen Gemeinschaften seit langem abhanden gekommen ist." (Welsch S. 44) Also alles super im Cyperspace – oder wieso leben wir eigentlich noch in der Realen Welt?
Zu vermissen ist ganz und gar die Auseinandersetzung mit der Fragestellung: Wer hat überhaupt Zugang? Und wer bestimmt die Inhalte, die Verbreitung finden (bspw. auf den Target-Listen ganz oben stehen).
Und dann wunderte ich mich auch ein wenig, daß nach zwei Dritteln des Sammelbandes immer noch nichts über die Verbreitung von rassistischen Inhalten übers Internet steht (ist ja auch nur der Buchtitel?).
Hilfreich ist es, den geneigten Leser, die geneigte Leserin an den Begriff Rassismus heranzuführen und wir lesen dann auch bei Ali Rattansi über die Definition von Ethnizität und Rassismus und verfolgen auch die Auseinandersetzung über die Dezentrierung und Ent-Essenzialisierung der Begriffe Ethnizität, „Rasse" und Rassismus. Auch die folgende Auseinandersetzung von Sylvia Riedmann und Christian Flatz über „das Fremde" „an und für sich', ist „an und für sich" spannend zu lesen. Wenn ich aber nachfolgend den Aufsatz von Robert Miles darüber lese, inwiefern sich der Rassismus-Diskurs auf den Nordirland-Konflikt anwenden läßt (für sich genommen eine sehr interessante Abhandlung), frage ich mich schon: was hat das mit Rassismus im virtuellen Raum zu tun? Zudem ist der Aufsatz von 1994 nicht gerade aktuell.
Aber zum Ende des Bandes wird uns dann doch noch eine Untersuchung von Studierenden des Institutes für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck dargelegt. Im Rahmen eines Projektes wurde dort eine Datenbank erstellt, in der Internetseiten mit rassistischen Inhalten dokumentiert sind. 500 „Web sites" umfaßt zur Zeit diese Datenbank und von Monat zu Monat steigt die Zahl. Viele dieser „Web sites" sind dann auch in dem Sammelband mit dokumentiert. Aufgereiht finden sich hier: White Aryan Resistance, Nation of Islam, Ku Klux Klan, British National Party, das Nordland-Netz (ein Ableger des Thule-Netzes), NSDAP/AO, die Website Berlin und viele andere.
E-Mail-Anfragen zu dieser Datenbank unter projekt.internet@gmx.net

Markus Stilo (ZAG)

Ch. Flatz/ S. Riedmann/ M. Kröll (Hg.), Rassismus im virtuellen Raum, Argument Sonderband Neue Folge 259, Argument Verlag, Hamburg 1998, 257 S., 39,80 DM



Fremdenfeindlichkeit und Fremdenfreundlichkeit bei Frauen

„Um die Haltungen von Frauen gegenüber Menschen zu erkunden, die wie sie selbst Entwertung, Ausschluß und damit Nicht-sichtbar-Sein erfahren, kommt es darauf an, Ausgegrenztes und Verdrängtes hevorzuholen und wahrnehmbar zu machen ..." (S.107)

In dieser Studie untersucht die Autorin, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen den Biographien deutscher Frauen und ihrem Verhalten gegenüber Eingewanderten, Fremden, fremd Gemachten, jüdischen Menschen und Asylsuchenden. Als Ort der Untersuchung entschied sie sich für einen Stadtteil der westdeutschen Großstadt M., dieser trägt Merkmale der „Risikogesellschaft" (Beck, 1986) und ist gekennzeichnet durch typische Modernisierungsprozesse. Die Untersuchung basiert auf einer qualitativen Befragung von sieben Frauen im Alter von 34 bis 50 Jahren, die zu drei Themenkomplexen befragt werden. Die Interpretation der Interviews erfolgte mit einem von Lorenzer (1986) entwickelten psychoanalytisch-tiefenhermeneutischen Verfahren.

Dieser Umstand könnte für manch geneigten Leser zu einem Hindernislauf werden, da dieses Buch sich nicht zur Aufgabe macht, dieses wichtige Thema in Form eines Romans daher kommen zu lassen.

Cornelia Mansfeld, Fremdenfeindlichkeit und Fremdenfreundlichkeit bei Frauen, Eine Studie zur Widersprüchlichkeit weiblicher Biographien, Brandes & Apsel, Frankfurt a.M., 1998, 266 S., 39,80 DM.

ID-Archiv im Internet

Das ID-Archiv veröffentlich nach der Trennung vom Verlag ausschließlich beim IISG (International Institute of Social History) in Amsterdam. Nach der langen Sendepause, die der Auflösung der „Edition ID-Archiv" folgte, wurde nun dort eine eigene Reihe mit dem Titel „Working Papers/ Arbeitspapiere ID-Archiv" begonnen. Bisher gibt es zwei Veröffentlichungen, ein „Verzeichnis der alternativMedien" und ein „Verzeichnis der lieferbaren Broschüren", beides ganz auf der Höhe der Zeit incl. Datenbank und Diskette oder beide Veröffentlichungen zusammen auf CD-Rom. Der Nachteil daran ist, daß sie nur in geringer Auflage erscheinen und eigentlich nur für Multiplikatoren gedacht sind. Aber dann gibt's das Ganze ja noch „gratis" per Download aus dem Internet. Als PDF-Files mit 2,7 Mb dauert das allerdings doch 'n bißchen, selbst per ISDN und guter Leitung. Interessanter ist dann eigentlich die Version als Datenbank, die incl. Programm auch nur ca. 3 Mb umfaßt, allerdings im ausgepackten Zustand die Platte mit über 10 Mb zukleistert. Tja und nun die Adressen:
Die E-mail lautet: iisg@snafu.de, adi@iisg.nl oder eve@iisg.nl.
Die Homepage ist unter: http://www.iisg.nl/~id zu finden.
Zum Download einfach auf die ftp-Seite weiterklicken und schon freut sich die Telekom.



SubversionsReader, Texte zu Politik & Kultur

Diese Sammlung programmatischer Texte aus der militanten Linken ist realistisch ausgewählt und zusammengestellt. Von der RAF (Das Konzept Stadtguerilla) bis zum Critical Art Ensemble (Elektronischer Ziviler Ungehorsam) spannt sich der Rahmen. Die Texte bieten einen guten Überblick über die Entwicklung und das Selbstverständnis verschiedener militanter Widerstandskonzepte und -formen. Daß der militante Widerstand derzeit eher theoretischen Charakter hat, wird anhand der Texte ziemlich deutlich. Beschäftigen sich die neueren Texte doch mit so bahnbrechenden Erkenntnissen wie: „Wenn eine Summe der 80er ist, daß ein richtiges Leben im Falschen möglich ist, dann kommt es jetzt darauf an, im spezifisch politisch wichtigen Falschen richtig (radikal) zu leben." (Diedrich Diedrichsen, Gefühlte Paprika) oder: „Cyberspace ist der Ort und das Mittel des Widerstands – das zu begreifen bedeutet, ein neues strategisches Modell politischer Praxis ins Spiel zu bringen" (Elektronischer Ziviler Ungehorsam). Der Überblick ist also wohl realistisch, haben doch auch BKA und VS Schwierigkeiten mit der Legitimation der Beobachtung der „linksradikalen" Szene und ihres Bedrohungspotentials, stammen doch die Nicht-Wohnzimmer-Revolutions- bzw. Subversionskonzepte eindeutig aus den 70er und 80er Jahren. Und dann gibt es noch einen Anhang zur Geschichte des ID-Verlags, wo u.a. das Gezerre bei der Trennung vom ID-Archiv in Amsterdam aus Sicht des Verlags und die neue Verlagsstruktur dargestellt werden. Ein Bonbon besonderer Art ist die Bibliographie imaginärer Bücher, in der die vom ID-Verlag zwar angekündigten und damit im VLB (Verzeichnis Lieferbarer Bücher) auftauchenden, jedoch nie erschienen Titel aufgelistet werden. Sie sind die Fallgrube des akademischen Zitierbetriebs, da sie seltsamerweise durchaus in Anmerkungen und Bibliographien auftauchen.

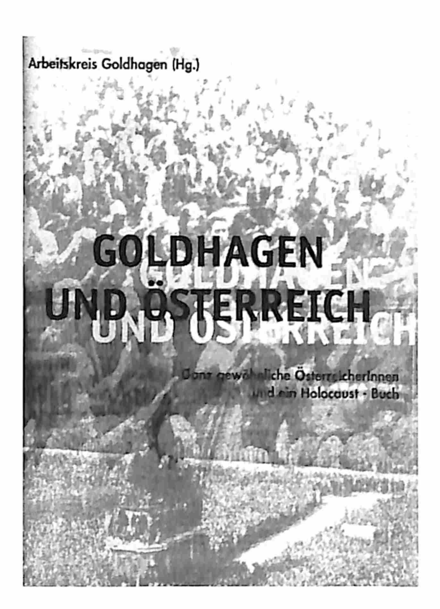
Martin Hoffmann (Hg.), SubversionsReader, Texte zu Politik & Kultur, ID-Verlag Berlin 1998, 264 S., 20,– DM

Der Schoß ist fruchtbar noch ...

Österreichs FPÖ, die Partei Haiders, ist mit ihren rechtsextremen Inhalten wegen ihres Erfolgs weit über Österreich hinaus bekannt geworden. Daß sie viele inhaltliche Parallelen mit der NSDAP aufweist, zeigt diese Broschüre. Frappierend ist die breite Akzeptanz gerade ihrer Inhalte, weit über die Wahlergebnisse von über 20% hinaus. Noch frappierender ist die Zusammenarbeit der „bürgerlichen" Parteien mit dieser sich als „Bewegung" darstellenden Partei, deren weiterer Aufstieg vor allem durch die Übernahme ihrer Forderungen durch die anderen Parteien stagniert – nicht wegen inhaltlicher Ablehnung innerhalb der Bevölkerung. Die FPÖ ist dank ihres Erfolgs zu einem Vorbild rechter Parteistrategen der BRD geworden. Die Beschreibung ihrer Inszenierung als „wahre Volksvertreter", als die Vertreter der „ehrlichen und fleißigen" Bürger und des Gewinns der „kulturellen Hegemonie" durch Ausländerfeindlichkeit und Minderheitenhaß ist auf bundesdeutsche Verhältnisse durchaus anwendbar. Daß die Broschüre mit einem Aufruf zur Zivilcourage endet, ist zwar etwas naiv. Das Erfreuliche ist jedoch, daß sie in der Analyse der Ähnlichkeiten von FPÖ und NSDAP Biß hat und von der Grünalternativen Jugend Österreichs herausgegeben wird.

Christian Gratzer/ Grünalternative Jugend (Hg.), Der Schoß ist fruchtbar noch, NSDAP (1920 – 1933) – FPÖ (1986 – 1998) Kontinuitäten, Parallelen, Ähnlichkeiten, Wien 1998, 120 S., 70,– ÖS/ 10,– DM





Goldhagen und Österreich

Und noch eine hervorragende Broschüre aus Österreich, die sich mit der Rezeption von Daniel Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker" in den österreichischen Printmedien auseinandersetzt. Ziel der Broschüre ist es, „die österreichischen Abwehrmechanismen sichtbar zu machen", die dazu geführt haben, daß die Auseinandersetzung anders verlief. Der „Opfermythos" (Hitler ist's gewesen) ist Grundlage der bürgerlichen Identität Österreichs und so verlief zwar die Abwehr nach gleichem Muster wie in der deutschen Bundesrepublik, aber mit unterschiedlicher Agressivität. Daß der Opfermythos kein österreichisches Relikt ist, sondern im bundesdeutschen Bürgertum genauso zum Standard gehört wie der sekundäre Antisemitismus, der nicht trotz, sondern wegen der Shoah entstand, hat die Walserdebatte bewiesen.

Arbeitskreis Goldhagen (Hg.), Goldhagen und Österreich, Ganz gewöhnliche ÖsterreicherInnen und ein Holocaust - Buch, Wien 1998, 57 S. 60,– ÖS/ 9,– DM, Bestelladresse: AK Goldhagen, c/o Fachschaft Informatik, Treitlstr. 3, 1040 Wien, E-Mail: akgoldhagen@swi.ml.org

Flüchten – Nur Wohin? Fluchtgeschichten, Träume und Hoffnungen: Jugendliche Flüchtlinge in Berlin erzählen

Flüchten – Nur Wohin? Ist eine Dokumentation von Gesprächen mit Jugendlichen, zumeist unbegleitete Flüchtlinge, die in Berlin eine (zumindest vorübergehende) neue Heimat gefunden haben. Unter den Erzählenden sind eine junge Frau und sieben Jungen bzw. junge Männer aus ganz unterschiedlichen Teilen der Welt. Für ein besseres Verständnis des Themas „Asyl" ist ein übersichtliches Glossar und aktuelle Beschreibungen der Lage in den jeweiligen Fluchtländern angefügt.
Die Dokumentation ist als ergänzendes Lehrmaterial in Schulen geeignet und als Lose-Blatt-Sammlung konzipiert.

Bestellungen:
Oase Pankow e.V.
Berliner Str. 24
13187 Berlin
Unkostenbeitrag: 15,– DM; für die Arbeit mit/in Schulklassen nur das anfallende Porto.



Wie man Menschen von Menschen unterscheidet Praktiken der Diskrimination, Illegalisierung und Kriminalisierung

Entlang der Frage „wie man Menschen von Menschen unterscheidet“ soll in dieser Dokumentation der gleichnamigen Tagung im Herbst 1997 an der Humboldt Universität zu Berlin der Erfahrung nachgegangen werden, die der spezifischen Praxis der Gegenwart entspricht; um zu fragen, wie unsere Gegenwart gestaltet und welche Zukunft dadurch entworfen wird. Die Wirksamkeit jener Praktiken der Diskriminierung, Illegalisierung und Kriminalisierung bestimmter Menschen in unserer Gesellschaft, beschreiben diejenigen, die diese Erfahrung am deutlichsten zu spüren bekommen: PraktikerInnen verschiedener Menschenrechtsorganisationen, antirassistischer Initiativen, VertreterInnen der Kirche, AnwältInnen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen, vor allem aber diejenigen, für die diese Erfahrung von existentieller Bedeutung ist, die Überlebenden des Brandanschlages von Lübeck.

R. Mahdavi/ J. VandrÈ (Hg.), Wie man Menschen von Menschen unterscheidet, Lit Verlag, Hamburg 1998, 222 S., 34,80 DM
Bestellungen an:
R. Mahdavi, J. VandrÈ
Bismarckstr. 31
10625 Berlin

Rassismusforschung für eine zivile Gesellschaft e.V.

Wie am e.V. zu erkennen ist, handelt die Überschrift nicht von einem Buch, sondern von einer begrüßenswerten Vereinsneugründung. Daß die Rassismusforschung in Deutschland eher ein Dasein auf der roten Liste der seltenen Gattungen führt, ist einschlägig bekannt. Dieser im Januar in Duisburg gegründete Verein hat nun die Zielsetzung, die wissenschaftliche Rassismusforschung zu intensivieren. Die Arbeit des Vereins soll vor allem auch in der Vermittlung des Forschungsstands an Öffentlichkeit und politische Vertreter bestehen. Als Vorsitzender wurde Dr. Karl Bartels gewählt.

Rassismus für eine zivile Gesellschaft e.V., Dr. Karl Bartels, c/o Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Realschulstr. 51, 47051 Duisburg, Fon (0203) 20249, Fax (0203) 287881

Themenschwerpunkte:

1992
Nr. 2 Greift ein! – Schaut nicht länger weg
Nr. 3 Wer schweigt stimmt zu
Nr. 4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr. 5 Roma/Rostock (vergriffen)

1993
Nr. 6 Gleiche Rechte für Alle/Lagerkampagne (vergriffen)
Nr. 7 Rassismus und Medien (vergriffen)
Nr. 8 Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen)
Nr. 9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (vergriffen)

1994
Nr. 10 Rassismus und Bildung
Nr. 11 Innere Sicherheit
Nr. 12 Rassismus und Soziale Frage
Nr. 13 Polizei und Justiz

1995
Nr. 14 Deutscher Antirassismus? Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits
Nr. 15 Illegalisierung
Nr. 16 Europa
Nr. 17 Alltag-Kultur-Rassismus

1996
Nr. 18 VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit Arranca!
Nr. 19 Einwanderungspolitik
Nr. 20 Ökologie
Nr. 21 Balkan, Krieg und Flucht

1997
Nr. 22 City 2000
Nr. 23 Mobilität
Nr. 24 Globale Migrationskontrolle
Nr. 25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität

1998
Nr. 26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt
Nr. 27 Antirassistische Jugendarbeit
Nr. 28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte
Nr. 29 Sport und Rassismus

ANTIRASSISTISCHE UND ANTIFASCHISTISCHE TELEFONE IN DER BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
02 41/3 48 68

Bayreuth
Neues AntiraTelefon
0951/603 08 74

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo 17.30h-21h, di 19-21h,
do 17–19h

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
05 21/6 40 94
mo-fr 10–13 & di 18–20h

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
04 21/70 64 44
di 15–19h

Delmenhorst
Infotelefon
0 42 21/1 78 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
02 31/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
02 11/9 92 00 00
24 Stunden

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
0 91 31/20 22 68
di. 10–12

Essen
Anti-Rassismus-Büro
02 01/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/– antifaschistisches Notruftelefon
04 61/79 14 64
mo–sa 19–20h, so 20–21h

Hamburg
Antirassistisches Telefon
0 40/43 15 87
mo–sa 9–23h

Kassel
Büro antirassistischer Initiativen
05 61/1 79 19

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
04 51/7 02 07 48
täglich außer so & di,
18–21h

Passau
Infotelefon Antifa
08 51/3 61 06
fr 16–18h

ZAG-Bestellpostkarte:

Ich abonniere die ZAG ab der Nr.......... und erhalte ein ZAG Jahresabo, vier Ausgaben zum Preis von 24,– DM.

❒ Auslandsabo zu 35,– DM
❒ Förderabo in Höhe von..........DM.
❒ Bitte schickt mir als Willkommen kostenlos den Jahrgang 1997 (Nr. 22 – 25) oder
❒ Bitte schickt mir die Mumia-CD

Das Geld überweise ich auf das Konto der
Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 205 00
Stichwort ZAG
Konto: 303 96 01

❒ Ich benötige eine Rechnung
Name: ....
Straße: ....
Ort: ....

Datum:..........Unterschrift..........

ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH
D–10965 Berlin

ZAG im Abonnement

Wer die Zag regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Ein ZAG-Jahresabo, (4 Ausgaben) kostet 24,– DM, (Ausland 35,– DM) inkl. Versandkosten. Lieferung nur gegen Vorauskasse. Bitte füllt die Bestellung und die Überweisung vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. In der Abo-Verwaltung taucht immer wieder das Problem auf, daß wir wegen mangelnder Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen. Überweisungen ohne Angabe von Namen oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden. Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassitische Initiative. (Spenden sind steuerlich absetzbar). Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 % Widerverkauferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.